

ISSN 0259-7446  
ÖS 60,-

**medien**

Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart

**& zeit**

**Thema:  
Nachrichtenjournalismus**

**Journalistische Berufung  
im 18. Jahrhundert**

**Frühformen der  
Unparteilichkeit**

**Nachrichtenagenturen –  
Entwicklung und Typen**

**Alliierte Umerziehungs-  
maßnahmen nach 1945**

**Portraits**

**International  
Press Institute**

**4/2001**

Jahrgang 16

# Uni-Shop im NIG

*Deine Fachbuchhandlung für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften*

*Dein Vorteil ist unser Ziel:  
mehr Bücher, mehr Skripten, mehr Service*

## Uni-Shop im NIG

1010 Wien  
Universitätsstraße 7  
Tel.: 42 77 / 298 13

## Öffnungszeiten

Montag 8.30 bis 18.30 Uhr  
Dienstag bis Donnerstag  
8.30 bis 17 Uhr  
Freitag 8.30 bis 15 Uhr

### Fachbücher

Wir haben unsere Publizistik-Abteilung erweitert! Ab sofort findest Du bei uns eine noch größere Auswahl an Fachliteratur für Dein Studium. Sollte trotzdem einmal ein Titel nicht lagernd sein, bestellen wir natürlich jedes gewünschte Buch. Außerdem gibt es für etliche Bücher Hörerscheine, mit denen Du bei uns 20 % weniger zahlst.

### Skripten

Für zahlreiche Lehrveranstaltungen bekommst Du bei uns Skripten zu günstigen Preisen. Wir erweitern unser Angebot laufend und bemühen uns, möglichst aktuelle Skripten anzubieten. Damit Du Dich optimal auf Prüfungen vorbereiten kannst, sind unsere Skripten von den Professoren vidiert. Außerdem beraten wir Dich gerne, wenn Du nicht sicher bist, was Du zur Prüfungsvorbereitung brauchst.

### Service

Kompetente Beratung beim Einkauf  
Bestellung und Versand  
Kopiererbetreuung vor Ort

**WUV** | UNIVERSITÄTSVERLAG

Berggasse 5  
A-1090 Wien  
Tel.: 0043 / 1 / 310 53 56  
Fax: 0043 / 1 / 319 70 50

# medien & zeit

## Inhalt

Gute und schlechte Erinnerungen des Herrn „Z“ Eine beschauliche Zeitreise durch die Geschichte der institutionellen Nachrichten- vermittlung in Wien von 1621 bis 1851 ..... 4 Wolfgang Duchkowitsch	
Zur Entwicklung der Unparteilichkeitsmaxime im deutschen Journalismus ..... 9 Philomen Schönhagen	
Amtlicherseits wird gemeldet... Zur Geschichte regierungsnaher Nachrichtenbüros in Österreich ..... 19 Wolfgang Pensold	
Nachrichtenwerte im Wandel? Über den alliierten Einfluß auf den Nachkriegsjournalismus ..... 32 Jürgen Wilke	
State News Agencies: A Time for Re-Evaluation? ..... 38 Terhi Rantanen / Oliver Boyd-Barret	
Portraits: Kent Cooper – News Visionary ..... 46 Stephen H. Miller Alfred Geiringer ..... 47 Michael Nelson	
„Networking ist das Geheimnis unserer Arbeit“ Prof. Johann P. Fritz (IPI) im Interview mit Edith Dörfler und Silvia Nadjivan ..... 49	
Rezension ..... 53	

## Impressum

### Medieninhaber.

### Herausgeber und Verleger:

Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung  
(AHK)“, A-1180 Wien, Postfach 442  
<http://muz.pub.univie.ac.at>  
WAP: <http://muz.pub.univie.ac.at/wap/>

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim  
„Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)“

### Vorstand des AHK:

Univ.Doz. Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann),  
Gisi Icha (Obmann-Stv.),  
Barbara Pilgram (Obmann-Stv.),  
Mag. Fritz Randl (Geschäftsführer),  
Claudia Spitznagel (Schriftführerin),  
Mag. Michaela Lindinger (Schriftführerin-Stv.),  
Mag. Wolfgang Monschein (Kassier),  
Bernd Beutl, Mag. Bettina Brix, Mag. Edith Dörfler,  
Dr. Norbert P. Feldinger, Gerhard Hajcsek, Herbert Hirner,  
Mag. Peter H. Karall, Mag. Silvia Nadjivan,  
Mag. Wolfgang Pensold, Dr. Thomas Steinmaurer,  
Dr. Herwig Walitsch

### Redaktion:

Edith Dörfler, Silvia Nadjivan, Ruth Stifter, Margit Wolfsberger  
© Karikatur: Elfriede

### Korrespondenten:

Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund),  
Univ. Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin),  
Prof. PhD. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho),  
Dr. Robert Knight (London),  
Univ. Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig),  
Dr. Edmund Schulz (Leipzig),  
Prof. emer. Dr. Robert Schwarz (S. Palm Beach, Florida)

### Druck:

Buch- und Offsetdruckerei Fischer,  
1010 Wien, Dominikanerbastei 10

### Erscheinungsweise:

Medien & Zeit erscheint vierteljährlich

### Bezugsbedingungen:

Einzelheft (exkl. Versand): öS 60,- / € 4,36

### Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): öS 220,- / € 15,99  
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): öS 300,- / € 21,80

### StudentInnenjahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): öS 160,- / € 11,63  
Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): öS 240,- / € 17,44

### Bestellung an:

Medien & Zeit, A-1180 Wien, Postfach 442  
oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

ISSN 0259-7446



## Editorial

Kritischer, unabhängiger Journalismus ist eine wichtige Grundlage für demokratische Systeme. In der Entwicklung der europäischen Öffentlichkeit stand vor allem der politische Journalismus im Brennpunkt staatlicher und privater Interessen. Die Beiträge dieses Heftes behandeln die Werte-Entwicklung im Journalismus und des damit verknüpften Nachrichtenwesens. Dieses Thema hätte ursprünglich der Inhalt eines Symposiums sein sollen, das die *APA – Austria Presse Agentur* anlässlich ihres 55-jährigen Jubiläums geplant hatte. Aufgrund der Anschläge in New York am 11. September wurde dieses Symposium auf das Frühjahr 2002 verschoben. Wie ursprünglich vorgesehen, werden sich WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen kritisch mit den *vielen Gesichtern der Wirklichkeit*, welche der Journalismus zeichnet, auseinandersetzen.

In diesem Heft werden nun schon vorab einige wissenschaftliche Beiträge veröffentlicht, die die geplanten Vorträge als Grundlage haben und vertiefende Informationen bieten.

Wolfgang Duchkowsch eröffnet die Auseinandersetzung über das Werteverständnis im Journalismus mit einem Essay, worin der Protagonist, *Herr Zeitunger*, aus einem sehr persönlichen Blickwinkel heraus das journalistische Selbstverständnis und die Zwänge des Berufsstandes vom 17. bis zum 19. Jahrhundert veranschaulicht.

Wolfgang Pensold beleuchtet in seinem Beitrag die staatliche Nachrichtenpolitik in Österreich vom Vormärz bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Gegensatz zu dieser Tradition des parteilichen Journalismus im Dienst der Regierung steht jene Tradition der Unparteilichkeit, die auch im deutschen Sprachraum bereits ab dem 17. Jahrhundert zu finden ist, wie Philomena Schönhagen in ihrer Analyse zeigt. Jene Prinzipien wurden in der Folge jedoch hauptsächlich im angloamerikanischen Journalismus hochgehalten, und nach dem Zweiten Weltkrieg von den angloamerikanischen Besatzern wieder im deutschen Sprachraum implementiert. Jürgen Wilke erläutert den journalistischen Neuanfang in Österreich und Deutschland nach 1945, die demokratische Umerziehungsversuche seitens der

Besatzungsmächte sowie die daran gebundenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hemmnisse.

Nachrichtenagenturen stehen häufig unter staatlicher Einflußnahme – dennoch wird gerade diese Organisationsform in der Fachliteratur kritisiert und ihr Beitrag zur demokratischen Öffentlichkeit geleugnet. Terhi Rantanen und Oliver Boyd-Barrett beschäftigen sich in ihrem Artikel mit der Tradition amtlicher Nachrichtenagenturen und analysieren die jetzige Situation, wobei sie auf Vor- und Nachteile von staatlichen Nachrichtenagenturen im Vergleich mit genossenschaftlich oder privatwirtschaftlich organisierten eingehen.

In biographischen Portraits werden zwei Persönlichkeiten vorgestellt, welche das Werteverständnis im Journalismus durch ihre Führungspositionen in Nachrichtenagenturen wesentlich verändert und geprägt haben. Stephen Miller schreibt über Kent Cooper, ehemals Direktor der amerikanischen Nachrichtenagentur *Associated Press*, welcher sich vehement für eine Liberalisierung des Nachrichtenmarktes und „*true and unbiased news*“ einsetzte. Der von Michael Nelson vorgestellte Alfred Geiringer war eine jener Personen, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Auftrag der Nachrichtenagentur *Reuters* einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der Nachrichtenagentur-Szene in der Schweiz, Österreich und Deutschland leistete. So spielte er auch eine bedeutende Rolle bei der Entstaatlichung der österreichischen Nachrichtenagentur und der Gründung der *Austria Presse Agentur* als Genossenschaft der österreichischen Tageszeitungen vor nunmehr 55 Jahren.

Johann P. Fritz, Direktor des *International Press Institute (IPI)*, erläutert in einem Interview die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der nun 50-jährigen Organisation sowie gegenwärtige Einschränkungen von Pressefreiheit.

EDITH DÖRFLER  
SILVIA NADJIVAN  
RUTH STIFTER  
MARGIT WOLFSBERGER

# Gute und schlechte Erinnerungen des Herrn „Z“

Eine beschauliche Zeitreise durch die Geschichte der institutionellen Nachrichtenvermittlung in Wien von 1621 bis 1851

Wolfgang Duchkowitsch

## Zum Geleit

Wer ist der Herr „Z“? Eine fiktive Figur vor realem Hintergrund, eine synkretische Gestalt, die uns als „Zeitunger“, wie ein Journalist einst oft benannt wurde, gegenübertritt. Ihn lasse ich frei erzählen, was er wie seinesgleichen an Drangsalen und Freuden von der Gründung der ersten Zeitung bis zur Etablierung der ersten Nachrichtenagentur in Österreich erlebt hat. Da für seinen Auftritt nur wenige Seiten vorgesehen sind, wird er auf die Wiedergabe alltäglicher Plagen verzichten. Nicht aber wird er sich entgehen lassen, auf seine Anstrengungen zur Organisation einer europaweiten Nachrichtenbeschaffung hinzuweisen, auf sein Netz von Korrespondenten an allen großen europäischen Höfen. Konzentrieren wird er sich aber auf seine vielfältige Abhängigkeit von der Obrigkeit. Andererseits wird er berichten, daß die Obrigkeit ihrerseits auf ihn angewiesen war, etwa als Herold von Glanz und Glorie des Hofes oder als Mediator dessen politischer Interessen. Erinnern wird er sich, daß das Verhältnis zwischen der Obrigkeit und dem Zeitungsgeschäft lange Zeit von keiner allumfassenden Bestimmung der Nachrichtenbeschaffung und -verbreitung geprägt war, ungeachtet der vielen Zensurvorkehrungen sowie sonstiger Maßnahmen der Regierung und der Staatskanzlei, den Informationstransfer zu regulieren.

„Z“ hat all dies sowie die Stationen seines Werdegangs getreulich in ein Tagebuch eingetragen. Viele Seiten seiner persönlichen Chronik wird er nun überblättern. Manche schon deshalb, weil sie zu vergilbt oder zu zerfleddert sind, um sie für seine Erzählung heranziehen zu können. So kann er zu seinem wie zu unserem Leidwesen nicht mehr belegen, was zur Gründung der ersten Zeitungen in Wien anno 1621 geführt und ihn zur Beschäftigung als Zeitungsschreiber bewogen hat. War es der umtriebige Kardinal Khlesl, der auf den kaiserlichen Hof großen Einfluß ausgeübt und diesem empfohlen hatte, die Gründung einer Zeitung zu fördern oder war es die Not der Zeit,

ausgelöst durch einen Krieg, der damals bereits im dritten Jahr stand und später als Dreißigjähriger Krieg in die Greuelannalen Europas einging? Oder stand dahinter bloß das ökonomische Interesse einer Offizin, die vormals „*Neue Zeitungen*“, d.h. episodisch erscheinende Zeitungen, (zumeist als Einblattdruck) produziert hatte? Oder war es ein Mixtum aus den genannten Motiven? Wir werden es wohl nie erfahren.

## Der Erinnerungen erster Teil

Meine früheste Erinnerung, so Herr „Z“, reicht bis 1632 zurück. In diesem Jahr hatte der Kaiser der Universität Wien als Zensurinstanz angeordnet, Zeitungsschreiben insgesamt zu verbieten und die Verfasser von Zeitungen als Verbrecher zu bestrafen. Gemeint waren aber (gottlob!) nicht ich und meinesgleichen, gemeint waren die Hersteller und Vertrieber von „*Geschriebenen Zeitungen*“, von Zeitungen, die mit der Hand angefertigt und sodann unter der Hand vertrieben wurden. Kraft des kaiserlichen Befehls, mit den Konkurrenten gedruckter Blätter, mit den Verbrechern (!), aufzuräumen, wurde mir zum ersten Mal meine exquisite Stellung für den Wiener Hof bewußt. Wenige Jahre später erfuhr ich, welche Bedeutung ich für meine Leserschaft gewonnen hatte. Manche meiner Meldungen lösten in der Öffentlichkeit heftige Debatten aus. Als Reaktion darauf bezeichnete die Regierung sie im nachhinein als „*unwahrhaftig*“ und „*ungereimt*“, ja sogar als gefährlich. Nach meiner Anhörung entzog sie der Universität Wien im Handstreichverfahren die Kompetenz für die Zeitungszensur und nahm sie selbst in die Hand. Ab nun war ich ein politisches Objekt, während die Kontrolle über alle anderen Druckschriften weiterhin der Universität Wien verblieb. Ich diente meinem Patron, einem Wiener Drucker, durch vier Jahrzehnte lang brav und gab weiter, was mir die Post an Neuigkeiten brachte, sofern es der Zensurstelle genehm war.

Eine neue Konstellation tat sich für mich erst 1671 auf.

Der Wiener Hof befand sich in einer innenpolitisch gefährlichen Lage. In Ungarn brodelte es. Adelige wandten sich gegen den Kaiser. Aufstand rührte sich. Geschriebene Zeitungen, die trotz ihres Verbots im Umlauf waren, sorgten für weitere Unruhe. Die gedruckten Zeitungen – in Wien zwei an der Zahl – waren zu schwach, um gegensteuernd wirken zu können. So wunderte ich mich nicht, daß die Regierung die Gründung neuer Zeitungen förderte. Im selben Jahr, in dem drei ungarische Rädelsführer in Wiener Neustadt gehängt wurden, traten drei neue Blätter auf den Plan. Ihr sprachliches Gewand hatte Symbolwert. Es gab dem Konsum von Zeitungen eine neue Struktur vor. Ein Blatt erschien in italienischer Sprache. Es präsentierte die Hofsprache und damit den Hof selbst. Das zweite war in lateinischer Sprache gehalten, zumal in Ungarn, im gerade noch befriedeten Unruheherd, Latein die Behördensprache wie auch die Umgangssprache war, vom niederen Volk abgesehen. Die dritte Zeitung erschien in deutscher Sprache. Sie sorgte stärker als bisher für die Weitergabe von Hofnachrichten. Sie berichtete, wann und mit welchem Gefolge sich der Kaiser in welcher Kirche zur Morgen- oder Abendandacht begeben hatte, wann und wo und in welcher Begleitung er sein Mittag- oder Abendessen eingenommen hatte, wann er auf der Jagd gewesen war, wie viele Hirsche, Rehe und Wildschweine er und seine Jagdgesellschaft zur Strecke gebracht hatten. Meldungen aus dem Ausland standen in dieser Zeitung an zweiter Stelle.

**M**ich führte der Weg im Verlaufe der Zeit zum italienischen Blatt. Mein Kollege bei der lateinischen Zeitung und ich bauten sukzessive die Nachrichtenversorgung aus dem Gebiet des Osmanischen Reiches aus. Kein Wunder, daß es im Ausland bald hieß, der Pascha logiere in Wien. Auf diese Weise nahmen wir die Funktion einer Nachrichtenzentrale für auswärtige Blätter ein. Ansonsten genossen wir bei auswärtigen Kollegen leider keinen besonders guten Ruf. Es hieß, die Zeitungen in Wien klingen nicht sehr „wohl“. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts mußte die Regierung daher öffentlich aufrufen, neue Zeitungen



Karikatur von Elffriede, 11/2001

zu gründen. Ihren Betreibern versprach sie großzügige Förderung. Als erster reagierte ein Wiener Buchdrucker. Er ersuchte am Neujahrstag 1703 die Regierung, ein Blatt mit dem Titel *Mercurius* herauszugeben. Mir bot er die Chance an, dafür ein neues Programm zu entwickeln. Dieses sah ich darin, das

Nachrichtennetz zu verbreitern und „die wichtigsten in Europa vorgegangen Nouvelles mit couriosen Raisonements und politischen Reflexionen zu untermengen“. Keine Gelegenheit ließ ich dann aus, um über die Franzosen, die Feinde im Spanischen Erbfolgekrieg, zu spötteln und den Kampf gegen sie mit Zitaten römischer Klassiker moralisch zu unterstützen. Als *Mercurius* auftretend, auf die römische Gottheit für den Handel und Nachrichtenverkehr anspielend, verstand ich es, eine feste Lesegemeinschaft aufzubauen:

*Als unser Mercurius heunt in der hohen Versammlung erschienen / legte er seine schuldige Ehrerbietung gegen alle ab / schaute sich umb und herum / und fieng also an zu discuireren [...] Bona nova! Bona nova! schrye Mercurius: der AEolus ist geschlagen: als ihn nun jedermann ob dieses Geschrey wegen ernstlich anschaute / und etliche unter dem Hauffen waren /welche ohnlängst mit einem falschen Vicoria-Hall bourtirt worden; vermerckte er / daß man auch dißmahl an seiner Freuden-Stimm zweyffelte; derowegen wolte er sich nicht mit einem weitläuffigen Praeambulo aufhalten / sondern fieng gleich an zu erzählen [...]*

Ein halbes Jahr nach der Gründung unseres mit einem kaiserlichen Privileg ausgestatteten *Mercurius* schuf ein knapp vor 1800 aus Frankfurt am Main zugewanderter Buchdrucker das *Wienerische Diarium*, das später den Titel *Wiener Zeitung* annahm. Der Herausgeber kündigte in der ersten Nummer an, Nachrichten ohne „oratorischen Schminck“, d.h. ohne Kommentar, zu bringen. Er hatte das „*Privilegium privativum*“ inne, alle behördlichen Anordnungen, die An- und Abreise von hohen Herrn, Botschaftern und Gesandten in und aus Wien sowie alle Geburts- und Todesanzeigen in der Stadt kundzutun. Darüber hinaus war ihm eine exquisite Versorgung mit Nachrichten vom kaiserlichen Hof zugesichert. So erfuhr

die Leserschaft, ohne bei der Lektüre zu ermüden, Ausgabe für Ausgabe, wann und wo der Glorreiche Kaiser samt Anhang das Mittag- und Abendmahl zu sich genommen hatte, welche Kleider er und die ihn begleitenden Botschafter beim Hochamt in der Stephanskirche getragen hatten, wann hochadelige Frauen sich beim „Krantzel-Schießen“ belustigt hatten, ob und wann der Allerhöchste Herrscher im Winter per Prunkschlitten durch die Stadt unterwegs gewesen war und welche Tiere er erjagt hatte, Wildschweine in den Auwäldern der Donau, Rehe und Hirsche im Wienerwald, Gamsen auf der Höh. Zweimal, so berichtete das *Diarium*, hat der Kaiser zwei Gamsen mit je nur einem Schuß erlegt. Herrschaft und Prunk zu zeigen, empfahlen damals alle Lehrwerke für adelige Sprößlinge. Eingepflichtet wurde ihnen, daß der niedere Sinn des einfachen Volks an Äußerlichkeiten hängt. Nur so konnte es, das niedere Volk, Vollkommenheit erschauernd erschauen und das gegebene Gottesgnadentum des Herrschers annehmen. Die Vermittlung von Hofnachrichten durch ein eigenes Amt, das Hofobristenamts, und deren mediale Präsentation durch das *Wienerische Diarium* waren also Bestandteil des Systems.

1721 erlebte ich, was kaiserliche Machtvollkommenheit bedeutet. Um die Errichtung einer Hofbibliothek in Wien, ein Prestigeobjekt besonderer Art, finanziell bedecken zu können, griff der Kaiser zu einem altbewährten Mittel. Er erließ neue Steuern. Sie betrafen die Hersteller von in- und ausländischen Kalendern sowie die Herausgeber von Zeitungen in Wien. Drei gab es damals. Mein Patron weigerte sich, diese Steuer zu entrichten. Daraufhin enteignete ihn der Kaiser und ließ sein Unternehmen versteigern. Die Druckerfamilie Ghelen, ursprünglich aus Antwerpen stammend, bekam den Zuschlag. Wenige Jahre später hatte sie ein Monopol auf deutschsprachige Zeitungen. Neben ihr existierten bis zur Regierungszeit Joseph II. nur eine italienische, eine französische und eine tschechische Zeitung in Wien. Im Vertrag zwischen dem Kaiser und der Familie Ghelen wurde festgehalten, daß die Steuer dann nicht zu entrichten sein wird, wenn der Kaiser sich außer Landes aufhält oder wenn im Lande die Pest ausbricht.

## Der Erinnerungen zweiter Teil

Ohne Zweifel hat die von Joseph II. 1781 erlassene „erweiterte Pressfreiheit“ für ein enormes Ansteigen der Produktion nichtperiodi-

scher Tagespublizistik in Österreich – insbesondere in Wien – geführt, zum Phänomen der „Broschürenflut“. Neben dieser Flut entstanden viele Zeitschriften, aber im Vergleich dazu nur wenige Zeitungen. Joseph II. und seine Ratgeber waren sich der Unterscheidung zwischen der (politischen) Zeitung und der Zeitschrift bewußt. Joseph II. verweigerte einem Bittsteller wenige Monate nach dem Erlaß der „erweiterten Pressfreiheit“ die Zustimmung, eine Zeitung zu gründen, verwies ihn aber auf die Möglichkeit, eine Zeitschrift ins Leben zu rufen. Erst 1783 genehmigte er neben der *Wiener Zeitung* eine weitere deutschsprachige Zeitung, die sich als *Wiener Blättchen* vorstellte und nicht viel mehr darstellte als eben ein Blättchen.

Der Wert der „erweiterten Pressfreiheit“ wurde in studierten Kreisen unterschiedlich aufgenommen. Kritische Publizisten forderten volle Pressefreiheit. Nur sie könne die Entwicklung öffentlicher Meinung befördern, die ihrerseits den Regenten und seine Minister vor Torheiten bewahrt: „Ohne sie aber werden frei Völker Sklaven und sinken hinab bis zur tierischen Dummheit.“ Dieser Satz findet sich ebenso wie der folgende in meinem Tagebuch wieder: „Österreich hat kaum soviel politische Freiheit als ein Gefangener, der durch ein dreifaches Gitter die herrlichste Aussicht ins Freie hat.“ Aufgrund dieser und ähnlicher systemkritischer Aussagen ließ Joseph II. eine Geheimpolizei einrichten, von dessen Existenz ich erst so nach und nach erfuhr. Ihre Aufgabe bestand u.a. darin, im Auge zu behalten, „was im Publikum von dem Monarchen und seiner Regierung gesprochen werde, wie das Publikum in diesem Punkte von Zeit zu Zeit gestimmt sey, ob nicht zwischen Hoch und Niedrigen Mißvergnügte oder gar Aufwickler sich äußern.“

Frostwetter setzte ein. Die Zeitungszensur verkrustete. Unmut machte sich breit. So erinnere ich mich noch gut an den Lagebericht eines Zeitgenossen aus dem Jahr 1786, ein Jahr nach der Gründung der Geheimpolizei:

... es kann sich niemand einen Begriff von den unendlichen Skrupeln, Bedenklichkeiten, Zweifeln und Hindernissen machen, die allen periodischen Blättern, die nur von weitem einer Zeitung gleichsehen, im Wege stehen, als wer mit der Manipulation der Zeitungszensur etwas näher bekannt ist.

1789 billigte Joseph II. den Plan, alle in- und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften – mit Ausnahme der *Wiener Zeitung* und der *Brünner*

Zeitung sowie aller „Intelligenzblätter“, also aller Anzeigenblätter – einer Steuer zu unterwerfen, der „Stempelsteuer“. Dieser Plan war vom Argument getragen, „die Sudler, die schon seit der bestehenden Pressefreiheit so viel Unsinn hervorgebracht haben“, durch eine steuerliche Belastung zu mäßigen oder überhaupt niederzuhalten. Der Erfolg gab seinem Erfinder recht. Es setzte im Inland ein mediales Massensterben ein. Ich war damals bei der *Wiener Zeitung* beschäftigt und kümmerte mich darum nicht sonderlich. Ebenso wenig betraf mich als staatstragenden „Zeitunger“ das „Kriminalgesetz“ aus dem Jahr 1795. Es sah vor, alle jene mit hartem Kerker zwischen fünf und zehn Jahren zu bestrafen, die durch „frechen Tadel in öffentlichen Reden, Schriften oder bildlichen Darstellungen“ Anlass bieten, daß die „Gemüter zum Mißvergnügen gegen die Regierungsform, Staatsverwaltung oder Landesverfassung aufgewiegelt werden könnten“.

## Der Erinnerungen dritter Teil

„Die Preßfreiheit ist ein scharfes Schwert. Laßt es uns nur ziehen, wenn die Zeit es uns gebeut.“ So vertraute sich Franz Grillparzer seinem Tagebuch im „Vormärz“ an. Die von Metternich protegierten Jahrbücher der Literatur hielten von Pressefreiheit gar nichts: „Die Freyheit der Presse ist in ihren Grundzügen nichts als eben eine ungezügelte, individuelle Freyheit, welche auf dem Felde des Gedankens und des Wortes keine Autorität anerkennt.“

Meine Tage bei der *Wiener Zeitung* gingen damals zu Ende. Dafür gab es drei Gründe: die Übertragung der Zensur von der Regierung auf die Polizeihofstelle zehn Jahre nach dem Erlaß des Kriminalgesetzes sowie die Einrichtung eines Sonderreferats für Polizei, Zensur und Presse, die direkt der Staatskanzlei Metternichs unterstellt war und alles von vornherein als verdächtig, d.h. als „politisch“ einzustufen hatte, und das Normenschema mit so positiven „Grundwerten“ wie „Ordnung, Bescheidenheit, Zufriedenheit und Gemütlichkeit“ sowie mit den negativen Schlüsselbegriffen „Aufklärung und Philosophie“. Der unmittelbare Anlaß für mein Austreten aus der Tagespublizistik war der Freitod des zweithöchsten Zensurbeamten. Mayerhöfer hieß er. Er hatte sich aus dem vierten Stock des Amtsgebäudes gestürzt. Es hatte ihn geistig schlechthin zerrissen, untertags zu fördern, was „wirklich“ gut, wahr, schön und gemeinnützig war, während er nächstens revolutionäre Lyrik schrieb, die in

Österreich nicht publiziert werden durfte, wofür er ja selbst – anderntags – wieder zu sorgen gehabt hatte.

Bald danach setzte ich meine journalistische Tätigkeit bei der *Wiener Theaterzeitung* fort, die nicht so sehr im Blickfeld politischer Interessen stand. Andere Publizisten verließen damals das Land. Ich erinnere mich noch gut an den Schriftsteller Carl Magnus Postl, der im amerikanischen Exil den Namen Charles Sealsfeld angenommen hat. Seiner Meinung nach war der österreichische Publizist das „wohl meist gequälte Geschöpf auf Erden“. Denn er dürfe „keine wie immer benannte Regierung angreifen, auch keine Minister, keine Behörde, nicht die Geistlichkeit oder den Adel, er darf nicht freisinnig sein, nicht philosophisch, nicht humoristisch“, kurz, er dürfe „gar nichts sein“. Die meisten Exilanten landeten in Leipzig. Sie gruppierten sich allen voran um die Zeitschriften *Die Grenzboten* sowie *Der Komet*. Dabei formierte sich allmählich das *Junge Österreich*. Es pflegte rege Kontakte zu fast allen fortschrittlich gesinnten deutschen Publizisten. Es trat an, um die Ordnung Metternichs von außen zu unterlaufen. Im Kampf gegen die Politik Metternichs wandte es sich v.a. gegen den Adel, den Klerus und die Bürokratie.

Meine Wenigkeit war nicht bereit, über den „großen Teich“ zu gehen oder nach Paris oder Brüssel oder eben nach Leipzig. Immerhin sympathisierte ich mit dem „Politisch-juridischen Leserverein“, dem Zentrum der kritischen Intelligenz in Wien, dem Hort „unruhiger Geister“. Außerdem beteiligte ich mich gemeinsam mit damals sehr bekannten Literaten, Künstlern, Buchdruckern und Buchhändlern an Petitionen und Denkschriften an den Kaiser Ferdinand, mit dem Beinamen „der Gutmütige“, vom Volk allerdings als „Nandl, der Trottel“ bezeichnet, sowie an den Polizeipräsidenten, den Grafen Sedlnitzky, in der Hoffnung, eine etwas freiere Luft zum Atmen zu gewinnen. Doch alle unsere Bitt- und Denkschriften wurden nicht erhört, sondern ad acta gelegt. Gleiches geschah den studentischen Petitionen.

## Der Erinnerungen letzter Teil

Die Märzrevolution! Metternich mußte demissionieren, der Polizeipräsident trat zurück und endlich herrschte Pressefreiheit. Nur eine Woche benötigte Leopold Häfner, ein gelehrter Hutmacher, um das erste *Revolutionsblatt* herauszubringen. Sein Motto lautete: „Frei-

heit und Arbeit!“ Er trat gegen alles ein, was eine Krone, einen Talar und eine Uniform trug. Er sah in der Zeitung ein Informationsmittel, aber auch ein Propagandainstrument. Er war der erste, der es Arbeitern ermöglichte, Wünsche und Beschwerden selbständig zu artikulieren. Er trat für die Errichtung eines Arbeitsministeriums ein und für eine Verfassung. Er bezeichnete Judenhetze und -verfolgung als „Schmach des 19. Jahrhunderts und europäischer Gesittung“. Er und sein Mitarbeiter bei der *Constitution*, Josef Tuvora, gingen bei ihrer Fortsetzung der Revolutionsidee – Lehr-, Meinungs- und Pressefreiheit – vom journalistischen Wort zur Tat über. Sie versuchten, Anhänger für eine republikanische Staatsform in den Vorstädten Wiens zu gewinnen. Arbeiter sollten sich „spontan“ sammeln, die Staatskanzlei, die Staatsdruckerei und sämtliche Regierungsgebäude besetzen, eine provisorische Regierung gründen, aufgrund diktatorischer Vollmachten zahlreiche Verhaftungen vornehmen und alle Völker Österreichs einladen, Abgeordnete zu einem großen Kongress nach Wien zu senden. Unter ständiger Ermahnung, sowohl Eigentum als auch Personen zu schützen, forderten sie die Bevölkerung schließlich auf, mit Waffengewalt die Einsetzung einer provisorischen Regierung zu verlangen. Damit aber brachten sie die Bürger gegen sich auf. Sie riefen „Hängt sie auf! Hängt sie auf!“ Häfner und Tuvora verdankten ihr

Leben lediglich dem Eingreifen einiger beherzter Arbeiter. Der „Journalistenputsch“ war gescheitert. Beide wurden verhaftet und blieben bis zu jenem Tag eingesperrt, an dem in Wien zur Verteidigung der Revolution die ersten Barrikaden aus Pflastersteinen errichtet wurden. Insgesamt wurden in Windeseile über 150 aus Granitwürfeln gebildete Verteidigungswälle geschaffen.

Nach Zerschlagen der Revolution gegen Ende Oktober und der Suspendierung sämtlicher Zeitungen mit Ausnahme der *Wiener Zeitung* wurden stellvertretend für die radikale Presse, die für republikanische Ideen eingetreten war, zwei namhafte Journalisten, Julius Becher und dessen Redaktionskollege Hermann Jellinek des Hochverrats, der Majestätsbeleidigung und der „öffentlichen Aufreizung“ angeklagt und schließlich „in völliger Ermangelung gesetzlicher Begnadigungsgründe mittelst Erschießens durch Pulver und Blei“ im Morgengrauen hingerichtet. Glücklicheren Journalisten gelang die Flucht aus Wien, einige exilierten nach England, einige nach den Vereinigten Staaten. Andere erhielten Kerkerstrafen, nicht so Häfner und Tuvora. Wie mir zugetragen wurde, soll Häfner in Paris ein Korrespondenzbüro eröffnet haben. Man sagt ihm nach, nebstbei Spionagedienste für die österreichische Regierung betrieben zu haben – desgleichen Tuvora von Wien aus als Herausgeber der *Österreichischen Correspondenz*.

#### Verwendete Literatur:

Wolfgang Duchkowitsch: *Beschattet und gejagt vom Kanzler Metternich. Österreichische Publizisten im deutschen Exil*. In: Markus Behmer (Hg.): *Deutsche Publizistik im Exil 1933 bis 1945*. Münster: LIT 2000, 31-45.  
 Ders.: *Die verhinderte Pressefreiheit. Privileg und Zensur als Instrumente von Kommunikationspolitik vor 1848*. In: Franz Ivan (u.a.) (Hg.): *200 Jahre Tageszeitung in Österreich. 1783-1983*. Wien: Österr. Nationalbibliothek 1983, 55-86.  
 Ders.: *Österreichs Tagespresse im Banne der Obrigkeit. Kom-*

*munikationskontrolle vor 1848*. In: Heinz Pürer (u.a.) (Hg.): *Die Österreichische Tagespresse*. Salzburg: Kuratorium für Journalistenausbildung 1985, 16-30.  
 Ders.: „Opus 48“ in Wien. *Aufbruch in die Presse moderne*. In: 1848. „das tolle Jahr“. *Chronologie einer Revolution*. Wien: Historisches Museum 1998, 76-83.  
 Wolfgang Häusler: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“. *Die Unterdrückung der Revolution von 1848*. In: 1848. „das tolle Jahr“, 132-139.  
 Helmut Reinalter: „... eine Pflanzschule für Propagandazwecke“. *Vereine in der Wiener Revolution*. In: 1848. „das tolle Jahr“, 20-27.

Univ.-Doz. Dr. Wolfgang DUCHKOWITSCH (1942)

Doz. am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien; Herausgeber mehrerer kommunikationshistorischer Bücher, zuletzt: „Die österreichische NS-Presse 1918-1933“ (2001); Verfasser zahlreicher Aufsätze und Buchbeiträge sowie Leiter mehrerer kommunikationswissenschaftlicher Forschungsprojekte.

# Zur Entwicklung der Unparteilichkeitsmaxime im deutschen Journalismus

Philomen Schönhagen

In der ersten Nummer des *Wienerischen Diariums* – der späteren *Wiener Zeitung* – vom 8. August 1703 wurde eine Berichterstattung angekündigt, die einen „Kern derer hin und wider in der Welt merkwürdigsten / wahrhaftigsten / und allerneuesten / so schriftlich als gedruckter allhier einlaufender Begebenheiten“ bieten werde, „ohne einigen Oratorischen und Poetischen Schminck / auch Vorurtheil / sondern der blossen Wahrheit derer einkommenden Berichten gemäß“.<sup>1</sup>

Diese Ankündigung mag auf den ersten Blick nicht weiter bemerkenswert erscheinen. Sie ist jedoch mehr als ein aus heutiger Sicht für manchen kurios wirkender und passend zum Tagungsort Wien<sup>2</sup> gewählter Einstieg ins Thema. Hinter dieser und ähnlichen Ankündigungen, wie sie für das frühe Zeitungswesen ganz typisch und sehr verbreitet waren, verbirgt sich vielmehr ein zentrales journalistisches Konzept: das der Unparteilichkeit. Sogar einige der Handlungsregeln, in denen sich dieses konkretisierte, werden hier sichtbar: Eine sachliche, vorurteilsfreie Berichterstattung wird angekündigt, gemäß dem Prinzip des „relata refero“.<sup>3</sup>

Das ist insofern äußerst spannend, als in der Literatur häufig behauptet wird, journalistische Unparteilichkeit habe es in Deutschland bzw. in

der deutschsprachigen Presse bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs so gut wie nicht gegeben. So heißt es z. B. bei Wolfgang Donsbach 1992: „Wir hatten in Deutschland praktisch bis in dieses Jahrhundert hinein eine eher parteigebundene Presse. Das änderte sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg. In der Weimarer Republik war die Mehrzahl der Zeitungen parteigebunden oder an irgendeine andere Institution gebunden, die weltanschauliche Ziele verfolgte.“<sup>4</sup> Letzteres ist bekanntlich richtig, die daraus abgeleitete These, in Deutschland habe es „eigentlich nie eine Tradition“ gegeben, „durch die der Journalismus sich der Objektivität und Neutralität verpflichtete oder verpflichten mußte“<sup>5</sup>, erweist sich jedoch bei näherer Betrachtung der Journalismusgeschichte als nicht haltbar. Weiter heißt es bei Donsbach: „In den USA löste sich dagegen diese Bindung zwischen Presse und Interessengruppen anfangs des 19. Jahrhunderts, also mehr als hundert Jahre eher als in Deutschland.“<sup>6</sup> Tatsächlich existiert in Deutschland bzw. im deutschsprachigen Zeitungswesen eine wesentlich ältere Tradition eines unparteilichen Journalismus, zeitlich parallel mit den ersten periodischen Zeitungen im 17. Jahrhundert auftretend (und mit älteren Wurzeln bei den Vorläufern dieser Zeitungen). Zudem findet man, ebenfalls entgegen der zitierten und weit verbreiteten Auf-

<sup>1</sup> zit. n. Emil Löbl: *Kultur und Presse*. Leipzig 1903, 50.

<sup>2</sup> Es handelt sich um die erweiterte Fassung eines Vortrags anlässlich des Symposiums zum 55-jährigen Bestehen der österreichischen Presseagentur APA, das ursprünglich am 18. 9. 2001 in Wien stattfinden sollte, jedoch wegen der Terroranschläge in den USA auf den 13. 5. 2002 verschoben wurde.

<sup>3</sup> Dieses Prinzip besagt, daß die Mitteilungen sinngemäß so weitergegeben werden, wie man sie empfangen hat. Ich komme darauf weiter unten zurück. Es steht in engem Zusammenhang mit einer weiteren Vermittlungsregel: der Angabe der Quellen. Schon von Kaspar Stieler, in einer der frühesten Schriften zur Zeitung, werden diese Regeln ausgiebig diskutiert; vgl. Kasper Stieler: *Zeitungs Lust und Nutz*. Vollständiger Neudruck der Originalausgabe von 1695. Gert Hagelweide (Hg.). Bremen 1969, 57 f. sowie 27 ff. Vgl. dazu auch Philomen Schönhagen: *Unparteilichkeit im Journalismus. Tradition einer Qualitätsnorm*. Tübingen 1998; Jörg Jochen Berns: „Parteilichkeit“ und Zeitungswesen. Zur Rekonstruktion

einer medienpolitischen Diskussion an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert. In: Wolfgang F. Haug (Hg.): *Massen, Medien, Politik*. Karlsruhe 1976, 202-233, hier 110.

Übrigens weist Emil Löbl darauf hin, daß das *Wienerische Diarium* bzw. die *Wiener Zeitung* an diesen Prinzipien sehr lange festgehalten habe (vgl. *Kultur und Presse*, 50 f.).

<sup>4</sup> Wolfgang Donsbach: *Instrumente der Qualitätsmessung – Internationale Entwicklung*. In: *Pressefreiheit, Pressewahrheit. Kritik und Selbstkritik im Journalismus*. Dokumentation zu den 7. Erlanger Medientagen am 9./10. Mai 1992. Verein Bürger fragen Journalisten e.V. (Hg.). Erlangen 1992, 43-68, hier 65.

<sup>5</sup> Wolfgang Donsbach: *Das Verhältnis von Journalismus und Politik im internationalen Vergleich*. In: *Medien in Europa. Angst als publizistische Strategie?* Dokumentation zu den 8. Erlanger Medientagen am 1./2. Mai 1993. Verein Bürger fragen Journalisten e.V. (Hg.). Erlangen 1993, 67-82, hier 70.

<sup>6</sup> Donsbach, *Instrumente der Qualitätsmessung*, 65.

12.  
**Neue**  
**Unpartheische Zeitung vnd Relation**  
**Auß allerhand glaubwürdigen Sendbriefen**  
**diß 1623. Jahrs**  
**Berichtet auff den Alten Calender.**

„Neue Unpartheische Zeitung...“ aus dem Jahre 1623. Die Zeitung erschien unter wechselnden Titeln seit 1623 in Zürich, bis 1626 in der Offizin Wolf, dann bei Johann Jakob Bodmer. (Abbildung entnommen aus Bogel/Blühm 1971, II: S. 57.)

fassung,<sup>7</sup> auch im amerikanischen Journalismus schon vor dem 19. Jahrhundert, nämlich bei den ersten Kolonialzeitungen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, das Prinzip der „impartiality“. In Deutschland ist das Unparteilichkeitskonzept sogar kontinuierlich über mehrere Jahrhunderte nachweisbar, insbesondere im Bereich lokaler Zeitungen.

Im folgenden kann diese Tradition journalistischer Unparteilichkeit aus Platzgründen nur in groben Zügen und anhand einiger weniger Beispiele skizziert werden, den Ausführungen liegen jedoch umfassende Analysen des frühen Zeitungswesens sowie der lokalen Presse, insbesondere des späten 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, zugrunde.<sup>8</sup>

### 1. Frühe Bekenntnisse zur Unparteilichkeit im deutschsprachigen Zeitungswesen

Ausdrücklich taucht der Begriff der Unparteilichkeit im Kontext periodisch erscheinender Zeitungen<sup>9</sup> erstmals im Titel zweier Wochenblätter aus dem Jahre 1623 auf. Es handelt sich um die Züricher *Neue Unpartheische Zeitung vnd Relation / Auß allerhand glaubwürdigen Sendbriefen ...*<sup>10</sup> sowie um die *Wochentliche / ungefalschte Neue Zeitung / Vnd Relation / ...*, die vermutlich ebenfalls in Zürich erschien.<sup>11</sup> In einer etwas späteren Ausgabe desselben Jahres trägt auch letztere den Titel *Neue Unpartheische Zeitung vnd Relation*, in einer weiteren Titelvariante findet sich

<sup>7</sup> Auch in der amerikanischen Literatur werden die Anfänge eines objektiven oder unparteilichen Journalismus üblicherweise in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gesehen; vgl. u.a. Michael Schudson: *Origins of the ideal of objectivity in the professions. Studies in the history of american journalism and american law, 1830-1940*. New York; London 1990, 47 ff. sowie David T.Z. Mindich: *Just the facts. How „objectivity“ came to define american journalism*. New York; London 1998, 10 ff. Für eine ausführliche Darstellung und weitere Literaturhinweise vgl. Schönhagen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 56 ff.

<sup>8</sup> Die Erkenntnisse zum frühen Zeitungswesen basieren vorwiegend auf umfassenden Literaturstudien, jene zur Lokalpresse des 18. und v.a. 19. Jahrhunderts neben umfangreichen Literaturauswertungen zudem auf eigenen Untersuchungen von über 1.500 Zeitungsausgaben, die ich im Rahmen meiner Dissertation durchgeführt habe. Vgl. Schönhagen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 13 ff., 144 ff.

<sup>9</sup> Der Anspruch der Unparteilichkeit ist bei den sog. Meßrelationen, welche zu den Vorläufern der Wochenzeitungen zählen, bereits seit 1590 in Titeln und Erklärungen der Herausgeber nachweisbar. So lautete z.B. der Titel einer Straßburger Meßrelation aus dem Jahre 1590 „*Vnpostreuterische / Das ist / Vnparteybische Ge-*

*schicht Schrifften ...*“ (zit. n. Klaus Bender: *Eine unbekannte Meßrelation. Die „Unpostreuterischen Geschicht-Schrifften“ des Thobias Steger, Straßburg 1590*. In: *Wolfenbütteler Notizen zur Buchgeschichte* 2/1981, 346-365, hier 346). Allerdings hatte Unparteilichkeit hier noch eine etwas andere Bedeutung als in den späteren Wochenblättern. Indem die Meßrelationen sich als Chroniken verstanden, zielten sie auf eine objektive Geschichtsschreibung, die nicht mit der unparteilichen aktuellen Berichterstattung gleichgesetzt werden kann. Das Unparteilichkeitsverständnis der Herausgeber dieser Meßrelationen umfaßte aber schon einige der Aspekte, die auch die spätere journalistische Norm charakterisieren. Vgl. dazu ausführlich Schönhagen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 20 ff.

<sup>10</sup> vgl. Else Bogel/Elger Blühm: *Die deutschen Zeitungen des 17. Jahrhunderts. Ein Bestandsverzeichnis mit historischen und bibliographischen Angaben*. Bremen 1971, Bd. 1, 55, Bd. 2, 57 sowie Hans Bodmer: *Die älteste Züricher Zeitung*. In: *Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1891*. Gesellschaft Zürcherischer Geschichtsfreunde (Hg.). Zürich 1891 (14. Jg.), 175-216.

<sup>11</sup> vgl. Bogel/Blühm, *Die deutschen Zeitungen des 17. Jahrhunderts*, Bd. 1, 53.

mit dem Ausdruck „ohne einichen [einigen; P.S.] affeckt“<sup>12</sup> ein ähnlicher Hinweis auf sachliche Berichterstattung wie im eingangs zitierten *Wienrischen Diarium*.

Bereits im Jahre 1621 trägt eine Wochenzeitung aus Frankfurt am Main den interessanten Titel: „Unvergreifliche continuierende Post Zeitungen wie solche bey den Ordinari Posten einkommen / von glaubhafften Correspondenten eingeschickt / und ohne einige passion divulgirt werden...“<sup>13</sup> „Ohne Passion“ sollten demnach die einkommenden Nachrichten verbreitet werden, das heißt frei von leidenschaftlicher Teilnahme, unabhängig von den eigenen Haltungen und Überzeugungen,<sup>14</sup> also neutral. Nichts anderes bedeutete auch der Begriff unvergreiflich: „[...] unparteilich [...], ohne den rechten, dem urtheil eines andern vorzugreifen“ oder „ohne der meinung (...) [eines anderen; P.S.] vorzugreifen“.<sup>15</sup> Eine Oettinger Zeitung aus dem Jahre 1625 versicherte, die Meldungen „trewlichst [treulichst; P.S.] und unvergreiflichst“<sup>16</sup> abzdrukken.

Schon im Titel einer *Sontäglichen Zeitung* aus dem Jahre 1688 findet sich auch eine Begründung für die Neutralität der Berichterstattung: Man wolle somit „menniglich [jedermann; P.S.] nach möglichkeit satisfaction“<sup>17</sup> geben, das heißt, die unterschiedlichen Informations- und Orientierungsbedürfnisse aller Leser befriedigen – was sich auf der Basis von Neutralität am besten realisieren läßt. Ganz ähnlich begründete der im 18. Jahrhundert äußerst erfolgreiche und weit verbreitete *Hamburger* bzw. *Hollsteinische unparthey-*

*ische Correspondente* in der Erstnummer vom 22. Juni 1712 sein – im übrigen faszinierend modern anmutendes – redaktionelles Programm einer unparteilichen Berichterstattung.<sup>18</sup> Bei Martin Welke kann man zudem nachlesen, daß die Redaktion dieser Zeitung, dem „Grundsatz des ‚audiatur et altera pars‘ folgend [...] ‚Äußerungen ohne Ansehen ihrer Herkunft [veröffentlichte; P.S.], Verlautbarungen herrschender Gruppierungen stehen neben oppositionellen Stimmen. [...] Unter bewußter Zurückhaltung der eigenen Meinung stellt der ‚Correspondent‘ widersprechende politische Auffassungen nebeneinander, ‚damit jeder sich sein eigenes Urteil bilden könne“.<sup>19</sup>

### Unparteilichkeit war von Beginn des Zeitungswesens im 17. Jahrhundert an ein zentrales journalistisches Prinzip.

All dies sind typische programmatische Hinweise und „Verlautbarungen eines frühen journalistischen Berufsverständnisses“,<sup>20</sup> wie sie sich in Titeln, Vorreden etc. von Zeitungen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts in großer Zahl finden; die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Auch in den frühen Schriften zur Zeitung, wie etwa bei Kaspar Stieler, wird das Konzept der Unparteilichkeit, werden die in den Titeln anklingenden Prinzipien wie Quellenprüfung und -transparenz, vorurteilsfreie Berichterstattung, „relata refero“ und „audiatur et altera pars“ einer eingehenden Diskussion unterzogen.<sup>21</sup> In der einschlägigen Literatur findet man zudem zahlreiche Beispiele dafür, daß es sich bei diesen Programmen keineswegs um Lippenbekenntnisse handelte, sondern daß unparteiliche Berichterstattung ganz alltäglich praktiziert wurde. Nicht

<sup>12</sup> zu beiden Titeln vgl. ebd.

<sup>13</sup> zit. n. Bogel/Blühm, *Die deutschen Zeitungen des 17. Jahrhunderts*, Bd. 1, 14.

<sup>14</sup> vgl. *Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm* (Neudruck der Originalausgabe von 1889). Bd. 13, München 1984, Sp. 1489/1490.

<sup>15</sup> *Deutsches Wörterbuch von Jacob und Wilhelm Grimm* (Neudruck der Originalausgabe von 1936). Bd. 24, München 1984, Sp. 2041.

<sup>16</sup> zit. n. Bogel/Blühm, *Die deutschen Zeitungen des 17. Jahrhunderts*, Bd. 2, 49. Auch die *Straßburger Relation* von 1609 wies bereits auf diesen Aspekt („trewlichst“) hin; vgl. w.o., 7.

<sup>17</sup> zit. n. Walter Schöne (Hg.): *Die deutsche Zeitung des siebzehnten Jahrhunderts in Abbildungen*. 400 Faksimiledrucke. Leipzig 1940, Abb. 266. Vgl. zur Bedeutung von „menniglich“ Bd. 12 des *Wörterbuchs von Jacob und Wilhelm Grimm* (Neudruck der Originalausgabe von 1885). München 1984, Sp. 1591-1593.

<sup>18</sup> Eine Abbildung dieser Erstnummer sowie detaillierte Erläuterungen finden sich bei Schönhagen,

*Unparteilichkeit im Journalismus*, 47 ff.

<sup>19</sup> Martin Welke (Hg.): *Hollsteinischer Unpartheyischer Correspondent 1721-30, Hamburgischer Unpartheyischer Correspondent 1731-40*. (Microfiche-Index.) Hildesheim; New York 1977, III. Den Grundsatz des ‚audiatur et altera pars‘ vertrat z.B. auch die *Augsburgische Ordinari Postzeitung*, vgl. Hermann Hart: *Skizzen aus der Geschichte der „Postzeitung“*. In: *Postzeitung, Wochenschrift für Politik und Kultur*, Nr. 175, 250 Jg. München 4. 8. 1935, 6 (1. Teil).

<sup>20</sup> Elger Blühm: *Fragen zum Thema Zeitung und Gesellschaft im 17. Jahrhundert*. In: ders. (Hg.): *Presse und Geschichte. Beiträge zur historischen Kommunikationsforschung*. München 1977, 54-70, hier 61.

<sup>21</sup> vgl. Stieler, *Zeitungs Lust und Nutz*, 27 ff. Einige dieser frühen Schriften versammelt Karl Kurth (Hg.): *Die ältesten Schriften für und wider die Zeitung*. Brünn u.a. 1944. Zur Diskussion dieser Schriften im vorliegenden Zusammenhang vgl. Berns, „Parteilichkeit“ und *Zeitungswesen*, a. a. O., sowie Schönhagen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 39 ff.

nur in den beiden ersten bekannten Wochenzeitungen des 17. Jahrhunderts war dies der Fall, wie bei Thomas Schröder sichtbar wird,<sup>22</sup> sondern ganz offensichtlich bei zahlreichen Blättern des 17. und 18. sowie des 19. Jahrhunderts.<sup>23</sup> Das vielleicht bekannteste Beispiel ist Johann Friedrich Cottas' seit 1798 erschienene *Allgemeine Zeitung*. Ganz im Gegensatz zur eingangs zitierten These Donsbachs muß man daher feststellen: Unparteilichkeit war offensichtlich von Beginn des Zeitungswesens im 17. Jahrhundert an ein zentrales journalistisches Prinzip. Was aber verstanden die sogenannten Zeitungser, die Zeitungsmacher also, im einzelnen darunter?

## 2. Das traditionelle Konzept journalistischer Unparteilichkeit

Die erwähnten Vorreden von Herausgebern, Verlegern und Redakteuren (nicht selten in Personalunion) z.B. in Erst- und Neujahrsnummern, Nachworten, redaktionellen Anmerkungen und bei dergleichen Gelegenheiten mehr, also durchweg Selbstaussagen der Zeitungsmacher, sind eine geeignete Quelle, um die eigene Auffassung der damaligen Praktiker von journalistischer Unparteilichkeit zu rekonstruieren.<sup>24</sup> Die Analyse derartiger programmatischer Äußerungen in weit über 1.000 verschiedenen deutschsprachigen Zeitungen aus drei Jahrhunderten zeigt, daß das Unparteilichkeitskonzept fast durchweg anhand von vier zentralen Handlungsregeln konkretisiert wurde, die im Folgenden kurz erläutert werden:

- „*Audiat et altera pars*“: Dieser Grundsatz zielte auf eine allseitige Vermittlung, bei der alle in der jeweiligen (ggf. auch lokalen)

Gesellschaft virulenten Wissens- und Bewußtseinsinhalte, Standpunkte, Positionen etc. gleichermaßen in der Berichterstattung zu Wort kommen sollten. Heute wird dafür häufig der Begriff des Pluralismus verwendet, der die Allseitigkeit der Vermittlung jedoch weniger deutlich betont. Zu bedenken ist, daß sich diese Handlungsregel nicht auf einzelne Zeitungsbeiträge bezog, sondern auf die Berichterstattung als Ganze,<sup>25</sup> ebensowenig zielte sie auf meinungsbetonte journalistische Darstellungsformen wie z.B. Kommentare.

- Trennung von Nachricht und (journalistischem) Kommentar: Diese wurde als Ausdruck der Neutralität des Vermittlers verstanden und sicherte die „*unvergreifliche*“ Darstellung. Insbesondere in den Zeitungen des 17. und 18. Jahrhunderts wurde, nicht zuletzt aufgrund der Zensurvorschriften, auf Kommentierung überhaupt weitgehend verzichtet,<sup>27</sup> sobald eine solche in den Zeitungen Einzug hielt, wurde sie jedoch meist deutlich von der Berichterstattung getrennt und entsprechend gekennzeichnet.
- Transparenz der Primärquellen (der Urheber der Mitteilungen oder Aussageträger): Dieser Grundsatz zielte zum einen auf die Glaubwürdigkeit der Quellen, zum anderen auf eine bestmögliche Orientierung für die Leser. Ohne eine Zuordnung von Mitteilungen zu ihren Urhebern und deren Interessen, Motiven etc. ist deren Beurteilung meist kaum möglich (außer für Experten, die sich an Sachkriterien orientieren können).<sup>28</sup> Zudem besteht eine enge Verbindung des Gebots der Quellentransparenz mit der folgenden Regel, da man

<sup>22</sup> vgl. Thomas Schröder: *Die ersten Zeitungen. Textgestaltung und Nachrichtenauswahl*. Tübingen 1995. Schröder zeigt, daß es in der Konfliktberichterstattung kaum zu Parteinahmen kam. Wenn Ungleichgewichtigkeiten festzustellen seien, dann sei dies offenbar auf fehlende Recherche-Praxis bzw. die Nachrichtenlage zurückzuführen (vgl. ebda., 334 sowie 165 ff., 310 ff.).

<sup>23</sup> vgl. u.a. Brigitte Tolkemitts Studie zum oben erwähnten *Hamburgischen Correspondenten (Der Hamburgische Correspondent. Zur öffentlichen Verbreitung der Aufklärung in Deutschland*. Tübingen 1995). Die zahlreichen Einzelstudien, die diese Feststellung unterstreichen, können hier aus Platzgründen nicht angeführt werden, sie finden sich aber in den Literaturhinweisen in Schönhausen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 18 ff.

<sup>24</sup> vgl. Schönhausen *Unparteilichkeit im Journalismus*, 36 ff.

<sup>25</sup> Außer in Zeitungsoriginalen findet man diese z.B. in Jubiläumsnummern, die Faksimiles, Zitate etc. enthalten (am Münchner Institut steht eine Sammlung solcher Jubiläumsausgaben mit über 1.500 Titeln zur Verfügung)

sowie in Titelblattsammlungen wie der von Bogel/Blühm, *Die deutschen Zeitungen des 17. Jahrhunderts*, und in der pressehistorischen Literatur, z.B. in vielen Monographien wie etwa der weiter oben erwähnten Studie Brigitte Tolkemitts zum *Hamburgischen Correspondenten (a. a. O.)*

<sup>26</sup> Es ist naheliegend, daß eine allseitige Berichterstattung nur periodisch realisiert werden kann, da sich die verschiedenen Standpunkte und Meinungen typischerweise im Gesprächsverlauf nacheinander zu Wort melden.

<sup>27</sup> Es bestand eine funktionale Trennung zwischen berichtenden Zeitungen einerseits und rasonierenden Flugblättern andererseits (vgl. Schönhausen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 18 f.), nicht zuletzt deshalb, weil die häufig mobilen Drucker und Herausgeber von Einzeldrucken ihre Anonymität besser wahren und gegebenenfalls über die (zahlreichen) Landesgrenzen fliehen konnten.

<sup>28</sup> vgl. dazu Hans Wagner: *Journalismus I: Auftrag. Gesammelte Beiträge zur Journalistentheorie*. Erlangen 1995, 199 ff.

der Ansicht war, der Vermittler trage nicht die Verantwortung für den Inhalt bzw. die Wahrheit oder Richtigkeit der Mitteilung, sondern nur für die richtige Wiedergabe derselben („relata refero“). Mit der Angabe der Herkunft einer Mitteilung verweist der Vermittler also zugleich auf die für deren Inhalt Verantwortlichen. Seiner eigenen Verantwortlichkeit für die richtige Wiedergabe wird er mittels folgendem Grundsatz gerecht:

- Getreue oder „treuliche“ Vermittlung:<sup>29</sup> Mitteilungen sollten, wenn auch gekürzt und bearbeitet, ihrem ursprünglichen Sinn gemäß, „ungefelscht“, redlich, originalgetreu vermittelt werden.<sup>30</sup> Dies galt gleichermaßen für alle Mitteilungen jeglicher Herkunft (prinzipielle Gleichbehandlung). Außerdem sollte die Berichterstattung sachlich sein: „ohne Passion“ bzw. „Affekt“.

Diese Handlungsregeln waren mit einem spezifischen journalistischen Selbstverständnis verbunden, gewissermaßen der Grundlage oder Voraussetzung für die genannten Prinzipien: Die Zeitungsmacher verstanden sich als neutrale Vermittler, die ihrer redaktionellen Tätigkeit „ohne Passion“ nachgingen, in dem Sinne, daß sie für keine Seite Partei ergriffen. Die *Frankfurter Kayserl. Oberpostamtszeitung* beschrieb diese Rolle in der 13. Ausgabe des Jahres 1781 wie folgt: „Ein Zeitungsschreiber muß Cosmopolit sein, mit keiner Nation weder Freund noch Feind scheinen, jede Neuigkeit durch seine Quelle prüfen, und dieselbe ohne Rückhalt nackt und blos dem Leser mitteilen.“<sup>31</sup> Ausführlicher erläuterte z.B. die Redaktion des *Göppinger Wochenblattes* im Jahre 1850 die Funktion eines neutralen, unparteilichen Vermittlers: „Dasselbe steht nicht auf dem Standpunkte eines Parteiblattes, und wird daher wie bisher den Ansichten der verschiedenen Parteien Raum gönnen,

und sich vor einem etwa einschränkenden Einfluß bewahren. Selbst auf die Gefahr hin, daß ihr der Vorwurf der Verwirrung der Begriffe Schuld gegeben werden sollte, wird sie von dem gegebenen Standpunkte nicht abweichen, denn sie glaubt, daß die Lokalpresse, wenn sie überhaupt der Pressefreiheit dienen will, vorzugsweise dadurch zur Aufklärung beiträgt, wenn sie vor das Publikum die verschiedenen Ansichten und Folgerungen bringt und diesem die Beurteilung über die Richtigkeit der einen oder anderen läßt.“<sup>32</sup> Der Redakteur des *Chemnitzer Boten* brachte das 1848 so auf den Punkt: „Ein Redacteur soll, wie der Vorsitzende einer größern Versammlung, in der verschiedene Parteien vertreten sind, Jedem das Wort geben, der nicht die nothwendigsten Grenzen der Mäßigung überschreitet.“<sup>33</sup>

### Hintergründe und Motive

Häufig wird vermutet, unparteilicher oder objektiver Journalismus habe sich (erst) unter Bedingungen der Demokratie entwickelt,<sup>34</sup> tatsächlich aber bildete sich das Prinzip während des Absolutismus heraus. Was waren dann die Ursachen oder Motive für dieses Journalismuskonzept? Handelte es sich um eine bloße Reaktion auf strenge Zensurvorschriften? Dafür spricht, daß z.B. das *bayerische Pressmandat* vom 6. 9. 1799 unter Maximilian IV. Joseph verlangte, „die Tatsachen möglichst einfach, ohne Hinzufügung eigenen Urteils und unter genauer Quellenangabe, zu berichten“.<sup>35</sup> Bei näherer Betrachtung erweist sich der Einfluß der Zensur jedoch als ambivalent. Denn man findet zahlreiche Hinweise, daß das Unparteilichkeitsprinzip einerseits auch da praktiziert wurde, wo die Zensur „milde“ war,<sup>36</sup> und daß es andererseits gegen den Widerstand der Zensur durchgesetzt wurde.<sup>37</sup> An verschiedenen Beispielen zeigt auch Hans Wagner, daß die Zensur „zwar hier und dort einem neutralen,

<sup>29</sup> Diese Forderung entspricht der uralten „Botenformel“, die seit dem Alten Orient im Zusammenhang mit der Tradierung von Wissen die „sach- und sinngetreue Wiedergabe einer Botschaft“ verlangte (Jan Assmann: *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*. München 1999, 103 ff.).

<sup>30</sup> Interessanterweise ist auch im heutigen Kodex des Deutschen Presserats unter Ziffer 2 von sinngetreuer Wiedergabe von Nachrichten, Informationen und Dokumenten die Rede; vgl. <http://www.presserat.de> [Abruf: 22. 10. 2001].

<sup>31</sup> zit. n. Holger Böning: *Zeitung, Zeitschrift, Intelligenzblatt. Die Entwicklung der periodischen Presse im Zeitalter der Aufklärung*. In: Klaus Beyrer/Martin Dallmeier (Hg.): *Als die Post noch Zeitung machte. Eine Pressegeschichte*. Gießen 1994, 93-103, hier 96.

<sup>32</sup> zit. n. Oskar Bechtle: *Was sind und was bedeuten 100 Jahre Göppinger Zeitung?* In: *Jubiläumsausgabe 100 Jahre Göppinger Zeitung* (16. 5. 1927), 1 f. und 7, hier 2.

<sup>33</sup> zit. n. einer Abbildung in der *Jubiläumsausgabe 75 Jahre Chemnitzer Tagblatt* (1. 7. 1923), 25.

<sup>34</sup> vgl. etwa Wolfgang R. Langenbacher: *Kommunikation als Beruf. Ansätze kommunikationswissenschaftlicher Berufsforschung*. Habil.-Schrift maschinschr. München 1973, 51.

<sup>35</sup> Wilhelm Bauer: *Die öffentliche Meinung und ihre geschichtlichen Grundlagen*. Tübingen 1914, 276 f.

<sup>36</sup> z.B. beim erwähnten *Hamburgischen Correspondenten*, vgl. Welke, *Hollsteinischer Unpartheyischer Correspondent 1721-30*, III.

<sup>37</sup> vgl. Schönhausen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 87 f., 191, 202 f., 219.



Titelblatt der Straßburger Relation von Johann Carolus aus dem Jahre 1634.  
 (Abbildung entnommen aus Julius Otto Opel, *Die Anfänge der deutschen  
 Zeitungspresse 1609–1650*. Leipzig 1879, Tafel II.)

distanzierten, eher diplomatisch-vorsichtigen Stil der Zeitungen nachgeholfen haben [mag]; ursächlich jedoch provoziert sie wohl eher Opportunismus als Unparteilichkeit. Vor allem aber verlangt jede Zensur zuallererst das Streichen und Schweigen und

damit den Ausfall von Informationen. Insofern wirkt sie dem Ziel gerade entgegen, das unter dem Arbeitsprinzip der Unparteilichkeit angestrebt werden sollte: der umfassenden Information des Lesers.<sup>38</sup>

<sup>38</sup> Wagner, *Journalismus I. Auftrag*, 107.

Die Motive lagen offensichtlich anderswo. So weist etwa Margot Lindemann am Beispiel der *Augsburger Ordinari-Zeitung* darauf hin, daß es „vorwiegend wirtschaftliche Überlegungen“ waren, die zu einer unparteilichen Berichterstattung motivierten.<sup>39</sup> Wollte man viele Leser erreichen, so war es (auch aufgrund des extrem zersplitterten Reiches und der damit verbundenen Heterogenität von „Parteiungen“<sup>40</sup>) ratsam, unterschiedlichste Kommunikations- und Orientierungsbedürfnisse sowie Interessen zu berücksichtigen; opportunistisches Parteigängertum im Sinne der Obrigkeit wäre wirtschaftlich uninteressant gewesen. Zahlreiche, auch ausdrückliche Hinweise lassen sich für diese ökonomischen Motive finden,<sup>41</sup> die nicht selten auch damit zusammenhingen, daß die Zeitungsherausgeber Drucker waren, die einen Nebenerwerb anstrebten. Insbesondere für lokale und regionale Zeitungen mit ihren begrenzten Verbreitungsgebieten war (und ist) es notwendig, weite Leserschichten zu erreichen, den begrenzten Markt möglichst breit abzudecken. Wohl deshalb hat sich das Prinzip der Unparteilichkeit dort, trotz einer zunehmenden Politisierung der Gesellschaft, am längsten gehalten.

### Zur Umsetzung der Handlungsregeln

Mit einer detaillierten Analyse lokaler Zeitungen des 18. und 19. Jahrhunderts anhand der einzelnen Handlungsregeln<sup>42</sup> des Unparteilichkeitskonzeptes konnte nachgewiesen werden, daß diese sowohl in den redaktionellen

Programmen als auch in der täglichen Zeitungspraxis eine zentrale Rolle spielten.<sup>43</sup> Eine besondere Bedeutung kam dem Prinzip der allseitigen Vermittlung zu, das eine Ausgestaltung der Zeitungen als Foren lokaler Kommunikation zur Folge hatte, wo ein lebhafter und häufig kontroverser Diskurs der Bürger zu allen sie betreffenden Themen, Fragen und Problemen stattfand.<sup>44</sup> Diese Möglichkeit wurde geradezu als Bürgerrecht aufgefaßt. Kommentierende Beiträge der Redaktionen – meist eher Hintergrundinformationen oder Erläuterungen zur eigenen Vermittlungspraxis als Meinungsäußerungen – wurden fast durchweg deutlich von der Berichterstattung getrennt und entsprechend gekennzeichnet.

Ebenso bemühten sich die Redaktionen um eine Offenlegung der Herkunft der Mitteilungen, die jedoch dadurch eingeschränkt wurde, daß auch noch im 19. Jahrhundert das Anonymitäts-Prinzip für die gesamte journalistische Tätigkeit Geltung hatte. Das hatte nicht zuletzt mit dem Quellschutz zu tun. Daher findet man bei fremden Beiträgen häufig nur Initialen, Berufs- und Funktionsangaben und ähnliche indirekte Kennzeichnungen, die jedoch angesichts der Überschaubarkeit der örtlichen Verhältnisse den Lesern eine grobe Orientierung und Einschätzung der Quellen ermöglicht haben dürften. Interessant ist weiter, daß manche Zeitungen möglichst auch die „Nebenumstände“ der Mitteilungen,<sup>45</sup> also die Situation, in der eine Äußerung zustande kam, dahinter stehende Motive, Interessen etc., mit angeben – denn diese sind für die Einschätzung

<sup>39</sup> Margot Lindemann: *Deutsche Presse bis 1815. Geschichte der deutschen Presse. Teil I.* (Unveränderter Neudruck der Originalausgabe von 1969) Berlin 1988, 151.

<sup>40</sup> vgl. Tolckemitt, *Der Hamburgische Correspondent*, 45 f. (in Anlehnung an Berns, „Parteilichkeit“ und *Zeitungswesen*, a. a. O.).

<sup>41</sup> vgl. z.B. Carsten Prange: *Die Zeitungen und Zeitschriften des 17. Jahrhunderts in Hamburg und Altona. Ein Beitrag zur publizistischen Frühaufklärung.* Hamburg 1978, 148; Martin Welke: *Die Geschichte der Zeitung in den ersten Anfängen ihres Bestehens. Kritische Bemerkungen zu Margot Lindemanns „Deutsche Presse bis 1815“.* In: *Daphnis. Zeitschrift für Mittlere Deutsche Literatur*, Bd. 3, 1974, 92-106, hier 97; Hart, *Skizzen aus der Geschichte der Postzeitung*, 6; Schönhausen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, bes. 126 ff., 285 ff.

<sup>42</sup> Die Untersuchung der getreuen Vermittlung an historischen Materialien ist insofern problematisch, als weder die Originalmitteilungen der Aussageträger zum Vergleich mit den in der Zeitung vermittelten Mitteilungen zur Verfügung stehen noch die Aussageträger befragt werden können. Folglich sind nur indirekte Schlüsse möglich (vgl. Schönhausen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 82).

<sup>43</sup> Wie oben bereits erwähnt, wurden dazu in einem ersten Schritt Sekundärquellen ausgewertet (v.a. mit Blick auf die Programmatik), die über 1.500 deutschsprachige Titel betrafen, in einem zweiten Schritt wurde die Umsetzung an Originalmaterialien (drei Titeln mit über 1.500 Ausgaben zwischen Ende des 18. und Mitte des 19. Jahrhunderts) ausgewertet. Vgl. zum Vorgehen sowie den Ergebnissen im Detail Schönhausen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, a. a. O.

<sup>44</sup> Eine Ausnahme bildete eines der als Fallbeispiele an Originalmaterialien untersuchten Blätter, das zeitweise (unter dem Einfluß einer strengen Zensur und aufgrund eines relativ großen Verbreitungsgebietes) eine rein ereignisorientierte Berichterstattung betrieb (Ankündigungen von Festen, Meldungen von Unfällen und Bränden etc.), auf welche das Prinzip einer allseitigen Vermittlung nicht sinnvoll angewendet werden kann. Vgl. Schönhausen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 218 ff.

<sup>45</sup> So bezeichnete Arnold Mallinckrodt, der Herausgeber des *Westfälischen Anzeigers* in Dortmund, alle die Informationen, welche „auf die richtige Beurtheilung der Sache Einfluß“ haben (in einem Beitrag über „Publicität“ in der Beilage zur Nr. 30, 14. 4. 1801, 3; vgl. Schönhausen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 184).

von Informationen und die Meinungsbildung oft wichtiger als die Sachinformationen selbst.<sup>46</sup> Zudem wurde auf unsichere Quellen ausdrücklich hingewiesen. Die Forderung nach getreuer, unverfälschter Vermittlung der Mitteilungen wurde in einzelne Vermittlungsregeln umgesetzt, die in den Zeitungen, häufig in Verbindung mit Aufrufen zur Mitarbeit, veröffentlicht wurden. Sie betrafen z.B. die Länge und thematische Breite der Beiträge, dienten dem Ausschluß von Beleidigungen und Beschimpfungen etc. und sicherten den chancengleichen Zugang aller zum Forum Zeitung unter gleichen Bedingungen. Dazu wurden die Vermittlungsstandards zudem regelmäßig an einzelnen Fällen veranschaulicht, erläutert und gerechtfertigt.<sup>47</sup>

Zudem bestätigte die Untersuchung der Lokalzeitungen, daß die Motive einer unparteilichen Berichterstattung vorwiegend pragmatischer Natur waren. Wenn idealistische Motive hinter dem Konzept standen, wie es z.B. beim Dortmunder *Westfälischen Anzeiger* von Arnold Mallinckrodt der Fall war, erwies sich dies sogar eher als kontraproduktiv. Die aufklärerischen Absichten Mallinckrodt setzten der Unparteilichkeit deutliche Grenzen: „*Unaufgeklärte*“ kamen gar nicht oder nur unter massiver Kommentierung zu Wort und wurden bisweilen sogar an den publizistischen Pranger gestellt. Im Kommentar zu einem eingesandten Beitrag eines Lesers über sogenannte Gassner (Wunderheiler) rief die Redaktion z.B. dazu auf, ihr die Namen der Personen zu nennen, die solche „*Pfuscher*“ aufsuchten, um diese zu veröffent-

Kommentierende Beiträge wurden deutlich von der Berichterstattung getrennt.

<sup>46</sup> vgl. Wagner, *Journalismus I: Auftrag*, 199ff. Er bezeichnet diese Nebenumstände als „*Informationen über die Information*“ bzw. „*Beglaubigungswissen*“.

<sup>47</sup> Da wurde dann z.B. erklärt, warum bestimmte Einsendungen nicht aufgenommen wurden, z.B. weil sie der Redaktion anonym zugegangen waren. In einem anderen Fall erklärte ein Redakteur, er habe einen Artikel „wegen schlechten Stils nicht aufnehmen können und bittet, dies nicht als Parteilichkeit aufzufassen“ (zit. n. Jubiläumsausgabe: *140 Jahre Bergisch-Märkische Zeitung*. Elberfeld, 1. 12. 1929, 23). Vgl. zu derartigen Vermittlungsregeln und ihrer Veröffentlichung auch Philomena Schönhausen: *Die Zeitung der Leser. Die Idee der Leserbeteiligung in der Heimatzeitung des 19. Jahrhunderts*. München; Mühlheim 1993, 65 ff.

<sup>48</sup> *Westfälischer Anzeiger* Nr. 26, 28. 9. 1798, Sp. 408.

<sup>49</sup> Wie erwähnt, wurde dies bislang kaum untersucht, auch nicht in einschlägigen Studien wie der von Mindich, *Just the facts*, 11 ff. Dieser weist zwar eingangs darauf hin, daß Normen wie „*fairness, detachment, nonpartisanship, and*

lichen, denn: „*Die Publizität straft langsam aber ernsthaft.*“<sup>48</sup>

### 3. „*Impartiality*“ im amerikanischen Zeitungswesen des 18. Jahrhunderts

Wie eingangs kurz erwähnt, lassen sich auch Hinweise auf ein entsprechendes Konzept journalistischer Unparteilichkeit bzw. „*impartiality*“ in den frühen amerikanischen Kolonialzeitungen der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts finden.<sup>49</sup> Allerdings werden diese Zeitungen, die seit 1704 von Postmeistern mit behördlicher Genehmigung englischer Gouverneure herausgegeben wurden, in der Literatur wenig beachtet und als „*leere Nachrichtenregister*“ abgetan.<sup>50</sup> Hazel Dicken-Garcia weist jedoch darauf hin, daß diese sich an journalistischen Standards orientierten, wie sie z.B. die erste englische „*successful daily newspaper*“ kennzeichneten, den *Daily Courant* der Verlegerin Elizabeth Mallett. Diese bekannte sich in der Erstnummer vom 11. März 1702 zu annähernd denselben

Prinzipien, wie sie für die deutschsprachigen Blätter typisch waren, mit Ausnahme der allseitigen Vermittlung.<sup>51</sup> Dieser Aspekt wurde jedoch bereits einen Monat später von ihrem Nachfolger ergänzt. Er versicherte, die Berichte so zu bringen, wie sie bei ihm eingingen, „*without inclining either to one side or the other: And this will be found to do, by representing the same Actions, according to the different Accounts which both Sides give of them [...]*“.<sup>52</sup> Ganz wie die deutschen Zeitungen verband der Herausgeber des Bostoner *Weekly Rehearsal*, Thomas Fleet, sein Bekenntnis zur Un-

balance“ schon vor 1830 diskutiert worden seien, und führt in diesem Zusammenhang auch einige Zeitungen des 17. und 18. Jahrhunderts an, aber nur um ohne weitere Untersuchung zu postulieren, vor 1830 seien diese Normen nicht wirklich umgesetzt worden.

<sup>50</sup> Emil Dovifat: *Der amerikanische Journalismus*. Neudruck des Originals von 1927 mit einer Einführung von Stephan Ruß-Mohl und Bernd Söseemann. Stephan Ruß-Mohl (Hg.). Berlin 1990, 14. Vgl. auch George Henry Payne: *History of Journalism in the United States*. New York 1920, 26; Jörg Requate: *Journalismus als Beruf. Entstehung und Entwicklung des Journalistenberufs im 19. Jahrhundert. Deutschland im internationalen Vergleich*. Göttingen 1995, 35.

<sup>51</sup> vgl. Hazel Dicken-Garcia: *Journalistic standards in nineteenth-century America*. Madison/Wisconsin; London 1989, 11 ff.

<sup>52</sup> zit. n. Willard Grosvenor Bleyer: *Main currents in the history of american journalism*. Boston u.a. 1927, 18.

parteilichkeit und allseitigen Vermittlung mit einem Aufruf an die Leser zur Mitarbeit und der Veröffentlichung von Regeln für deren Beiträge.<sup>53</sup>

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang Stephen Boteins Ausführungen über die Tradition des Druckwesens in der frühen Kolonialzeit. Diese nämlich war, aus ökonomischen Gründen, vom Grundsatz der Unparteilichkeit geprägt: „Usually unable to rely for a living on the favor of one group among his neighbours, included those who wielded political power, a colonial printer by custom labored to serve diverse interests in his community. Unlike London, where large profits were sometimes to be had by making partisan commitments to one well-financed faction or another, colonial America was a place for printers to be studiosly impartial.“ Diese Haltung wurde mit dem Begriff der Pressefreiheit beschrieben, der „liberty of the press: [...] A press was free, in this formulation, only if it was open to all parties“.<sup>54</sup>

Dieses Prinzip wandten die Drucker dann entsprechend auf die von ihnen herausgegebenen Zeitungen an – aufgrund derselben Motive: Um keine potenziellen Abonnenten und Druckaufträge zu verlieren.<sup>55</sup> Ebenfalls parallel zur deutschen Tradition des Unparteilichkeitsprinzips zeichneten sich die Herausgeber der betreffenden amerikanischen Kolonialzeitungen durch ein bestimmtes Selbstverständnis aus. Sie verstanden sich bis zur Revolutionszeit als „passive, detached observers, neutrally relaying information and opinion to others“.<sup>56</sup> Erst in der Revolutionszeit ergriffen die Drucker und Zeitungsherausgeber zunehmend

Partei, häufig unfreiwillig, wie Botein an vielen Fällen beschreibt.<sup>57</sup> Nach einer Phase des „partisan journalism“<sup>58</sup> waren es mit der sogenannten „Penny-Press“<sup>59</sup> wiederum Zeitungen mit vorwiegend ökonomischen Motiven, die zu einem unparteilichen oder objektiven Journalismus zurückkehrten.<sup>60</sup>

#### 4. Fazit und theoretische Implikationen

In Deutschland wie in Amerika läßt sich die Tradition eines unparteilichen Journalismus nachweisen, die jeweils bis auf die Anfänge des (periodischen) Zeitungswesens zurückgeht und damit wesentlich älter ist, als gemeinhin angenommen wird. Das Prinzip der Unparteilichkeit ist dabei eng verknüpft mit einem spezifischen journalistischen Selbstverständnis als neutralem Vermittler bzw. „detached observer“ und wird in wenigen zentralen Handlungsregeln praxisnah konkretisiert. Dem Ziel, den unterschiedlichsten Informations- und Kommunikationsinteressen sowie Orientierungsbedürfnissen der Leser gerecht zu werden, liegen ganz offensichtlich vorwiegend ökonomisch-pragmatische Motive zugrunde. Das Prinzip der Unparteilichkeit steht nachgerade für einen pragmatischen Journalismus.<sup>61</sup>

Insbesondere die große Praxisnähe des Unparteilichkeitskonzepts läßt eine Rückbesinnung auf diese journalistische Tradition auch vor dem Hintergrund aktueller Fragen und Probleme des Jour-

<sup>53</sup> zit. n. Marcus A. McCorison: *Foreword*. In: Bernard Bailyn/John B. Hench (Eds.): *The press and the american revolution*. Worcester/Mass. 1980, 1-10, hier 2. Für weitere Beispiele und Hinweise auf das Konzept der „impartiality“ vgl. Schönhagen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 58 ff.

<sup>54</sup> Stephen Botein: *Printers and the american revolution*. In: Bernard Bailyn/John B. Hench (Eds.): *The press and the american revolution*. Worcester/Mass. 1980, 19 (Hervorhebung von P.S.).

<sup>55</sup> vgl. ebda., 20-22.

<sup>56</sup> William F. Steirer: *Riding „everyman's hobby horse“: Journalists in Philadelphia, 1764-1794*. In: Donovan H. Bond/W. Reynolds McLeod (Eds.): *Newsletters to newspapers: eighteenth-century journalism*. Papers presented at a bicentennial symposium at West Virginia University 1976. Morgantown/West Virginia 1977, 263-275, hier 263 (Hervorhebung von P.S.).

<sup>57</sup> Neutrale Drucker sahen sich bisweilen sogar gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Letztlich war die Parteinahme somit unvermeidlich, bisweilen lohnte sie sich jedoch vor dem Hintergrund der veränderten politisch-gesellschaftlichen Situation auch (vgl. Botein, *Printers and the american revolution*, 21 ff., 32 ff.).

<sup>58</sup> Frank Luther Mott: *American journalism. A history of newspapers in the United States through 250 years, 1690 to 1940*. New York 1942, 167. Vgl. auch Jeffrey Rutenbeck: *Toward a history of the ideologies of partisanship and independence in american journalism*. In: *Journal of Communication Inquiry* 2/1991, 126-139, hier 129 ff.

<sup>59</sup> Requate, *Journalismus als Beruf*, 36.

<sup>60</sup> Die weitere Entwicklung, mit der sich das Prinzip des „objective reporting“ mehr und mehr durchsetzte, muß an dieser Stelle nicht ausgeführt werden, zumal sie in der bereits erwähnten Literatur zum amerikanischen Journalismus hinreichend diskutiert wird; vgl. u.a. Schudson, *Origins of the ideal of objectivity*, a. a. O.; Mindich, *Just the facts*, a. a. O. sowie Dan Schiller: *An historical approach to objectivity and professionalism in american news reporting*. In: *Journal of Communication* 1/1979, 46-57. Einen Überblick bietet Schönhagen, *Unparteilichkeit im Journalismus*, 66 ff.

<sup>61</sup> Wobei man anmerken muß, daß ökonomische Motive natürlich keineswegs journalistische Unparteilichkeit garantieren oder quasi automatisch zur Folge haben. Das historische Konzept beruht, wie oben erläutert, zugleich auf einer bestimmten Marktstrategie sowie einem spezifischen Selbstverständnis.

nalismus sinnvoll erscheinen. Zudem legt es eine Lösung für die theoretische Diskussion um journalistische Objektivität nahe: Wenn man das traditionelle Unparteilichkeitskonzept der Praktiker ernst nimmt, dann bedeutet die Forderung nach journalistischer Objektivität nicht die nach einer möglichst objektiven Abbildung der Wirklichkeit bzw. Erkenntnis der Wahrheit, die vor dem Hintergrund konstruktivistischer Erkenntnisse ohnehin unrealistisch ist, sondern sie erfordert eine unparteiliche Vermittlung der verschiedenen Sichtweisen bzw. Interpretationen von Wirklichkeit, der unterschiedlichen Wahrheiten, die in einer Gesellschaft virulent sind und geäußert werden. Journalistische Objektivität ist folglich kein erkenntnistheoretisches Problem, sondern ein Qualitätsmerkmal der redaktionellen Vermitt-

lung. Diese Vermittlungsleistung des Journalismus hat nach Luhmann das Ziel der Selbstbeobachtung der Gesellschaft,<sup>62</sup> Otfried Jarren bringt dies noch treffender auf den Punkt und spricht von gesellschaftlichen „*Selbstverständigungsdiskursen*“,<sup>63</sup> die von den Massenmedien vermittelt werden. Das heißt, erst durch diese Vermittlungsleistung wird es der Gesellschaft möglich, sich über sich selbst zu verständigen und zu einer gemeinsamen Definition sozialer Wirklichkeit zu kommen – was nur mittels Kommunikation möglich ist. Unparteilichkeit sichert dabei die kommunikative Beteiligung aller Seiten bzw. Interessen sowie die Zugänglichkeit aller Sichtweisen oder Wahrheiten zum massenmedial vermittelten Diskurs<sup>64</sup> und gewährleistet somit optimale Orientierungsmöglichkeiten für jedermann.

Dr. Philomen SCHÖNHAGEN (1966)

Seit 1993 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) der Universität München; 1997 Promotion zum Thema Unparteilichkeit im Journalismus. Forschungsschwerpunkte: Theorie und Geschichte der Sozialen Kommunikation und ihrer Medien, Journalismusgeschichte und -theorie, Kommunikationsphänomene im Internet.

<sup>62</sup> vgl. Niklas Luhmann: *Die Realität der Massenmedien*. Opladen 1996, 173.

<sup>63</sup> Otfried Jarren: *Gesellschaftliche Integration durch Medien? Zur Begründung normativer Anforderungen an die Medien*. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 1/2000, 22-41, hier z.B. 23.

<sup>64</sup> Dabei ist nicht gemeint, daß jeder Einzelne zu Wort kommen muß, sondern möglichst alle Positionen zu den

diversen Themen; diese werden in der Regel durch Kollektive bzw. deren Repräsentanten vertreten. Ermöglicht wird dies durch kommunikative Repräsentanz (vgl. Wagner, *Journalismus I: Auftrag*, 240 ff.). Unter Diskursen sind zudem nicht zwangsläufig rationale Diskurse im Sinne Habermas' zu verstehen; wechselseitige Kenntnisnahme und Bezüge zwischen den Positionen sind jedoch eine Voraussetzung solcher Selbstverständigungsdiskurse.

# Amtlicherseits wird gemeldet...<sup>1</sup>

Zur Geschichte regierungsnaher Nachrichtenbüros in Österreich

Wolfgang Pensold

## Die erste staatliche Nachrichtenagentur

Die institutionellen Anfänge eines staatlich inspirierten Nachrichtenbüros auf österreichischem Boden fallen in die Regierungszeit des Kanzlers Klemens Lothar Metternich. Metternich versucht die nach dem Wiener Kongreß von 1814/15 eingesetzte, reaktionäre mitteleuropäische Ordnung abzusichern und den in den Zeitungen immer wieder aufkeimenden Liberalisierungsbestrebungen gegenzusteuern. Eine undatierte und nicht gezeichnete, Metternich jedenfalls vorgelegte Denkschrift mit dem Titel „Die Presse“ schlägt die Einrichtung einer Korrespondenz zur Beteiligung der Zeitungen mit regierungstreuen Nachrichten vor. Der Autor der Denkschrift befaßt sich eingehend mit den in England und Frankreich getroffenen Regierungsmaßnahmen gegen die liberale Presse und kommt zu dem Schluß, daß beide Länder trotz Strafverschärfung und gesteigerter Bestechungsaktivität die Zeitungen nicht zu zügeln vermochten. Er führt weiter aus, daß im französischen Innenministerium unter dem Namen *Bureau de l'esprit public* eine Zeitungsartikelfabrik bestehe, die unmittelbar dem Innenminister unterstellt sei. Monatlich würden von da aus Publizisten und Redakteure für die Verfassung leitender Artikel bezahlt, welche täglich „in halboffiziellem Gewande“ an die Tageszeitungen in verschiedenen Departements des Landes versandt würden. Honorare, Stellen, Orden, „Vergünstigungen und Geschenke jeglicher Art“, wie sie die Regierung gewähre, dienten dazu, sich die Zeitungsleute gefügig zu machen. Den Pariser Blättern aller Schattierungen sowie den bedeutenderen Provinzblättern diene zudem eine „lithographische Übersetzungs- und Korrespondenzanstalt“ im Außenministerium, die sämtliche Auslandsnach-

richten schnell und günstig liefere. Das Nachrichtenmaterial werde, bevor es an die Öffentlichkeit gehe, „umgearbeitet oder verändert, zugestutzt oder abgekürzt und ganz oder halb verschwiegen“ je nachdem, wie es „das augenblickliche Bedürfnis erheischt“.<sup>2</sup>

Soweit die Denkschrift, die für das neue pressepolitische Instrument wirbt, die Metternich aber nicht zu überzeugen scheint, denn in Wien gelangt ein solches Projekt vorerst nicht zur Realisierung. Man begnügt sich wie bisher mit der Zahlung von Schmiergeldern und zensorischen Unterdrückungsmaßnahmen.

1848 bricht in Wien die Revolution gegen den Metternichschen Polizeistaat aus. Die Revolutionäre fordern vor allem Pressefreiheit – die bürgerliche Gesellschaft soll sich über ein öffentliches Forum Presse in relevanten politischen Angelegenheiten zu Wort melden dürfen. Der Revolution folgt ein liberales Pressegesetz; es ermöglicht verschiedenen politischen Kommentatoren, sich offen und direkt an die zeitungslisende Öffentlichkeit zu wenden. Mit der Niederschlagung der Revolution durch das kaiserliche Militär endet jedoch der Pressefrühling und unter dem erst 19jährigen Kaiser Franz Joseph beginnt eine neoabsolutistische Unterdrückungsära.

Vor diesem Hintergrund entsteht die *Österreichische Correspondenz* als Sprachrohr der Regierung. Ihr Gründer, Joseph Tuvora, in den Revolutions-tagen Revolutionär, der am sogenannten „Journalistenputsch“ teilgenommen hat, fürchtet nun, nach der Rückkehr der alten Machthaber, wohl einen Prozeß wegen Republikausrufung. Er bietet seine Dienste dem amtierenden Justiz- und Innenminister Alexander Bach an, teilt ihm im August 1849 brieflich mit, daß er die bereits unterbreitete „Idee einer lithographierten Korre-

<sup>1</sup> Der folgende Aufsatz ist ein Extrakt aus dem Buch *Die Macht der Nachricht. Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich* von Edith Dörfler und Wolfgang Pensold, das vom Geschäftsführer der Austria Presse Agentur, Wolfgang Vysolizil, initiiert wurde und Ende

November 2001 im Molden-Verlag erschienen ist. Das Buch fußt auf einem zweijährigen, von der Austria Presse Agentur finanzierten, Forschungsprojekt.

<sup>2</sup> zit. n. Frithjof Kammerer: *Die Pressepolitik Metternichs. Versuch einer Gesamtdarstellung*. Diss. Wien 1958, 272 ff.

spendenz nächstens vorzulegen die Ehre haben“<sup>3</sup> werde. In einem weiteren Brief im September erlaubt er sich, darauf hinzuweisen, „daß der Gebrauch einer so leicht beweglichen und zugleich weitreichenden Waffe, wie eine solche Korrespondenz ist, der Regierung von unbedingt größtem Nutzen sein würde“.<sup>4</sup> Bach, der die aufgeblühte Revolutionspresse zügeln will, nimmt die Idee einer kontrollierten Korrespondenz „zur schnellen Widerlegung von Zeitungslügen und Verbreitung von Nachrichten, deren Bekanntmachung man wünscht“<sup>5</sup> auf.

Die moderne österreichische Nachrichtenagenturgeschichte beginnt im Hoheitsbereich der Regierung. Im Zentrum der Unternehmensidee steht, nach alter Tradition, die offizielle Inspiration der übermittelten Nachrichten. Daß die *Österreichische Correspondenz* grundsätzlich privat organisiert ist, hat nur insoweit Bedeutung, als deren eigentlicher Zweck nicht allzu deutlich

in Erscheinung treten soll. Sie soll die in tschechischer, slowenischer, serbokroatischer und italienischer Sprache<sup>6</sup> erscheinenden Pro-

vinzblätter, die von der Regierung im Zeichen von Reichseinheit und Reichserhaltung in ihr Eigentum übernommen werden, mit kontrollierten Nachrichten versorgen. Als größter Zeitungsverleger des Landes versucht die Regierung über Tuvoras Korrespondenz Politik zu machen – die sozialrevolutionären Rufe, aber auch die nationalen, die in verschiedenen Ländern der Monarchie zu vernehmen sind, einzudämmen.

Tuvora betätigt sich in der Folge als Verteiler regierungstreuer Nachrichten und auch als eine Art Kontrollorgan hinsichtlich der Loyalität der Zeitungen. Als sich die österreichische Regierung dazu durchringt, die noch junge elektrische Telegrafie öffentlich zugänglich zu machen und damit auch den Zeitungen die Option des raschen

### Die von der Telegrafie eingeleitete Internationalisierung ermöglicht den raschen Transfer von Nachrichten.

Nachrichtentransfers zu eröffnen, schlägt Tuvora dem Minister vor, nur die regierungstreuen Zeitungen zur Telegrafie zuzulassen, die anderen dagegen auszuschließen. Eine derartige Einschränkung ist in Zeiten, da die Telegrafie den Nachrichtenverkehr internationalisiert aber nicht mehr durchführbar. Österreich verpflichtet sich wie die anderen Mitglieder des *Deutsch-Österreichischen Telegraphenvereins* zur öffentlichen Zugänglichkeit seines Telegrafennetzes.<sup>7</sup> Anders scheint das ausgedehnte Netzwerk, das die gesamte Monarchie überspannen soll, nicht finanzierbar.

Die von der Telegrafie eingeleitete Internationalisierung ermöglicht indessen den raschen Transfer von Nachrichten. In Berlin existiert ab 1849 das *Wolff'sche Telegraphische Bureau*, das den Verkauf von telegrafischen Wirtschaftsnachrichten an Abonnenten und Zeitungen betreibt. Von London aus operiert ab 1851 – seit ein Unterseetele-

grafenkabel die Britischen Inseln mit dem Kontinent verbindet – der deutschstämmige Kaufmann Julius Reuter mit einem ähnlichen Unternehmen; in Paris schließlich arbeitet seit Mitte der 30er Jahre des 19. Jhs. Charles-Louis Havas im Geschäft mit den lukrativen Nachrichten. Wolff,

Reuter und Havas dehnen ihre Einzugsgebiete mit den anwachsenden Telegrafennetzen aus. Die Telegrafennetze ihrerseits wachsen entlang der wachsenden Schienenstränge der Eisenbahnen; der kostspielige Eisenbahnbau wird über die Börsen finanziert, die sich durch den telegrafischen Zusammenschluß zu einem komplexen internationalen Kapitalsystem zusammenfügen. Dies wiederum beschert den Wirtschaftsnachrichtenhändlern in Berlin, Paris und London gute Profite. Oberstes Gebot im Handel mit Wirtschaftsdaten ist die Verlässlichkeit und Objektivität einer Nachricht – ein ökonomisch motiviertes Gebot, das zunehmend auf Nachrichten politischen Inhalts umgelegt wird. Der entstehende moderne Welthandel erweist sich als Grundlage des

<sup>3</sup> Brief von Tuvora an Bach, 28. August 1849; zit. n. Wilhelm Liebisch: *Das Entstehen der ersten amtlichen Nachrichtenstelle in Österreich. Von der Gründung der Österreichischen Correspondenz (1849) bis zur Überweisung des k.k. Telegraphen Correspondenz Bureaus an das Ministerrats-Präsidium*. Diss. Wien 1954, 18.

<sup>4</sup> Brief von Tuvora an Bach, 23. September 1849; zit. n. Liebisch: *Das Entstehen der ersten amtlichen Nachrichtenstelle*, 19.

<sup>5</sup> zit. n. Kurt Strasser: *Die österreichische Presse- und*

*Nachrichtenpolitik aus dem Kriege gegen Preussen 1866*. Diss. Wien 1945, 6.

<sup>6</sup> vgl. Friedrich Fuchs: *Telegraphische Nachrichtenbüros. Eine Untersuchung über die Probleme des internationalen Nachrichtenwesens*. Berlin 1919, 122.

<sup>7</sup> vgl. Regine Rohrböck: *Die Entwicklung der Nachrichtentechnik bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Telegraphie und der Telephonie in Österreich-Ungarn*. Dipl. Arb. Wien 1989, 30.

modernen Nachrichtengeschäfts, die elektrische Telegrafie als Patin der modernen Nachrichtenagenturen.

In Wien hingegen kann davon keine Rede sein. Hier prägt die Subjektivität des Staatsinteresses paradigmatisch die Entwicklung der Presse wie jene des Nachrichtensystems.

1859 kommt es zum Krieg zwischen Österreich und Frankreich in Norditalien um die Zugehörigkeit der Gebiete Lombardo-Venetiens. Schon die ersten Kriegsgerüchte haben die Börsen reagieren und insbesondere österreichische Wertpapiere abstürzen lassen. Finanziell scheint der Krieg verloren, noch bevor der erste Schuß fällt. Aber auch militärisch geht der Krieg für Österreich verloren.

Die Schlacht bei Magenta erhält eine besondere Bedeutung, weil sie verloren geht, in der Berichterstattung aber nicht verloren gegeben wird. Eine Depesche vom 8. Juni, abgedruckt in der *Triester Zeitung* vom 9. Juni, meldet in pathetischen Worten einen „Sieg bei Magenta“: „Nach einem Kampf, wie ihm die Blätter der Geschichte nur selten berichten, haben die Waffen Oesterreichs einen Sieg über die Feinde errungen, einen Sieg, den die spätesten Geschlechter noch als eine der schönsten Edelsteine in dem glänzenden Diadem der Habsburger erkennen werden (...)“.<sup>8</sup>

Besonders kurios mutet diese Siegesmeldung deshalb an, weil sie auf der Titelseite der *Triester Zeitung* unmittelbar neben dem Bericht des Oberkommandierenden Gyulai vom 6. Juni abgedruckt ist, der seinem Kaiser und aller Welt zwar umständlich, aber eindeutig den Rückzug und die erlittene Niederlage zur Kenntnis bringt. So glaubt er „mit voller Sicherheit annehmen zu können, daß der Feind trotz seiner Uebermacht den Besitz Magenta's theuer erkaufte“, und daß er, der Feind nämlich, der österreichischen Armee „die Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, auch einem tapfern und numerisch stärkeren Gegner nicht ohne heldenmüthigen Kampf gewichen zu sein“.<sup>9</sup>

Die hochgehenden Wellen schlagen bis nach Wien, wo das peinliche Malheur am 11. Juni

1859 im Ministerrat zur Sprache kommt. Die ohnedies skeptischen Verantwortlichen sehen die Notwendigkeit strikter staatlicher Kontrolle des Telegrafen. Innenminister Bach berichtet, Erhebungen über den Ursprung der irrigen Nachricht eingeleitet zu haben. Der Handelsminister nimmt den Vorfall zum Anlaß auf einen schon am 3. Mai gemachten Vorschlag zurückzukommen, wonach „nicht nur die einlangenden Telegramme, sondern auch die zur Telegraphierung aufgegebenen Nachrichten über Kriegsereignisse oder Truppenmärsche, besonders wenn sie fürs Ausland bestimmt sind, einer Controle bedürfen“. Der Handelsminister sorgt sich um den schlechten Einfluß „der aus unlauteren Quellen geschöpften Nachrichten auf den öffentlichen Credit“;<sup>10</sup> fürchtet wohl einmal mehr um die Börse, die überaus sensibel auf schlechte Kriegsnachrichten reagiert. Die Falschmeldung von Magenta wird zum Anlaß genommen, der *Österreichischen Correspondenz* Tuvoras bei nächster Gelegenheit den Garaus zu machen, um sie durch eine staatliche Institution zu ersetzen.

Der Niederlage in Italien folgt eine Neuzusammensetzung der Regierung. Graf Agenor Goluchowski löst Tuvoras Gönner Bach als Innenminister ab, wodurch Tuvora seinen Rückhalt verliert. Die *Österreichische Correspondenz* wird durch ein staatliches *k.k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau* ersetzt. Ende Dezember muß sie samt der Beilage *Zeitungs- und Börsentelegraphie* ihren Dienst einstellen. In der Ausgabe vom 31. Dezember 1859, ihrem allerletzten Erscheinungstag, findet sich der Hinweis, die „hiesigen und auswärtigen Herrn Abnehmer“ mögen sich „mit Bestellungen für das nächste Jahr an das telegraphische Correspondenzbureau, Wien, Stadt Herrngasse N. 27 Modenesergebäude auf der Treppe zum Centraltelegraphenamt wenden“.<sup>11</sup> Tuvora wird entschädigt und bekommt – natürlich unter der Voraussetzung eines fortgesetzten politischen Wohlverhaltens – eine jährliche Rente von 1.200 Gulden zugesprochen,<sup>12</sup> obgleich im Ministerrat festgestellt wird, daß kein Rechtsanspruch darauf bestehe. Es sei jedoch klug, ihm die

<sup>8</sup> *Triester Zeitung*, Nr. 131, 9. Juni 1859, IX. Jg., Titelseite.

<sup>9</sup> Vom Kriegsschauplatze. Bericht des Commandanten der zweiten Armee FZM. Grafen Gyulai an S. Majestät den Kaiser. *Triester Zeitung*, Nr. 131, 9. Juni 1859, IX. Jg., Titelseite f.

<sup>10</sup> HHStA, MRP, 11. Juni 1859 und 3. Mai 1859; zit. n. Leopold Kammerhofer: *Rache für Königgrätz? Die internationalen Nachrichtenagenturen (Reuter, Havas,*

*Wolff) und das Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Bureau zwischen 1860 und 1871.* Unveröffentlichtes Manuskript, 4.

<sup>11</sup> *Österreichische Correspondenz* vom 31. Dezember 1859.

<sup>12</sup> vgl. Elisabeth Manas: *Joseph Tuvora als politischer Publizist. Ein Beitrag zur österreichischen Pressegeschichte und Pressepolitik in den Jahren 1840 – 1871.* Diss. Wien 1975, 153 f.

Rente zu gewähren, da er „einst der revolutionären Partei“ angehört habe und „leicht wieder ins feindliche Lager übergehen und mit seinem Talente der Regierung gefährlich werden könnte“.<sup>13</sup>

Am 1. Jänner 1860 übernimmt das neugegründete und unmittelbar beim staatlichen Telegrafenzentralamt angesiedelte *k.k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau* den telegrafischen Nachrichtenvertrieb. Was bei Tuvora noch sorgfältig geheimgehalten wurde, die Abhängigkeit von der Regierung, tritt jetzt mit der offiziellen Bezeichnung „*k.k.*“ offensichtlich zutage.<sup>14</sup> Das *Korr.-Bureau*, wie das neue Korrespondenzbüro bald kurz nach seiner Telegrammadresse genannt wird, ist die erste staatliche Nachrichtenagentur der Welt, gegründet im Bemühen, den anwachsenden Telegrafverkehr unter Regierungskontrolle zu halten. Der Stand des europäischen Zeitungswesens mache es „zur unabweislichen Nothwendigkeit, die ‚telegrafische Correspondenz‘ in die Hände der Staatsverwaltung zu legen“. Das bei der Telegrafendirektion eingerichtete *Korr.-Bureau* diene „der Empfangnahme, Auswahl und Hinausgabe der in das Central-Telegrafenamnt einlangenden politischen Telegramme an Minister, Zeitungsredaktionen und Abonnenten“.<sup>15</sup>

Die Leitung wird dem 33jährigen Konzipisten der Telegrafendirektion, Josef Wilhelm Dewéz, übertragen, der sich „durch Intelligenz, Geschäftsgewandtheit und Sprachkenntnisse“<sup>16</sup> auszeichne. Neben Dewéz arbeiten der Kanzleibeamte Josef Frauwallner und zwei Diener in dem kleinen Büro, das in die Räumlichkeiten einzieht, in denen bislang das Drucksortendepot des Staatstelegraphen untergebracht war.

Anders als Tuvoras *Österreichische Correspondenz*, die dem Innenministerium verantwortlich war, steht das *k.k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau* in der Zuständigkeit des bisherigen Handels- und nunmehrigen Finanzministers Karl von Bruck. Für Bruck, der für den Ausbau des Telegrafennetzes (wie auch des Eisenbahnnetzes) der Monarchie sorgt, scheint die Übernahme des *Korr.-*

*Bureaus* ein weiterer Schritt auf dem Weg, die österreichische Wirtschaft mit Hilfe einer staats-eigenen Infrastruktur anzukurbeln. Auch in Österreich vollzieht sich nun, gestützt auf liberale Wirtschaftsreformen,<sup>17</sup> ein wirtschaftlicher Aufschwung. Bruck fordert vom Direktor des Staatstelegraphen, Karl Brunner von Wattenwyl, Vorschläge, wie dem *Korr.-Bureau* „durch einen ausgedehnteren Bezug von Telegrammen noch größere Vervollständigung“ gegeben werden könnte.<sup>18</sup> Internationale Nachrichten bezieht das *Korr.-Bureau*, wie schon Tuvora, von der deutschen Agentur *Wolff's Telegraphisches Bureau*, das seinerseits mit *Reuters* und *Havas* in Nachrichtenaustausch steht. Daneben verfügt es über die orientalischen Nachrichten, die Tuvora ebenfalls schon bezogen hat.

Dem Leiter Dewéz ist die Pflicht auferlegt, sich ständig über die aktuellen politischen Ereignisse am Laufenden zu halten, um die unentwegt im Telegrafenzentralamt einlangenden Telegramme beurteilen zu können. Sind sie zur Veröffentlichung über das *Korr.-Bureau* geeignet, müssen sie schleunigst vervielfältigt und an den staatlichen Börsenkommissär sowie an die Zeitungsredaktionen und Abonnenten, die über eine Bezugserlaubnis des Finanzministers verfügen, weitergeleitet werden. Die für die Vervielfältigung nötigen Handpressen und diverse lithografische Utensilien werden von Tuvoras *Österreichischer Correspondenz* übernommen – gegen Entgelt, sofern es sich nicht ohnehin um staatseigenes Gerät handelt. Die Ausgabe der gesammelten Meldungen durch das *Korr.-Bureau* erfolgt mehrmals täglich in Blättern, die den offiziellen Stellen „von amtswegen“, also unentgeltlich, und den Abonnenten gegen eine Jahresgebühr geliefert werden. Für die Belieferung ausländischer Zeitungen behält sich der Finanzminister allfällige Weisungen vor. Falls grundsätzlich Zweifel an der Eignung einer Nachricht zur Weitergabe bestehen, muß sich Dewéz, je nach Zuständigkeit, entweder an das Ministerium des Äußeren oder an das Polizeiministerium wenden.

<sup>13</sup> HHStA, MRP, 10. Dezember 1859; zit. n. Kammerhofer: *Rache für Königgrätz?* 4.

<sup>14</sup> Ernst Heerdegen: *Der Nachrichtendienst der Presse*. Leipzig 1920, 27.

<sup>15</sup> Ministervortrag Brucks, 12. März 1860; zit. n. Heinrich Scheuer: *75 Jahre Amtliche Nachrichtenstelle vormals K. u. K. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau*. Wien 1934, 25.

<sup>16</sup> Ministervortrag Brucks, 12. März 1860; zit. n. Scheuer: *75 Jahre Amtliche Nachrichtenstelle*, 25.

<sup>17</sup> Karl Bachinger/Hildegard Hemetsberger-Koller/Herbert

Matis: *Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart*. Wien 1989, 35.

<sup>18</sup> zit. n. Marianne Lunzer: *Die Umstellung in der österreichischen Pressepolitik – die Verdrängung der negativen Methoden durch positive. Vom Zeitungsverbot im Oktober 1848 bis zum endgültigen Ausbau eines organisierten Presseapparates im Jahre 1870*. Habilitationsschrift Wien 1953, 193.

Im Unterschied zu Tuvoras Korrespondenz, die zuletzt bereits Zuschüsse zwischen 25.000 und 30.000 Gulden gebraucht hat, kann das *Korr.-Bureau* während der ersten Monate eine positive Bilanz verbuchen, wenn auch vorwegzunehmen ist, daß dieser glückliche Zustand ein Jahr später nicht mehr bestehen wird.

## Das Sprachrohr der Regierung

1866 nähern sich die außenpolitischen Spannungen zwischen der Habsburgermonarchie und Preußen um die Vorherrschaft im *Deutschen Bund* der Eskalation. Bismarck baut eifrig an einem preußischen Großreich und kann sich auf das *Wolff'sche Büro* stützen, das mittlerweile unter der Obhut der preußischen Regierung steht und sich in seiner Nachrichtengebung der preußischen Hegemonie zu- und einer großdeutschen Lösung abgeneigt zeigt. Demgegenüber hat das Wiener *Korr.-Bureau* naturgemäß die großdeutsche Lösung zu vertreten, um Österreich vor einer Ausgrenzung aus dem Reigen der deutschen Staaten zu bewahren. Mit zunehmender Zuspitzung der politischen Situation wird der Umstand, daß das *Korr.-Bureau* im Hinblick auf Auslandsnachrichten von *Wolff* abhängig ist, akut. Ludwig Hirschfeld, seit März 1866 in der Nachfolge von Dewéz Leiter des *Korr.-Bureaus*, zeigt sich gewillt, „den ersten geeigneten Anlaß zu benutzen“, das *Korr.-Bureau* von *Wolff* möglichst freizuspielen und „den Nachrichtendienst auf anderen, den diesseitigen politischen Interessen vorteilhafteren Grundlagen zu organisieren“.<sup>19</sup> Im Rahmen einer Sitzung am 26. Juni, an der der Außenminister, Alexander Mensdorff-Pouilly, mit Vertretern des Finanz-, Handels- und Staatsministeriums berät, beschließt man, Hirschfeld möge bei der *Agence Havas* anfragen, ob sie das österreichische Nachrichtenbüro direkt mit Depeschen versorgen könne; bislang sind *Havas*-Depeschen vertragsgemäß nur über *Wolff* nach Wien gelangt.<sup>20</sup>

Als am 20. Juni 1866 der Krieg Österreichs und seines sächsischen Verbündeten gegen Preußen und Italien beginnt und der Telegrammverkehr

zwischen Wien und Berlin eingestellt wird, versorgt die *Agence Havas* das *Korr.-Bureau* mit internationalen Nachrichten. Die *Presfleitung* zeigt sich mit der Arbeit des neuen Leiters Hirschfeld zufrieden; die Verbreitung offizieller Depeschen und sonstiger Nachrichten zu Tag- und Nachtzeiten funktioniere anstandslos, wird festgestellt.<sup>21</sup> Der Krieg jedoch geht verloren.

Nach den preußischen Siegen über Österreich 1866 und über Frankreich 1871 erfährt das *Deutsche Reich* einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung. Deutsches Kapital fließt auch nach Wien, die Wiener Börse erlebt einen Boom. Vor diesem Hintergrund machen sich Privatisierungsbestrebungen des *Korr.-Bureaus* bemerkbar. Seitens der Weltagenturen von *Wolff*, *Reuter* und *Havas*, die sich zu einem globalen Kartell zusammenschließen, wird diese Idee ebenso verfochten wie in inländischen Wirtschaftskreisen. Das regierungsnah österreichische Nachrichtenbüro leide unter seinem amtlichen Ruf und stünde effizientem Wirtschaften im Weg, heißt es. Der für das *Korr.-Bureau* zuständige Handelsminister Schöffle schreibt jedoch in einem Brief an Außenminister Friedrich von Beust, daß nur ein regierungsgeleitetes Büro seinen Zweck erfülle und ein privat geführtes „höheren Staatsinteressen“ nicht gerecht

Deutsches Kapital fließt auch nach Wien, die Wiener Börse erlebt einen Boom.

würde.<sup>22</sup> Ganz in diesem Sinn behält die österreichische Regierung das Büro unter ihrer Kontrolle, da sie um ihren Einfluß auf die Börsen-gebarung sowie auf die politische Nachrichtengebung fürchtet. Überdies forcieren die zunehmenden ethnischen Spannungen innerhalb der Monarchie seit dem Ausgleich mit Ungarn die faktische Veramtlichung des *Korr.-Bureaus*.

In Ungarn streben radikale ungarische Kräfte nach der völligen Unabhängigkeit, gemäßigte nach möglichst vielen Sonderrechten. Der ungarische Ministerpräsident Kálmán Tisza versucht seit dem Ausgleich einen eigenständigen Nationalstaat einzurichten und sich aus der österreichi-

<sup>19</sup> Hirschfeld, Promemoria; zit. n. Kammerhofer: *Rache für Königgrätz?* 6.

<sup>20</sup> vgl. Strasser: *Die österreichische Presse- und Nachrichtenpolitik*, 54.

<sup>21</sup> vgl. Liebisch: *Das Entstehen der ersten amtlichen Nachrichtenstelle*, 59.

<sup>22</sup> Liebisch: *Das Entstehen der ersten amtlichen Nachrichtenstelle*, 93.

schen Bevormundung zu lösen. Dies hat auch auf nachrichtenpolitischer Ebene Folgen. Die latente Unzufriedenheit der ungarischen Seite mit der Arbeit des Wiener *Korr.-Bureaus* mündet im Oktober 1879 zunächst in Verhandlungen zwischen der ungarischen Regierung und der österreichischen hinsichtlich einer Neuorganisation der Pester Filiale des *Korr.-Bureaus*.<sup>23</sup> In weiterer Folge fordert der ungarische Journalistenverband im Rahmen einer Vollversammlung am 21. Februar 1881 „die Aufstellung eines gesonderten ungarischen telegraphischen Korrespondenzbüros“. Der Vorstand reicht im September 1881 bei der ungarischen Regierung ein Ansuchen ein, das sich unter anderem mit der „direkten nachrichtentelegraphischen Verbindung mit dem Ausland“ befaßt, konkret damit, ein völlig selbständiges, von Wien unabhängiges Korrespondenzbüro ins Leben zu rufen, welches von Pest aus auch direkt Telegramme an die ausländischen Agenturen schicken könne, „ohne Einschaltung des Wiener Korrespondenz-Bureaus“.<sup>24</sup>

Der österreichische Ministerpräsident Eduard Taaffe hält angesichts der labilen politischen Situation im Reich am amtlichen Status des *Korr.-Bureaus* fest, wenngleich dessen finanzielle Situation alles andere als günstig ist. Vertreter des Außenministeriums, des Wiener Ministerratspräsidiums und des Handelsministeriums erörtern Maßnahmen gegen die stetig steigenden Verluste. Die Situation wird vollends kritisch, als im Abgeordnetenhaus ein Beschluß gefaßt wird, wonach dem *Korr.-Bureau* kein Kredit mehr bewilligt werde. Der Handelsminister wendet sich an Ministerpräsident Taaffe. Tenor einer Note vom 11. Oktober 1880 ist die dringende Bitte, das *Korr.-Bureau* ins Ministerratspräsidium zu übernehmen: Die Nachrichtenstelle diene ohnedies weniger ökonomischen als staatspolitischen Zwecken.<sup>25</sup> Eine definitive Übernahme erreicht er jedoch nicht.

Am 14. März 1881 tritt die Kommission aus Vertretern des Außen- und des Handelsministeriums sowie des Ministerratspräsidiums neuerlich zu Beratungen über die Zukunft des defizitären *Korr.-Bureaus* zusammen. Der Handelsminister betont abermals, daß das *Korr.-Bureau* nur in

untergeordneter Weise wirtschaftlichen Interessen diene und es deshalb ins Ministerratspräsidium übernommen werden solle. Seitens des Ministerratspräsidiums wehrt man ab. Zu lösen sind noch die Finanzprobleme. Der Außenminister Heinrich von Haymerle, der das *Korr.-Bureau* als staatliche Institution zu erhalten gedenkt, bietet für das Jahr 1881 eine Subvention seines Ministeriums in der Höhe von 3.000 Gulden an. Ministerpräsident Taaffe verlangt 9.000, Haymerle erhöht auf 7.000; außerdem verspricht er Vorkehrungen zu treffen, daß das *Korr.-Bureau* seitens des Außenministeriums „mit schnellen und sicheren Nachrichten aus dem Bereich des auswärtigen Dienstes versehen werde, und daß hiedurch der Wiener telegraphische Depeschendienst und dessen Nachrichten zu besserem Rufe gelangen“. Als Gegenleistung verlangt er, „daß dem k. u. k. Ministerium des Äußeren auf die Haltung und Führung des Telegraphen-Correspondenz-Bureaus ununterbrochen ein gesicherter Einfluß gewahrt bleibe“.<sup>26</sup>

Auch mit der ungarischen Regierung werden Gespräche hinsichtlich finanzieller Unterstützung geführt. Mit der Etablierung eines eigenen Büros beschäftigt, legt die ungarische Regierung keinen allzu großen Wert auf die Bewahrung des staatlichen Charakters des Wiener *Korr.-Bureaus*. Man bietet für das laufende Jahr 1881 aber 3.000 Gulden – schließlich bezieht man die internationalen Meldungen zwangsläufig noch aus Wien. Als Bedingung verlangt man jedoch, daß das *Korr.-Bureau* bei den auszugebenden Meldungen größeren Wert auf Pester Vorkommnisse lege.

Taaffe verlangt auch Zugeständnisse vom österreichischen Handelsministerium. Die vom *Korr.-Bureau* belegten Räume im Staatstelegrafengebäude sowie die benützten Einrichtungsgegenstände sollen jenem im Fall einer Ausgliederung zur Benützung überlassen bleiben. Überdies müsse, wie dies in Deutschland für Wolff längst gilt, den telegrafischen Depeschen des *Korr.-Bureaus* Vorrang vor den Privatdepeschen eingeräumt und eine fünfzigprozentige Gebührenermäßigung für an die offiziellen Zeitungen in den Kronländern und für die von den dortigen Kor-

<sup>23</sup> vgl. Pirityi Sándor: *A Nemzeti Hírgyűjtemény Törtenete 1880-1996*. Übersetzung von Katalin Kekesi. Budapest 1996, 33 ff.

<sup>24</sup> zit. n. Sándor: *A Nemzeti Hírgyűjtemény Törtenete 1880-1996*, 37.

<sup>25</sup> Liebisch: *Das Entstehen der ersten amtlichen Nachrichtenstelle*, 115 ff.

<sup>26</sup> zit. n. Liebisch: *Das Entstehen der ersten amtlichen Nachrichtenstelle*, 127.

respondenten ans *Korr.-Bureau* telegraphierten Depeschen gewährt werden...

Trotz der ausverhandelten Subventionen bleibt ein Defizit von 9.000 Gulden, das für Taaffe aber tragbar scheint, nachdem die Bedeutung des *Korr.-Bureaus* für die Regierung vorrangig auf ideeller Basis läge. Das amtliche Nachrichtenbüro sei eines der wichtigsten Hilfsorgane der Pressestellen der österreichischen und der ungarischen Regierung und des gemeinsamen Außenministeriums. Bei der Versorgung der österreichisch-ungarischen Presse mit den wichtigsten politischen Nachrichten in- oder ausländischen Ursprungs, bei Nachrichten über politische oder sonstige Vorkommnisse im Ausland sowie bei der Bekanntmachung aller offiziellen oder regierungsfreundlichen Kundgebungen im In- und Ausland komme es schließlich vor allem auf Charakter und Färbung der Mitteilungen an. Aber nicht nur in politischen Belangen, auch in handels- und finanzpolitischer Hinsicht könne ein in staatlichen Händen befindliches telegrafisches Korrespondenzbüro gute Dienste leisten. Das *Korr.-Bureau* beliefere schließlich die inländischen Börsen mit authentischen Kursnotierungen und Finanznachrichten von den ausländischen Börsen, welche es umgekehrt mit Daten sowie Finanz- und Wirtschaftsnachrichten aus Österreich-Ungarn versorge.

Mit Beginn des Jahres 1882 wird das *k.k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau* aus dem Etat des Handelsministeriums ausgeschieden und in den des Ministerpräsidiums übergeführt.<sup>27</sup> An zentraler Stelle positioniert, soll es den telegrafischen Nachrichtenverkehr im Regierungssinn kanalisieren und verhindern, daß regierungskritische Meldungen im Inland verbreitet werden bzw. daß solche ins Ausland gelangen.

Anders als seine Vertragspartner in Berlin, London und Paris fungiert das *Korr.-Bureau* in erster Linie als ein politisches Instrument, das die Nachrichtenhoheit der Regierung im gesamten Reichsgebiet absichern soll. Seit Februar 1867 ist eine Pachtfiliale des *Korr.-Bureaus* in Prag und seit Mai 1867 auch eine in Triest in Betrieb.<sup>28</sup> Weitere Filialen werden 1892 in Graz, 1894 in Brünn und 1898 in Lemberg gegründet,<sup>29</sup> deren manche mehrsprachige Ausgaben anfertigt. In Zeiten, da

die Nationalitäten der Monarchie auseinanderdrängen, sollen die Filialen als Statthaltereien der zentralen Nachrichtenpolitik einer Auflösung entgegenwirken. Um die Jahrhundertwende dienen Niederlassungen des *Korr.-Bureau* in verschiedenen Balkanstaaten der Stärkung des Einflusses der Monarchie. In dieser imperialistischen Balkanpolitik kündigen sich im übrigen schon die Bruchlinien des Ersten Weltkrieges an.

Nach dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger in Sarajewo tritt in Wien der für den Kriegsfall vorbereitete militärische Lenkungsapparat in Funktion. Gestützt auf den § 14, den Notverordnungsparagraphen des Staatsgrundgesetzes von 1867, der die Exekution der „*Staatsnotwendigkeiten*“ auch ohne Parlament ermöglicht und mit dessen Hilfe Ministerpräsident Stürgkh schon im März 1914 kurzerhand den Reichsrat ausgeschaltet hat, entfalten die militärischen Behörden unter Conrad von Hötzendorf ein autoritäres Regime. Die verfassungsmäßig zugestandene Pressefreiheit wird kurzerhand aufgehoben.

Die 1862 bzw. 1867 gewährte Pressefreiheit erweist sich als fadenscheinige, denn es existiert auch ein Gesetz, mit Hilfe dessen sie kurzerhand suspendiert werden kann, und zwar im Falle eines Krieges oder eines bevorstehenden Krieges, im Falle innerer Unruhen, hochverräterischer, die persönliche Sicherheit oder die Verfassung bedrohender Umtriebe. Dieses Gesetzes vom 5. Mai 1869 bedient man sich nun zur Aussetzung der Pressefreiheit. Ab dem 26. Juli 1914 sind einerseits ausländische Druckschriften verboten und andererseits erläßt man Zensurmaßnahmen gegen inländische. Per kaiserlicher Verfügung wird für das gesamte Gebiet der Monarchie untersagt, Mitteilungen über militärische Operationen der österreichisch-ungarischen Armee, über deren Bewegungen und Stärke, über den Aufstellungsort von Truppen und Schiffen oder den Zustand von Befestigungswerken in einer Druckschrift zu berichten.<sup>30</sup> Keine Anwendung findet diese Vorschrift naturgemäß auf Mitteilungen, die durch das *Korr.-Bureau* oder mit Genehmigung des *Armeeoberkommandos*, des *Preßbureaus des Kriegsministeriums* sowie des sogenannten *Kriegspressequartiers* veröffentlicht werden. Das *Kriegspressequartier* wird eingerichtet, um die

<sup>27</sup> vgl. Scheuer: *75 Jahre Amtliche Nachrichtenstelle*, 33.

<sup>28</sup> zit. n. w. o., 35.

<sup>29</sup> ebda.

<sup>30</sup> vgl. Dagobert Pokorny: *Die Wiener Tagespresse und ihre Einflussfaktoren im Ersten Weltkrieg 1914 – 1918*. Diss. Wien 1950, 147.

Nachrichtengebung vom Kriegsschauplatz unter militärischer Obhut zu besorgen, das sogenannte *Kriegsüberwachungsamt* als zentrale Zensurinstanz.

Die offiziellen Heeresberichte, die das *Kriegspressequartier* auszugeben hat, werden in der Regel von einem Stabsoffizier verfaßt, und müssen von Generalfeldmarschall Franz Höfer von Feldsturm, seines Zeichens Stellvertreter Hötendorfs, unterfertigt und zudem noch nach Wien ins *Kriegsüberwachungsamt* zur weiteren Zensur überwiesen werden, bevor sie an die Zeitungen gelangen. Vertrieben werden die „Höfer-Berichte“ durch das *Korr.-Bureau* unter dem Titel „Aus dem KPQ wird gemeldet“.<sup>31</sup> Um der „Waffenbruderschaft“ mit dem *Deutschen Reich* einen gebührenden Ausdruck zu verleihen, gibt das *Korr.-Bureau* zumeist auch den deutschen Heeresbericht aus, der vom *Wolff'schen Telegraphenbureau* übermittelt wird. Angesichts dessen ist es überaus verständlich, daß die Wiener Presse deutsche wie österreichische „Siege“ gleichermaßen in großer Aufmachung bringt, während die Mißstimmigkeiten zwischen den „Waffenbrüdern“ der Öffentlichkeit vorenthalten bleiben.<sup>32</sup>

Nur wenige Tage nach der Kriegserklärung an Deutschland läßt die britische Admiralität die unterseeischen Telegrafenkabel kappen, die Deutschland mit Amerika verbinden. Dadurch sieht sich das *Deutsche Reich* vom Rest der Welt abgeschnitten. Mit der Unterbrechung des Nachrichtenaustauschs zwischen London und Berlin und zwischen Paris und Berlin finden sich aber auch Wien und Budapest, die bislang über *Wolff* an die internationale Öffentlichkeit angebunden waren, isoliert wieder; lediglich die Verbindung zu einigen neutralen Agenturen wie der *Schweizer Depeschagentur* bleibt aufrecht, die noch Kontakt nach Paris und London halten.

Die Abschneidung von der internationalen Öffentlichkeit ist umso bedeutender als im anbrechenden Zeitalter industrieller Kriegsführung die Gunst und damit die materiellen Ressourcen neutraler Staaten von entscheidender Bedeutung sind. Während also die Westmächte

England und Frankreich über ihre global agierenden Nachrichtenagenturen weite Teile der Weltöffentlichkeit mit ihrer Sicht der Dinge bedienen können, ist man in Berlin und in Wien auf sich selbst zurückgeworfen.

Das Schlagwort vom „Kabelkrieg“ kursiert. England ist eine See- und Kolonialmacht, die, wie es heißt, ihr Ansehen „beinahe mehr“ auf ihren Kabeln als auf ihrer Flotte gründet. Wie sich England für seine Flotte überall auf der Welt Stützpunkte eingerichtet habe, so auch Kabelstützpunkte. Die Briten würden nun, wie es auf deutscher Seite heißt, ihr weltweites Kabelnetz benötigen, um einen noch nie dagewesenen „Propagandafeldzug“ zu führen und „die ganze Welt unausgesetzt mit einer Flut von Unwahrheiten zu übergießen“. Tag für Tag würde „ein giftiger Sud von Lüge und Verleumdung durch alle Kabel der Erde hindurchgespritzt“,<sup>33</sup> um die Mittelmächte zu diskreditieren. Es handle sich um einen „Lügenfeldzug“, der mit derselben Umsicht vorbereitet und mit derselben Konsequenz geführt werde, wie [man vernehme das bemerkenswerte Eingeständnis!] die Kriegsvorbereitung und der kriegerische Aufmarsch deutscherseits erfolgt seien: „Während wir uns für einen Krieg stark machten, der geführt werden sollte mit Munition und Mannschaft, haben die Engländer einen Krieg vorbereitet, den sie zu führen gedachten mit Presse und Kabel.“<sup>34</sup> Die mittlerweile weltweit tätige Agentur *Reuters* sei insofern „die mächtigste Waffe der englischen Regierung“. Einzig und allein mit ihrer Hilfe habe es gelingen können, in neutralen Ländern, vor allem in den USA, „eine bis zur Feindseligkeit gesteigerte gegnerische Stimmung gegen Deutschland und das mit ihm verbündete Österreich-Ungarn“ zu entfachen. Die „*Reuter-Lügen*“ umfaßten „eine eigene Kategorie gefälschter, auf Täuschung und mitunter geradezu böswillige Entstellung berechneter Nachrichten“,<sup>35</sup> in denen die Mittelmächte als alleinige Kriegsschuldige dargestellt und eines brutalen Barbarismus bezichtigt würden.<sup>36</sup>

Wie dem auch sei, in Wien wie in Berlin nimmt man gezwungenermaßen zur Kenntnis, daß man ohne *Reuters* und *Havas* keinen Zugang zur

<sup>31</sup> vgl. Scheuer: *75 Jahre Amtliche Nachrichtenstelle*, 41.

<sup>32</sup> vgl. Pokorny: *Die Wiener Tagespresse und ihre Einflussfaktoren*, 310.

<sup>33</sup> Meister [ohne Vorname]: *Kabelkrieg und Lügenfeldzug*. Münster 1914, 27 f.

<sup>34</sup> zit. n. w. o., 31.

<sup>35</sup> Friedrich Leiter: *Reuter, Havas, Wolff; k. k. Telegraphen-*

*Korrespondenzbureau. Ein Beitrag zu den Lehren des Krieges.* In: *Österreichische Rundschau*, 15. 7. 1915, Bd. XLIV, Heft 2, Wien, Leipzig, 61.

<sup>36</sup> vgl. Joseph Eberle: *Großmacht Presse. Enthüllungen für Zeitungsgläubige. Forderungen für Männer*, Wien; Regensburg; Köln; New York 1920, 139 f.

Weltöffentlichkeit hat. In Anbetracht dessen gedeihen größtenwahnsinnige Ideen, die Dominanz der britischen und französischen Agentur am Weltnachrichtenmarkt zu brechen. Für die Zeit nach dem Krieg (das heißt nach dem Sieg) soll eine von der bisherigen, Deutschland und Österreich-Ungarn benachteiligenden Kartellvereinbarung abgehende Regelung des internationalen Nachrichtenverkehrs getroffen werden. Es gilt die Parole: „*Ohne Reuter und Havas! und, wo es notwendig erscheint, auch gegen sie.*“<sup>37</sup> Pläne, eine Kooperation zwischen Wolff und dem *Korr.-Bureau* ins Leben zu rufen, deren Wirkungskreis „*sich auf die ganze Welt erstrecken müßte*“,<sup>38</sup> werden entworfen. Es ist die Vision einer Weltagentur, die es im buchstäblichen Sinn zu erkämpfen gelte. Als Motto gilt, in Abwandlung des Napoleonischen Diktums: „*Was das Schwert errungen, sollen die Nachrichtenagenturen nicht verderben.*“<sup>39</sup>

## Forum der Republik?

Mit Kriegsende verlieren das deutsche wie das österreichische Nachrichtenbüro endgültig ihre Positionen am Weltnachrichtenmarkt. Das ehemalige *k.k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau* läßt in Wien ein seines „*kaiserlich-königlichen*“ Vorsatzes beraubtes *Telegraphen-Korrespondenz-Bureau* zurück. Die Filialen in den Kronländern fallen an die Siegermächte bzw. an die Nachfolgestaaten der Monarchie. Auch die Zeit, die man am Balkan nachrichtenpolitische Außenstellen unterhalten hat, sind zu Ende. Das *Korr.-Bureau* reduziert sich auf eine kleine, nationale – wenngleich nach wie vor regierungsabhängige – Agentur. Die Republik verzichtet nicht auf die Instrumente staatlicher Pressepolitik. Der deutsche Agenturjournalist Wilhelm Schwedler konstatiert über die Situation in Österreich: „*Hier ist die Abhängigkeit von der Regierung im Nachrichtenwesen eine Tradition geworden.*“<sup>40</sup>

Hinter dieser Entscheidung stehen nicht zuletzt die Erfahrungen, die man während des Weltkriegs

gemacht hat. Die Presse gilt als die neue Macht, die es erlaube, die Lesermassen in jede gewünschte Richtung zu lenken. Der sozialdemokratische Staatskanzler Karl Renner vermutet zumindest, daß die erlittene Niederlage nicht nur auf die Tanks zurückgeht, denn „*(...) beinahe dürfte es scheinen, als wenn wir, bevor die Tanks die letzte Entscheidung gegeben haben, schon durch das schwere Geschütz der Presse von allem Anfang an besiegt waren.*“<sup>41</sup>

Karl Renner verfolgt eine Demokratisierung der Bevölkerung „*von oben*“, meint, mit Hilfe der Presse die Menschen zur Republik erziehen zu können. Er will Hochschulkurse für das Pressewesen einrichten.<sup>42</sup> Als Argument für die Universitätskurse führt er an, die nunmehrige Republik in der öffentlichen Meinung fester verankern und dazu die Journalistik aus den reaktionären Bahnen des alten Regimes werfen zu müssen, was letztlich aber mißlingt.

Nach den Wahlen im Oktober 1920 wird die *Christlichsoziale Partei* unter Prälat Ignaz Seipel zur stärksten Partei; sie bildet eine Regierung mit den Großdeutschen, die Sozialdemokraten gehen in Opposition. Von der neuen Regierung wird Eduard Ludwig mit der Neuorganisation des staatlichen Presseapparats betraut.

Zentralisierung lautet die Devise. Am 18. August 1921 erklärt Bundeskanzler Schober vor dem Ministerrat, „*(...) daß der staatliche Pressedienst durch Zersplitterung im Lauf der Jahre seine Leistungsfähigkeit beinahe eingebüßt habe. Sollte er wieder ein leistungsfähiges Werkzeug des öffentlichen Dienstes werden, so erweise sich die tunlichste Zusammenfassung als unbedingt notwendig.*“<sup>43</sup>

Dem einzurichtenden *Bundespresseamt* soll neben amtlichen Zeitungen und Korrespondenzen, einer Bild- und einer Filmstelle auch die *Amtliche Nachrichtenstelle*, wie das *Korr.-Bureau* jetzt heißt, unterstehen. Die Leitung wäre unmittelbar dem Bundeskanzler verantwortlich. Im Zuge der weiteren Diskussion regt ein Minister „*zur Vermeidung des Anscheines, als ob ein neues Amt gegründet würde*“, an, „*die Bezeichnung Bundespresseamt*

<sup>37</sup> Leiter: Reuter, Havas, Wolff, *k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureau*, 69.

<sup>38</sup> zit. n. w. o., 70.

<sup>39</sup> zit. n. w. o., 73.

<sup>40</sup> Wilhelm Schwedler: *Die Nachricht im Weltverkehr*. Berlin 1922, 108.

<sup>41</sup> Protokoll der Enquete vom 27. Februar 1919; zit. n. Wolfgang Duchkowitsch: *Zeitungswissenschaft im kriegsbeschädigten Österreich. Leitbilder für und gegen Hochschulekurse für Pressewesen – 1919*. In: Wolfgang

Duchkowitsch/Hannes Haas/Klaus Lojka (Hg): *Kreativität aus der Krise. Konzepte zur gesellschaftlichen Kommunikation in der Ersten Republik*. Wien 1991, 15.

<sup>42</sup> Protokoll der Enquete vom 27. Februar 1919; zit. n. Duchkowitsch: *Zeitungswissenschaft im kriegsbeschädigten Österreich*, 13.

<sup>43</sup> MRP vom 18. August 1921; zit. n. Felix Josef: *Staatliche Pressstellen in Österreich von 1848 bis 1938 unter besonderer Berücksichtigung der Zeit von 1918 bis 1938*. Diss. Wien 1979, 81 ff.

durch Bundespressedienst zu ersetzen.“ Der Ministerrat erklärt sich „grundsätzlich mit den beabsichtigten Maßnahmen einverstanden und genehmigt die vorgeschlagenen Richtlinien“.<sup>44</sup> In der Folge wird der Bundespressedienst als oberste medienpolitische Behörde Österreichs unter der Leitung von Eduard Ludwig ins Leben gerufen. Die zunehmende Bedeutung marktwirtschaftlicher Prinzipien führt dann auch wieder zu Debatten darüber, die Amtliche Nachrichtenstelle (ANA) aus der staatlichen Organisationsform zu lösen. Eine Regierungsvorlage aus dem Jahr 1926 sieht folgendes vor: „§1(1) Unter der Firma ‚Österreichischer Nachrichtendienst‘ wird an Stelle der bisherigen Amtlichen Nachrichtenstelle ein eigener Wirtschaftskörper gebildet, der die Vermittlung von Nachrichten aller Art für das In- und Ausland zu besorgen hat.“ Die neue Gesellschaft soll wirtschaftlich unabhängig sein, politischen Einfluß der Regierung aber gewährleisten. So soll sie alle vom Bundeskanzleramt kommenden Nachrichten wie bisher verlautbaren und ein Vetorecht des Bundeskanzlers gegen die Veröffentlichung anderer Nachrichten akzeptieren.<sup>45</sup>

Gegen eine solche Umwandlung der Amtlichen Nachrichtenstelle in eine privatrechtliche Institution werden jedoch einmal mehr Bedenken geäußert, sodaß man schließlich die bewährte Form beibehält. Die Regierungsvorlage wird am 3. Februar 1927 zurückgezogen.

In gesellschaftspolitischer Hinsicht wollen die christlichsozialen Regierungen die nach Krieg und Revolution zum gesellschaftlichen Umbruch bereite, „entwurzelte“ Arbeiterschaft in eine ständisch organisierte und katholisch inspirierte Gesellschaft einbinden. Dieser Maxime des politischen Katholizismus entspricht die Regierungspropaganda, die auf vehementen Widerstand der Sozialdemokratie trifft. Dem vornehmlich publizistischen Widerstand begegnen die Regierungen mit einer Reihe von presserechtlichen Einschränkungen. Der Weltkriegsoffizier und Austrofa-

schist Engelbert Dollfuß enthebt das Parlament seiner Funktion, errichtet 1933/34 den autoritären Ständestaat, verbietet freie Zeitungen definitiv und bedient sich staatlicher Medien von der Presse über den Rundfunk bis zur Wochenschau für „vaterländische“ Propagandazwecke. Die entworfene soziale Idylle einer ständisch geordneten Gesellschaft nach den Prinzipien des Wiener Nationalökonom Othmar Spann<sup>46</sup> und der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* aus dem Jahr 1931 ist freilich nicht viel mehr als ein Deckmantel, um den Klassenkampf von oben zu verdecken.

Die Amtliche Nachrichtenstelle ist jedenfalls als wichtige Mittlerin zwischen Regierung und Öffentlichkeit sowie als „Propagandistin der großen Wiedergeburt unserer Heimat“<sup>47</sup> in die Pflicht genommen. Wie die *Wiener Zeitung* ist die Amtliche Nachrichtenstelle, deren Mitarbeiter im Rahmen der *Vaterländischen Front* politisch organisiert sind, dem Bundespressedienst unterstellt, der

für die amtlichen Organe auch als oberste Zensurbehörde fungiert. Bestehen Bedenken hinsichtlich einer Meldung, ist diese beim Bundespressedienst vorzulegen, bevor sie an die Öffentlichkeit geht. Kommen sensationelle Meldungen herein, ist der Bundespressechef umgehend zu verständigen. Umgekehrt gehen alle Kommunikés und Verlautbarungen des Bundeskanzleramts über den Bundespressedienst an die Amtliche Nachrichtenstelle, von wo aus sie an die Öffentlichkeit gebracht werden. Auf Anweisung des Bundeskanzleramts ist die ANA alleine berechtigt, Reden und Vorträge des Bundeskanzlers zu veröffentlichen; dies gilt selbst dann, wenn der Kanzler im Rahmen einer Veranstaltung spricht, über die eigentlich eine Privatkorrespondenz berichtet. In diesem Fall ist die private Korrespondenz angehalten, darauf hinzuweisen, daß die Rede von der ANA ausgegeben wird.<sup>48</sup> Neben den Zeitungen beliefert die ANA auch den noch jungen österreichischen Rundfunk, der ausschließlich ihre amtlichen Nachrichten verlesen darf.

### Die Republik verzichtet nicht auf die Instrumente staatlicher Pressepolitik.

<sup>44</sup> MRP vom 18. August 1921; zit. n. Josef: *Staatliche Pressestellen in Österreich von 1848 bis 1938*, 84.

<sup>45</sup> Beilagen zu den Sten. Prot. d. Nationalrates; Jg. 1927; zit. n. Kurt Becs: *Die auswärtige Pressepolitik Österreichs von St. Germain bis Berchtesgaden*. Diss. Wien 1948, 226.

<sup>46</sup> vgl. Klaus-Jörg Siegfried: *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns. Zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaats-*

*konzeption*. Wien 1974.

<sup>47</sup> Scheuer: *75 Jahre Amtliche Nachrichtenstelle*, 56.

<sup>48</sup> vgl. Walter Köhler: *Amtliches Nachrichtenwesen und Nachrichtenpolitik im „Austrofaschismus“: Amtliche Nachrichtenstelle und Politische Korrespondenz im Umfeld des „austrofaschistischen“ Mediensystems 1933 bis 1938*. Diss. Wien 1985, 141 ff.

Am 12. Februar 1934 führen Versuche von Polizei und Heimwehr den sozialdemokratischen *Republikanischen Schutzbund* zu entwaffnen, zur Eskalation. Es kommt zu Gefechten zwischen Polizei und Bundesheer auf der einen und den Arbeitern auf der anderen Seite. Nachdem in Linz die ersten Schüsse gefallen sind, herrschen bald auch in Wien bürgerkriegsähnliche Zustände. Der Rundfunk verlautbart die Regierungspropaganda von der *Amtlichen Nachrichtenstelle*; letztere richtet für die Tage der Kämpfe sogar eine Dependence im Rundfunkgebäude ein.<sup>49</sup> Dollfuß ist letztlich mit der geleisteten Arbeit zufrieden. Er würdigt „die nahezu übermenschlichen Leistungen des Personals der Amtlichen Nachrichtenstelle in diesen Tagen“.<sup>50</sup>

Den blutigen Februartkämpfen folgt ein Betätigungsverbot der Sozialdemokraten, die Einstellung ihrer Zeitungen und die Gleichschaltung der im *Vorwärts*-Verlag erscheinenden Zeitungen.<sup>51</sup>

Seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland fungiert die *Amtliche Nachrichtenstelle* auch als Gegenspielerin des *Deutschen Nachrichtenbüros (DNB)*, das das NS-Regime zu einer „Weltagentur“ zu machen gedenkt. Otto Mejer, der Leiter des *DNB*, schreibt, der „tendenzlose Nachrichtendienst“ sei „eine Utopie gleich der des ewigen Friedens“.<sup>52</sup> Die Ziele des *DNB* lägen darin, „unserm herrlichen, von Adolf Hitler begründeten neuen deutschen Vaterlande den Platz in der Welt wieder erobern helfen, der ihm gebührt“.<sup>53</sup>

Der „Reichsendeleiter“ Eugen Hadamovsky skizziert die zukünftige nationalsozialistische Nachrichtenagentur folgendermaßen: sie müsse vollständig monopolisiert und zentralisiert, dennoch (um den Anschein nach außen zu wahren) privatwirtschaftlich geführt sein. Sie dürfe keine Nachrichtenaustauschverträge mehr mit ausländischen Agenturen abschließen, die zur „nationalen Gefahr“ würden, stattdessen solle sie mit Hilfe staatlicher Zuschüsse ein eigenes Auslandskorrespondentennetz aufbauen, das völlige Autonomie und damit eine absolute Nachrichtenhoheit ermögliche. Inhaltlich will Hadamovsky für den

propagandistischen Auftrag Totalität: der künftigen deutschen Agentur Aufgabe wäre es, neben Nachrichtentexten auch Bild- und Filmmaterial aus dem In- und Ausland zu beschaffen und an das In- und Ausland weiterzugeben. Sie sei dabei in einen Wirtschaftsdienst, einen politischen, einen kulturellen und einen allgemeinen Nachrichtendienst, jeweils mit In- und Auslandsabteilungen, zu gliedern. Daneben gäbe es einen geheimen Nachrichtendienst wirtschaftlichen, politischen und militärischen Inhalts als vollkommen selbständige Abteilung. Darüber hinaus sieht Hadamovsky noch einen Abwehrdienst und Reichsfunkschutz vor.<sup>54</sup>

Dieser gigantomanische Nachrichtenapparat, der sämtliche nachrichtendienstliche Agenden (auch solche übrigens, die bislang Geheimdiensten vorbehalten waren) umfaßt, soll den gesamten Nachrichtenumschlag in das und aus dem *Dritten Reich* kontrollieren. Ziel ist die absolute Hoheit über den öffentlichen Diskurs. Den Reichsbürgern soll ein vom Regime kreiertes, von außen völlig unbeeinflusstes Realitätsbild multimedial vor Augen geführt werden, das mit der bisher gültigen Realität kaum mehr etwas gemein hätte. Bemerkenswert ist, daß tatsächlich nur etwa ein Drittel aller politischen Meldungen, die das *DNB* erreichen, an die Zeitungen und damit an die Öffentlichkeit gelangen, während der große Rest nur der internen Information des Regierungsapparats dient. Das *DNB* pervertiert solcherart das Prinzip einer Nachrichtenagentur, repräsentiert in gewisser Weise eher einen Nachrichtenunter-schlagungsapparat.

In der Folge versucht man von Berlin aus über das *Deutsche Nachrichtenbüro* durch gezielte Desinformationspolitik den österreichischen Staat und seine Regierung zu diskreditieren. In Wien bemüht man sich, solchen Stimmen etwas entgegenzusetzen. Der ungleiche Zeitungskrieg endet im März 1938. Hermann Göring, einer der Drahtzieher des „Anschlusses“, weist den österreichischen Innenminister und Nationalsozialisten Arthur Seyß-Inquart an, im Namen einer provisorischen österreichischen Regierung ein Telegramm nach Berlin zu schicken, worin er die

<sup>49</sup> zit. n. w. o., 89.

<sup>50</sup> vgl. Scheuer: *75 Jahre Amtliche Nachrichtenstelle*, 48.

<sup>51</sup> vgl. Robert Rosner: *Der „Vorwärts“-Verlag in der Zeit des Austrofaschismus*. In: *Medien & Zeit* 4/199.

<sup>52</sup> Otto Mejer: *Ein aktueller Beitrag zum Kapitel der internationalen Nachrichtenverträge*. In: *Zeitungswissenschaft. Monatsschrift für internationale Zeitungsforschung*. 9. Jg., 1. Juli 1934, Nr. 7.

<sup>53</sup> *Der Arbeitskamerad* 1(1934), 1; zit. n. André Uzulis: *Nachrichtentagen im Nationalsozialismus: Propagandainstrumente und Mittel der Presselenkung*. Frankfurt a. M.; Wien 1995, 289.

<sup>54</sup> vgl. Eugen Hadamovsky: *Propaganda und nationale Macht. Die Organisation der öffentlichen Meinung für die nationale Politik*. Oldenburg i. O. 1933, 130 f.

deutsche Reichsregierung um Entsendung von Truppen bittet, um in Österreich Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Das *DNB* verlautbart in der Folge, daß Seyß-Inquart deutsche Truppen anforderte. Daß das angeblich in Berlin eingelangte Telegramm in Wien gar nie abgesendet worden ist, ist für den weiteren Verlauf der Dinge unbedeutend. Am 13. März 1938 marschieren deutsche Truppen in Österreich ein.

Die *Amtliche Nachrichtenstelle* wird beschlagnahmt, zum Kommissarischen Leiter Gerhard Aichinger – bisher bei der *ANA* akkreditierter *DNB*-Korrespondent – bestellt. Das beamtete Personal der *Amtlichen Nachrichtenstelle* wird durch eine Kundmachung aufgefordert, den Treueeid auf Hitler zu leisten. Am 17. März erfolgt die Prozedur, die der neue Vizedirektor der *ANA*, der Nationalsozialist Josef Hans, mit einer Rede an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit der Floskel eröffnet: „In den letzten fünf Tagen haben sich in Österreich historische Ereignisse abgespielt, welche uns die Erfüllung des tausendjährigen Wunsches und Traumes der Deutschen in Europa, nämlich ein Volk, ein Reich, ein Führer, gebracht haben (...).“<sup>55</sup> Nach schwülstigen Worten über die Mitarbeiter als „Herolde moderner Art“, welche schon durch die „hingegebungsvolle Arbeit“ ihr Bekenntnis zu Adolf Hitler, dem „allergrößten Sohn unserer engeren Heimat“ abgelegt hätten, fordert er sie schließlich auf, „vor dem erleuchteten Kreuzifix die Schwurhand zu erheben“ und die Eidesformel nachzusprechen, was alle Anwesenden auch tun. Ein weiteres Mal kreuzt eine historische Bruchlinie den amtlichen Wiener Nachrichtenbetrieb: man schwört auf den neuen Staat und geht wieder an die Arbeit.

Edmund Weber, der bisherige Direktor der *ANA*, wird nicht vereidigt, es heißt zunächst, er sei „beurlaubt“. In Wahrheit werden er, Eduard Ludwig und dessen Nachfolger als Bundespressechef, Walter Adam, verhaftet, inhaftiert und ins Konzentrationslager eingeliefert. Der Fall ist tief. Nach seinem Beruf gefragt, antwortet Ludwig einem seiner Wächter, er sei der Leiter des *Bundespressdienstes*, woraufhin er neben einer Ohrfeige die Antwort erhält: „Das warst du. Jetzt bist du ein Stück Scheiße, merk dir das.“<sup>56</sup>

Die durch den Hinauswurf des jüdischen und „politisch unzuverlässigen“ Personals freigewordenen Dienstposten werden durch politisch zuverlässige *NSDAP*-Mitglieder ersetzt. Während mehrere freigesetzte Angestellte der *ANA* immerhin noch den „vollen Anspruch auf Ruhegenuss“ erwerben können, wird dies den jüdischen Angestellten nicht zugebilligt.<sup>57</sup> Ganz im Gegenteil, wie viele andere Österreicher jüdischer Herkunft auch, wird der Lokalredakteur Heinrich Scheuer deportiert und 1942 in einem Konzentrationslager ermordet.

Wie der österreichische Staat verschwindet, so auch die *Amtliche Nachrichtenstelle*; ihre Aufgaben werden vom *Deutschen Nachrichtenbüro* übernommen, das seine bisherige Auslandsniederlassung in Wien schließt und an deren Stelle eine Filiale einrichtet. Goebbels ordnet an, an Personal und Ausstattung der *ANA* solle nur übernommen werden, „was nötig ist“.<sup>58</sup> Die Zeit, da in Wien Nachrichtenpolitik gemacht wurde, ist vorüber; nunmehr erwartet man als Filialbetrieb die Anordnungen aus Berlin. Mitte April 1938 wird die *Amtliche Nachrichtenstelle* formell aufgelöst.

Für das *Deutsche Nachrichtenbüro* soll nun im Rahmen des geplanten Eroberungskrieges ein weltweites Einzugsgebiet geschaffen werden. Es soll die britische Agentur *Reuters*, die französische *Havas* und die nordamerikanische *Associated Press* als dominierende Weltagenturen ablösen. Land um Land wird ab 1938 erobert und dem Hoheitsgebiet des *DNB* zwangsweise eingegliedert. Mit dem beginnenden Rückzug der *Deutschen Wehrmacht* ab 1942 schrumpft freilich auch wieder das gewaltsam angeeignete Einzugsgebiet bis mit dem Zusammenbruch des *Dritten Reiches* auch das *DNB* gänzlich verschwindet.

Mit Kriegsende wird in Wien wieder die *Amtliche Nachrichtenstelle* ins Leben gerufen – neuerlich als eine dem Bundeskanzleramt verantwortliche Institution. Neuerlich soll eine staatliche Agentur dem neugeborenen Staat zum Leben verhelfen. Kanzler ist wieder Karl Renner.

Der Wiedereinsetzung der *Amtlichen Nachrichtenstelle* stehen aber die Ambitionen der anglo-

<sup>55</sup> Protokoll über den Festakt der Vereidigung vom 17.3.1938, fortgesetzt am 18.3.1938, 9; zit. n. Georg Scheuer: *Gleichschaltung und Liquidierung der Amtlichen Nachrichtenstelle (ANA) 1938*. In: *Medien & Zeit* 4/194, 19.

<sup>56</sup> „Anschluß“. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), 539; zit. n. Ernst Hanisch: *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte*

*im 20. Jahrhundert*. Wien 1994, 344.

<sup>57</sup> vgl. Scheuer: *Gleichschaltung und Liquidierung der Amtlichen Nachrichtenstelle*, 20.

<sup>58</sup> Schreiben von *DNB*-Chef Mejer an das RMVP vom 7. 4. 1938, zit. n. Uzulis: *Nachrichtenagenturen im Nationalsozialismus*, 157.

amerikanischen Alliierten entgegen, die das staatliche Agentursystem endgültig zerschlagen wollen. Die amerikanische und die britische Besatzungsmacht – dahinter die *Associated Press* und *Reuters* – wollen in Österreich eine Agentur auf genossenschaftlicher Basis ins Leben rufen; sie wollen damit dem Prinzip einer freien – also auch frei wirtschaftenden Presse zum Durchbruch verhelfen. Sie stellen klar, mit einer wie auch immer

gearteten staatlichen österreichischen Agentur keine Nachrichtenaustauschverträge mehr abzuschließen, was die österreichische Regierung einlenken läßt. Man erkennt, daß eine von den westlichen Weltagenturen boykottierte *ANA* binnen kurzem am Ende wäre. Damit ist der Weg frei für eine nach westlichem Vorbild genossenschaftlich organisierte Agentur: die *Austria Presse Agentur – APA*.

**Mag. Wolfgang PENSOLD (1967)**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Technischen Museum Wien und Dissertant am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien. Forschungsgebiete: Film im Dritten Reich, österreichische Fernsehgeschichte, sozialdemokratische Medienpolitik in Österreich nach 1945 sowie Geschichte der Nachrichtenpolitik in Österreich.

# Nachrichtenwerte im Wandel?

Über den alliierten Einfluß auf den Nachkriegsjournalismus

Jürgen Wilke

Als der Zweite Weltkrieg 1945 nach unermeßlichen Zerstörungen und unsäglichem Leid zu Ende ging, Mitte April in Wien, knapp vier Wochen später in Berlin, bedeutete dies den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft in dem totalitär regierten „Großdeutschen Reich“. Was damit stattfand, war eine Befreiung, wenn auch zugleich erst einmal durch Unterwerfung unter ein Besatzungsregime der Kriegsgegner. Dadurch eröffnete sich jedoch der Weg zu einem Neuanfang – politisch, wirtschaftlich, kulturell und auch journalistisch. Gewiß war er in jedem dieser Bereiche mit vielen Schwierigkeiten behaftet und benötigte Jahre, bis sich die Verhältnisse einigermaßen konsolidiert hatten. Hier soll nur von dem journalistischen Neubeginn die Rede sein, der jedoch – dessen muß man sich bewußt sein – schwerlich isoliert werden kann. So spielten wirtschaftliche Hemmnisse (vor allem Papiermangel) für ihn ebenso eine Rolle wie der Aufbau einer politischen Ordnung, die schrittweise einen demokratischen Charakter annehmen sollte.

Ein Neuanfang auch im Journalistischen war umso unausweichlicher, weil in den Augen der alliierten Besatzungsmächte die propagandistische Instrumentalisierung der Massenmedien ein wesentliches Mittel des Aufstiegs und der Zementierung der NS-Herrschaft gewesen war. Hier mußte konsequent umgesteuert werden. Presse und Rundfunk wurde eine zentrale Rolle bei der

Umerziehung der Menschen zugemessen. Sie konnten diese aber nur erfüllen, wenn sie entsprechend organisiert wurden und auftragsgemäß arbeiteten. Um dies zu erreichen, hatten Planungen zur Reorganisation der Medien zumindest bei den Amerikanern und Briten schon frühzeitig eingesetzt, lange vor der deutschen Kapitulation.<sup>1</sup> An diese Pläne hielt man sich dann auch, obschon die praktische Umsetzung vielfach zu Modifikationen zwang.

Der Wiederaufbau der Informationsmedien setzte jedenfalls rasch ein – eine „Stunde Null“ gab es praktisch nicht. Er vollzog sich sodann auf drei miteinander verschränkten Ebenen: der personellen, der strukturellen und der inhaltlichen. Kurz nur war die Zeit, in der die Militärs der Siegermächte selbst Zeitungen für die Bevölkerung herstellten.<sup>2</sup> In Deutschland taten dies vor allem die Amerikaner, in Österreich auch die Russen.<sup>3</sup> Nahezu gleichzeitig oder bald darauf wurde damit begonnen, deutsche und österreichische Zeitungsherausgeber zu lizenzieren. Ein Vorläufer dafür waren die bereits seit Januar 1945 erscheinenden *Aachener Nachrichten* gewesen. Niemand sollte jedoch eine Lizenz erhalten, der nach 1933 für eine Zeitung in Nazi-Deutschland gearbeitet hatte. Das war die anfängliche Devise, doch eingehalten wurde sie von den Besatzungsbehörden nicht durchweg und gleich streng, von den Franzosen z. B. weniger als von den Amerikanern.<sup>4</sup> Auch die Praxis der Entnazifizierung beim

<sup>1</sup> vgl. Kurt Koszyk: *Pressepolitik für Deutsche 1945-1949*. Berlin 1986; ders.: *Presse unter alliierter Besatzung*. In: Jürgen Wilke (Hg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln; Weimar; Wien 1999, 31-58.

<sup>2</sup> Nicht zu vergessen sind außerdem die Bemühungen zur journalistischen Umerziehung, die unter den Kriegsgefangenen in Gang gebracht wurden. Im Lager Van Etten, N. Y., einem Ferienlager der Cornell-University, wurden geeignete Leute mit dem Ziel zusammengezogen, eine alle deutschsprachigen Kriegsgefangenen in den USA erfassende Zeitung ins Leben zu rufen. Sie erschien wöchentlich vom 1. März 1945 bis 1. April 1946 unter dem Titel „*Der Ruf*“ (nicht zu verwechseln mit der bald darauf publizierten Zeitschrift gleichen Namens, an der gleichwohl einige derselben Mitarbeiter beteiligt waren). Vgl. *Der Ruf. Zeitung der deutschen Kriegsgefangenen in den*

*USA*. Faksimile-Ausgabe, München u. a. 1986.

<sup>3</sup> vgl. Elisabeth Matz: *Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung (1944-1946)*. Münster 1969; Michael Schönberg: *Die amerikanische Medien- und Informationspolitik in Österreich von 1945 bis 1950*. Diss. Wien 1976; Manfred Bobrowsky: *Österreich ohne Presse? Perspektiven der Wiener Tageszeitungen 1945*. Wien; Köln; Graz 1985, 113-126; Oliver Rathkolb: *US-Medienpolitik und die „neue“ österreichische Journalistenelite*. In: Hans Heinz Fabris/Fritz Hausjell (Hg.): *Die Vierte Macht. Zur Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945*. Wien 1991, 51-79.

<sup>4</sup> vgl. Sigrun Schmid: *Journalisten der frühen Nachkriegszeit. Eine kollektive Biographie am Beispiel von Rheinland-Pfalz*. Köln; Weimar; Wien 2000.

Zugang zum Journalistenberuf unterschied sich hier und da.<sup>5</sup> Weil man Leute brauchte, die sich in diesem Beruf auskannten oder die doch dafür notwendigen Voraussetzungen mitbrachten, drückte man schon mal ein Auge (mitunter auch alle beide) zu. Ein völliger Personalwechsel wäre hier, wie in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens auch, vermutlich illusorisch gewesen. Schließlich bildete die personelle Regeneration, die in mehr oder weniger großen Teilen sehr wohl stattfand, nur eine Schiene der Erneuerung.

Eine zweite war die strukturelle. Praktiziert wurden nämlich unterschiedliche Formen der Zulassung. Entweder man bevorzugte Gruppenzeitungen, bei denen Lizenzträger verschiedener Couleur zusammenwirken mußten. So war es in Deutschland bei der *Frankfurter Rundschau*, der ersten Lizenzzeitung (1. 8. 1945), und so in Österreich beim *Dreiparteienblatt*, das unter dem Titel *Neues Österreich* (23. 4. 1945) erschien.<sup>6</sup> Oder man vergab Einzellicenzen an Personen, wobei diese nach (partei-)politischem Standort gestreut wurden. Dies führte zum Wiedererstehen von Parteizeitungen oder doch parteinahen Blättern und damit zur Wiederbelebung einer Pressetradition, die in Deutschland und Österreich bis ins 19. Jahrhundert zurückreichte. Beim Rundfunk, der zunächst unter Aufsicht der Militärbehörden stand, fiel die grundlegende Strukturentscheidung zugunsten der öffentlich-rechtlichen Organisationsform (nach britischem Vorbild).<sup>7</sup>

Die dritte Ebene der Einflußnahme war die, auf welche es eigentlich ankam. Denn davon, was und wie die Medien informierten, hing der Erfolg der demokratischen Umgestaltung der besetzten Länder im Grunde ab. So rief man zur Unter-

richtung auch eigene Nachrichtenagenturen ins Leben. Am 29. Juni 1945 verbreitete der *German News Service (GNS)* von Bad Nauheim aus seine erste Meldung. Knapp zwei Monate später in *Deutsche Allgemeine Nachrichtenagentur (DANA)* umbenannt, belieferte er die Zeitungen und Rundfunkstationen in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands.<sup>8</sup> Im August 1945 folgten Nachrichtenagenturen in der britischen Zone (*German News Service-BZ*) und Anfang September in der französischen (*Rheina*). In Österreich wurde ein ähnlicher Weg beschritten. Hier war der *Amerikanische Nachrichtendienst (AND)*, der Anfang Oktober 1945 in Salzburg errichtet wurde, zunächst die einzige zugelassene amerikanische Nachrichtenquelle in der amerikanischen Zone.<sup>9</sup>

Die Nachrichtenagenturen waren die entscheidenden Einfallstore für den Wandel der journalistischen Berichterstattung in den besiegten Ländern in der frühen Nachkriegszeit. Sie stellten für die dortigen Medien die einzige Quelle – zumal bei überregionalen und internationalen Nachrichten – dar.

Letztere bezog der *GNS* in den ersten Wochen noch vom *Allied Press Service* in London. Sie umzuschreiben oder Änderungen daran vorzunehmen, war untersagt.<sup>10</sup> Die *DANA* stellte ihre Auslandsnachrichten dann aus Agenturdiensten der Heimatländer der Westalliierten zusammen, bis *Associated Press (AP)*, *United Press (UP)* und *International News Service (INS)* für sie Nachrichten speziell bereitstellten.<sup>11</sup> Damit floß der *DANA* ein Angebot zu, das sowohl in seiner Form als auch nach Auswahl und inhaltlicher Zusammensetzung vom Journalismus geprägt war, wie ihn

### Nachrichtenagenturen waren die entscheidenden Einfallstore für den Wandel der journalistischen Bericht- erstattung.

<sup>5</sup> vgl. ebda; Fritz Hausjell: *Journalisten gegen Demokratie und Faschismus. Eine Kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der zweiten Republik (1945-1947)*. 2 Bde. Frankfurt am Main u. a. 1989; ders.: *Entnazifizierung der Presse in Österreich*. In: Sebastian Meißl/Klaus-Dieter Mulley/Oliver Rathkolb (Hg.): *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955*. München 1986, 171-201.

<sup>6</sup> vgl. Koszyk: *Pressepolitik für Deutsche*, 56 f. Als Zeitzeugenbericht eines der (kommunistischen) Lizenzträger: Emil Carlebach: *Zensur ohne Schere. Die Gründerjahre der „Frankfurter Rundschau“ 1945/47*. Frankfurt am Main 1985; Bobrowsky: *Österreich ohne Presse*, 117.

<sup>7</sup> vgl. Arnulf Kutsch: *Rundfunk unter alliierter Besatzung*. In: Wilke (Hg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 59-90.

<sup>8</sup> vgl. Johannes Schmitz: *DANA / DENA – Nachrichtenagentur in der amerikanischen besetzten Zone Deutschlands 1945-1949*. Diss. München 1987; Andreas Kristianat: *Vom German News Service zur Deutschen Presse-Agentur*. In: Jürgen Wilke (Hg.): *Telegraphenbüros und Nachrichtenagenturen in Deutschland*. München u. a. 1991, 267-331.

<sup>9</sup> vgl. Schönberg: *Die amerikanische Medien- und Informationspolitik*, 177 ff.

<sup>10</sup> vgl. *Militärregierung Deutschland / Nachrichtenkontrolle, Betriebsanweisung für die Presse Nr. 1*. In: Reinhard Greuner: *Lizenzpresse. Auftrag und Ende. Der Einfluß der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik auf die Wiedererichtung eines imperialistischen Pressewesens in Westdeutschland*. Berlin (Ost) 1962, 269 ff; hier 271.

<sup>11</sup> vgl. Martina Schumacher: *Ausländische Nachrichtenagenturen in Deutschland vor und nach 1945*. Köln; Weimar; Wien 1998.

die Amerikaner betrieben. Dessen professionelle Nachrichtenwerte fanden Eingang in den deutschen Journalismus. Die Auslandsnachrichten bei der *DANA* gingen dort übrigens eine Zeit lang über den Tisch des in Österreich geborenen Wissenschaftlers und Publizisten Franz Borkenau.

Die *DANA*-Zentrale war nach dem Willen ihres ersten Chefredakteurs Eugene Jolas „eine Versuchsanstalt (...), die dem Aufbau eines neuen, demokratischen Journalismus in Deutschland dienen“<sup>12</sup> sollte. Andere haben sie später als „Experimentiersaal – und praktisch eine Journalistenschule ohne Vorbild und Beispiel“<sup>13</sup> bezeichnet.<sup>14</sup> Was dort gelernt werden sollte, hatte Jolas am 20. September 1945 den Mitarbeitern der Agentur in einer Direktive vorgegeben, die hier, ins Deutsche übersetzt, zitiert sei:

1. Die *DANA* wird sich in Zukunft des amerikanischen Nachrichtenstils bedienen.
2. Wesentliche Tatsachen gehören ins Lead, d. h. in den einleitenden Absatz; in den folgenden Absätzen werden die Einzelheiten chronologisch aneinandergereiht.
3. Von jeglichen redaktionellen Kommentaren sind unsere Meldungen rigoros freizuhalten; nur objektive Tatsachen sollen berichtet werden.
4. Große Sorgfalt ist auf das Abfassen genauer Übersetzungen zu verwenden. Der deutsche Stil muß grammatisch einwandfrei sein. Allzu wörtliche Übersetzungen vermeide man besser.
5. Stets und ständig denke man an das Ausmerzen von Nazi-Ausdrücken; die Entnazifizierung des Wortschatzes gehört zu den Hauptaufgaben eines jeden, der Nachrichten schreibt.
6. Den Mitgliedern der Redaktion wird nahegelegt, sich der zur Verfügung stehenden amerikanischen Zeitungen zu bedienen und aus ihnen zu lernen, was amerikanischer Stil der Nachrichtengattung ist.

<sup>12</sup> zit. n. Schmitz: *DANA / DENA*, 36.

<sup>13</sup> zit. n. Gerhard Rolf Matthäus: *Das Ziel hieß: Bessere Deutsche durch besseres Deutsch. Die Sprachumerziehung bei DANA / DENA*. In: *Publizistik* 8 (1963), 309-315, hier 310.

<sup>14</sup> Die Notwendigkeit einer eigenen Journalistenausbildung für die „neue“ Presse war auch sogleich erkannt worden. Bereits am 27. Mai 1945, drei Wochen nach der Kapitulation, eröffnete die amerikanische Militärregierung in Aachen eine Deutsche Journalistenschule, an jenem Ort also, wo schon seit Januar d. J. die erste deutsche Zeitung nach der Befreiung herauskam. Man wollte zunächst in

7. *Tatsachentreue und moralische Integrität beim Abfassen und Bearbeiten von Nachrichten sollen zu Merkmalen der neuen demokratischen Presse werden, die wir in Deutschland zu schaffen suchen.*<sup>15</sup>

Die Absicht, die amerikanische Nachrichtenform verbindlich zu machen, resultierte aus der Überzeugung, daß der deutsche Journalismus in dieser Hinsicht Schwächen aufwies, ja anfällig sei für Mißbrauch. Die Berliner Zeitungen, so kritisierte der *Manchester Guardian* am 21. September 1945, „fangen ihre Artikel noch immer in einer Weise an, die jedem englischen Journalisten weit-schweifig und verwirrend erscheinen muß; meist erfährt man erst im dritten Absatz, worum es eigentlich geht“.<sup>16</sup> Vermeiden ließ sich dies, wenn man – gemäß dem Lead-Stil – das Wichtigste zuerst brachte. Ein solcher Aufbau schützte die Meldung nach anglo-amerikanischer Auffassung davor, beim Redigieren vom Schluß her manipuliert zu werden. Dadurch könnten zwar Details unter den Tisch fallen, nicht aber die Meldung in ihrem Kern verändert werden.

Die zitierten Direktiven in der Praxis durchzusetzen, war nicht einfach. Ohnehin hatten nicht alle bei der *DANA* journalistische Erfahrung. Eine Kontrolle wurde zunächst durch die Vorzensur ausgeübt. Immer wieder nahm der Chefredakteur an den Meldungen, die ihm zum Gegenlesen vorgelegt wurden, Anstoß. Fehler mußten korrigiert werden. Eingesehen wurde von den Vorgesetzten zwar, daß der Versuch, im ersten Satz einer Nachricht alle fünf W-Fragen zu beantworten – also Wer, Was, Wann, Wo, Wie – im Deutschen zu stilistisch oft unschönen Lösungen führte. Die Aufteilung in mehrere Lead-Sätze wurde daher erlaubt. Aber erbarmungslos insistierte man darauf, in Nachrichten die Beimengung von Kommentar zu unterbinden. Wie leichthin solches durch den Gebrauch von Adjektiven und Verben unterließ, dafür mußte erst eine Sensibilität geschaffen werden. Und Entsprechendes galt für die Reinigung von NS-Aus-

dreimonatigem Turnus rund zwanzig Nachwuchskräfte ausbilden, die nach und nach die „belasteten“ deutschen Journalisten ablösen sollten. Die Schule wurde unter britischer Ägide fortgeführt. Legendar wurden dann die 1946 bis 1948 von Otto Groth organisierten Vorbildungskurse für Journalisten in München. In Österreich fungierte 1946 der *Amerikanische Nachrichtendienst* als Ausbildungsstätte für junge österreichische Journalisten.

<sup>15</sup> Schmitz: *DANA / DENA*, Dokumente; vgl. Matthäus: *Das Ziel hieß*, 310.

<sup>16</sup> Matthäus: *Das Ziel hieß*, 309.

drücken. Bekämpfen wollte Eugene Jolas zudem die deutsche Titelsucht und Autoritätsgläubigkeit. Obwohl ihm eigenmächtige Reaktionen nicht fremd waren, sollten im Newsroom demokratische Umgangsformen, Kollegialität und ein kooperativer Arbeitsstil gepflegt werden.<sup>17</sup>

Mehr als ein Jahr stand die *DANA* unter amerikanischer Leitung. Am 26. Oktober 1946 wurde sie in deutsche Hände übergeben (und zum 1. Januar 1947 in *DENA* umbenannt). Die Zeitungsverleger in der amerikanischen Besatzungszone erhielten eine Lizenz, sie genossenschaftlich zu betreiben.<sup>18</sup> Knapp zwei Monate vorher, am 1. September 1946, war die *Austria Presse-Agentur (APA)* schon als Genossenschaft aller österreichischen Tageszeitungen zugelassen worden. Dies waren Entscheidungen von großer Tragweite. Denn zum ersten Mal in der Geschichte der Nachrichtenagenturen beider Länder befanden sich diese jetzt im Besitz ihrer Kunden. Bis dahin waren sie nie unabhängig, sondern unter staatlichem Einfluß gewesen, hatten (halb-)amtlichen Charakter gehabt oder wurden von Kräften aus Wirtschaft und Industrie beherrscht. Mit dieser fragwürdigen Tradition wurde jetzt gebrochen. Und dies bedeutete, daß der Neubeginn im Medienbereich nach 1945 vielleicht nirgendwo so tiefgreifend war wie bei den Nachrichtenagenturen. Dies auch deshalb, weil *AP* und *UP* seit Juni 1946 deutsche Zeitungen auch direkt belieferten und damit das Monopol der *DANA* aufhoben und zu ihr in Konkurrenz traten.<sup>19</sup> In Österreich verkaufte *UP* ihren Dienst nur an einzelne Zeitungen, während der *International News Service (INS)* seine Nachrichten primär über die *Austria Presse Agentur (APA)* vertrieb.

Was sich auf der Seite der Nachrichtenagentur(en) abspielte, wiederholte sich bei den Lizenzzeitungen. Hier übten Presseoffiziere die Kontrolle aus, zunächst wiederum als Vorzensur, nach Einführung der alsbaldigen Nachzensur in Form eines sogenannten „*Scrutiny*“-Verfahrens. Die Berichterstattung der Blätter wurde laufend verfolgt, Mängel und Kritikpunkte in einer Art Pressepiegel zusammengestellt. Dies war allerdings

(zumindest in Bayern) eine „nahezu sanktionslose Kontrolle“, konstruktiv in ihrer Intention und nicht mehr mit Zensur gleichzusetzen.<sup>20</sup>

Gleichwohl sahen sich die amerikanischen Militärbehörden wiederholt zu grundsätzlichen Erklärungen veranlaßt, die über Monita zu Einzelfällen hinausgingen. Ernest Langendorf, der oberste Presseoffizier in Bayern, versandte im Sommer 1947 ein Rundschreiben, das in unserem Zusammenhang von Interesse ist, weil es die „anwaltschaftliche“ Rolle der Zeitungen hervorhob. Er sprach von ihnen als „*true spokesmen of the people, presenting their legitimate grievances against governmental maladministration and submitting constructive suggestions to Military Government for correction of existing wrongs*“.<sup>21</sup>

Damit reagierte Langendorf auch auf ein allgemeines Dilemma, vor dem die alliierte Pressepolitik stand: die deutschen Journalisten zur Pressefreiheit zu befähigen, ihnen bei der Umerziehung aber eine „*Mission*“ aufzuerlegen und zugleich doch die Berichterstattung über bestimmte, sie selbst betreffende Dinge erst einmal zu untersagen. Nach den Worten von Langendorf gehörte zur Aufgabe der Presse: „*representing first and foremost the needs and interests of its readers*“.<sup>22</sup> Daraus folgte zweierlei: Die Nachrichtenauswahl und die sie leitenden Nachrichtenwerte hatten sich an den Publikumsinteressen zu orientieren. Und in Leserbriefspalten sollte die Bevölkerung selbst zu Wort kommen.

Als Leitlinie gab die *Information Control Division (ICD)* für Bayern im Mai 1947 einen 22-seitigen zweisprachigen „*Wegweiser zu gutem Journalismus / Fair Practice Guide for German Journalists*“ heraus.<sup>23</sup> Basierend auf den Erfahrungen mit der bayerischen lizenzierten Presse, wurden darin die „*Prinzipien eines demokratischen Journalismus*“ an konkreten Beispielen erläutert. „*Diese Prinzipien*“, so hieß es, „*sind nicht nur wünschenswerte Ideale, sondern reale Notwendigkeiten im heutigen Deutschland, wo Subjektivität, Parteilichkeit, Entstellungssucht und Sonderinteressen ständig nach Ausdrucksmöglichkeiten suchen*“.<sup>24</sup>

<sup>17</sup> vgl. Schmitz: *DANA / DENA*, 118.

<sup>18</sup> vgl. Schmitz: *DANA / DENA*, 89 ff; Kristionat: *Vom German News Service*, 312 ff.

<sup>19</sup> vgl. Schumacher: *Ausländische Nachrichtenagenturen*, 115 ff.

<sup>20</sup> Norbert Frei: *Amerikanische Lizenzpolitik und Deutsche Pressetradition. Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier*. München 1986, 89 ff.

<sup>21</sup> zit. n. w.o., 98.

<sup>22</sup> zit. n. w.o., 99.

<sup>23</sup> *Wegweiser zu gutem Journalismus / Fair Practice Guide for German Journalists 1947. An Informal Document prepared by: Office of Military Government for Bavaria Information Control Division / Press Control Branch* (freundlicherweise überlassen aus dem Archiv von Dr. Heinz Starkulla jr., München).

<sup>24</sup> zit. n. w.o., 11.

Die Herausgabe einer Zeitung definierte man – der Verfasser der Anleitung war Walter Brockmann vom Press Branch der ICD – als „ein privates Geschäft mit einer öffentlichen Funktion“, nämlich „die Öffentlichkeit mit wahren Berichten über alle wichtigen Ereignisse – mit Nachrichten – zu versorgen“.<sup>25</sup> Aus den mitgeteilten Regeln seien folgende ausschnittsweise zitiert:

#### I. Trennung von Nachricht und Meinung

*Nachrichtenberichterstattung basiert auf Tatsachen; Leitartikel sind Meinungsäußerungen. Gute journalistische Praxis trennt Tatsachen und Meinung im Text und in den Überschriften. Irgendwelche Meinungsäußerungen sollten in getrennten Leitartikeln oder Kommentaren gebracht werden, wo sie der Leser als solche erkennen kann. Überschriften über Nachrichten sind Stichworte, die dazu bestimmt sind, dem Leser einen kurzen Überblick über die Artikel zu geben, denen sie vorangestellt sind. Wenn ein Redakteur seine Meinung in der Überschrift äußert, dann verletzt er die elementarste Regel des demokratischen Journalismus. Überschriften sollen den Tatsachen entsprechen und angemessen sein. (...)*

*Überschriften mit Fragezeichen sind unerwünscht, weil sie ein spekulatives, sensationelles Element in die Zeitung bringen, das dazu führt, den Leser zu beunruhigen. (...)*

*Die Arbeit einer Zeitung besteht in erster Linie darin, die Öffentlichkeit zu informieren, und nicht darin, Fragen zu stellen. (...)*

#### II. Tendenziöse Berichterstattung

*Es ist die Pflicht einer überparteilichen Presse, der Öffentlichkeit mit einer unbeeinflussten Präsentation von Nachrichten zu dienen (...).*

*„Gute Absichten“ und das Gefühl, moralisch im Recht zu sein, berechtigen nicht zu einer einseitigen und unkorrekten Berichterstattung. (...); eine journalistische Kontroverse wird nicht durch Schmähungen und unsachliche Bemerkungen, sondern durch klare, logische und objektive Berichterstattung von Tatsachen gewonnen. (...)*

#### III. Genauigkeit

*Keine Anstrengung sollte gescheut werden, um sich größter Genauigkeit zu befleißigen. (...)*

#### IV. Faire Darstellung

*Zeitungsberichte über irgendwelche Übelstände*

*sind oft unfair gegenüber verantwortlichen Persönlichkeiten, weil sie die „andere Seite“ unterschlagen. Es scheint manchen Redakteuren noch nicht ganz klar zu sein, daß es ihre Pflicht ist, auch dem anderen Gehör zu schenken (...). Es ist nicht die Aufgabe der Zeitung, Urteile im voraus zu fällen; eine Zeitung ist kein Gerichtshof und ein Redakteur kein Richter. (...)*

*Unterschlagen Sie die „andere Seite der Geschichte“ selbst dann nicht, wenn Sie fühlen, daß sie eine regelrechte Lüge ist. Der Lügner wird sich letzten Endes selbst das Urteil sprechen (...).*

#### V. Fairneß in Leitartikeln und Kommentaren

*Das Bestreben, ein „fair play“ einzuhalten, sollte in keinem Fall eine kräftige und deutliche Meinungsäußerung in Kommentaren und Leitartikeln hindern. (...)*

#### VI. Nachdrucke aus ausländischen Zeitungen

*(...) Die Auswahl des Nachdruck-Materials erfordert Einsicht, Zurückhaltung und gesundes Urteilsvermögen.*

#### VII. Leitartikel und Kommentare

*(...) Dem weitschweifigen Stil der deutschen Redakteure mit häufigen Abschweifungen ist zweifellos nicht leicht zu folgen. Doppelsinnige und zweideutige Ausdrücke können bei sorgsamer Formulierung vermieden werden.*

#### VIII. Ton

*(...) Eine bessere Lösung [als zu klagen] ist guter, ehrlicher Journalismus, der frei ist von Sarkasmus, Nörgelei, Liebesdienerei, versteckten Drohungen und Klagen.*

#### IX. Briefe an die Redaktion

*Diese Spalte kann zu einer der interessantesten der Zeitung ausgebaut werden. Durch sie nimmt der Leser mehr Anteil an der Zeitung und gewinnt eine engere Beziehung zu ihr. Die Briefe bringen viele Dinge zur Sprache, die andernfalls gar nicht die Aufmerksamkeit des Schriftleiters erregen würden. Und sie geben auch eine Vorstellung davon, wie das Volk denkt.*

#### X. Quellenangaben

*Quellenangaben in den Zeitungen dienen dazu, den Urheber des gedruckten Materials bekannt zu machen und das Material glaubwürdig und zuverlässig zu kennzeichnen. (...) Artikel, die von Nachrichtenagenturen stammen, dürfen*

<sup>25</sup> ebda.

gekürzt, nicht aber umgestellt werden. Die ersten Absätze dürfen nicht umgeschrieben werden. (...)

#### XI. Mangelndes Urteilsvermögen

*Mangelndes Urteilsvermögen zeigt sich vorwiegend in der Überbetonung von zwar sensationellen, aber sonst unbedeutenden Nachrichten. (...)*<sup>26</sup>

Außer den hier zitierten Prinzipien enthielt der „Wegweiser“ zusätzlich „Allgemeine Regeln“ für Berichte über öffentliche Reden, zur Wiedergabe von Interviews, zu Nachrichten über die Regierung, die Schreibweise bei Reportagen, für die Gerichtsberichterstattung und das Abfassen von Überschriften. Er schloß mit Bemerkungen zum „berufsmäßigen Standpunkt“:

*„Die schwerste Lektion, die ein Journalist lernen muß, ist die Entwicklung eines unpersönlichen Standpunktes – die Veröffentlichung von Tatsachen, ungefärbt durch seine Gefühle und Freundschaften.“*<sup>27</sup>

Rückblickend drängt sich die Frage auf, wie groß der alliierte Einfluß auf den Nachkriegsjournalismus in Deutschland und Österreich gewesen ist. Setzten sich die amerikanischen Prinzipien hierzulande durch, machte man sich diese zueigen oder wurden dagegen Einwände erhoben, ja wandte man sich davon wieder ab? Einerseits ist ein solcher Einfluß gewiß nicht zu leugnen, andererseits wurden Zweifel genährt, weil durchaus deutsche Traditionen wieder auflebten und „missionarische“ Tendenzen sich im Journalismus bemerkbar machten.<sup>28</sup> Zu wenig bedacht hat man seinerzeit vielleicht, daß die Trennung von Nachricht und Kommentar und die Objektivitätsnorm im amerikanischen (und auch britischen) Journalismus von einer arbeits-

teiligen Redaktionsorganisation gestützt werden, in der die Funktionen von „reporter“ (Nachrichtenbeschaffung), „editor“ (redigieren, bearbeiten) und „writer“ (Kommentierung) auf verschiedene Personen bzw. Rollen verteilt sind. Die herkömmliche deutsche Redaktionsorganisation, die nach autonomen Ressorts gegliedert ist und in der die genannten Funktionen ganzheitlich von ein und der gleichen Person erfüllt werden, blieb unangetastet. Harold Hurwitz, der – noch aus eigenen Erfahrungen schöpfend – 1972 die erste umfassende Studie zur amerikanischen Pressepolitik nach 1945 vorlegte, stellte dazu mit kritischem Unterton fest:

*„Die strategische Position des ‚copy desk‘ in der amerikanischen Zeitung kann als Zentrum der Zusammenarbeit und gegenseitigen Anpassung wirken. In einer Gesellschaft, wo der Individualismus der Intellektuellen vorgibt, liberal zu sein, sich aber unter Druck sehr autoritär wehrt, mußte die Einführung des ‚copy desk‘ gegen den starken Widerstand einer individualistischen und der Zusammenarbeit abholden Organisation ankämpfen, bei der die Ideen der Freiheit und der Autorität gleichgesetzt werden. Die Amerikaner kamen gegen das Ressortsystem nicht an.“*<sup>29</sup>

Zieht man die strukturellen Bedingungsfaktoren nochmals in Betracht, so dürften die Prinzipien des amerikanischen Journalismus bei den Nachrichtenagenturen 1945 auf fruchtbareren Boden gefallen sein als bei den einzelnen Medien selbst. Und zwar deshalb, weil ihre Umsetzung dort nicht (nur) vom subjektiven Willen der Journalisten dazu abhing, sondern auch institutionell durch die genossenschaftliche Organisationsform abgesichert war, die in ihrer Eigenlogik auf Unparteilichkeit und Objektivität abzielt.

#### Prof. Dr. Jürgen WILKE (1943)

Dekan des Fachbereichs Sozialwissenschaften der Universität Mainz, davor Professuren für Publizistik an der Katholischen Universität Eichstätt und an der Universität Mainz; 1986 – 1989 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Forschungsgebiete: Mediengeschichte und Medienstruktur, Nachrichtenagenturen, Internationale Kommunikation.

<sup>26</sup> zit. n. w.o., 13 ff.

<sup>27</sup> zit. n. w.o., 22.

<sup>28</sup> vgl. Renate Köcher: *Spürhund und Missionar. Eine vergleichende Untersuchung über Berufsethik und Aufgabenverständnis britischer und deutscher Journalisten.*

Diss. München 1985.

<sup>29</sup> Harold Hurwitz: *Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949.* Köln 1972, 43.

# State News Agencies: A Time for Re-Evaluation?

Terhi Rantanen / Oliver Boyd-Barrett

In the past, news agencies were often divided into three main categories

(1) **private**

(2) **co-operative**

(3) **government** (we will later use our preferred term, State) news agencies.

Since the birth of news agencies over one hundred and seventy years ago there has been much debate about the ideal form of ownership. The first European news agencies were mostly private, often named after their founders (e.g. *Fabra* in Spain, *Havas* in France, *Reuters* in the UK, *Stefani* in Italy, *Tuvora* in Austria, *Wolff* in Germany). But governments or states in most, if not all, such countries, soon became involved in agency news-gathering and dissemination. For this they used a variety of means that included ownership, control, tariff concessions for use of communications facilities, intervention in news content, and overt or covert subsidy or financing of news agencies.

Government agencies are almost as old as other ownership forms. The first private agency was the French *Havas* (1835), the first cooperative agency the *US Associated Press* (1848) and the first State agency *k. k. Telegraphen Korrespondenz-Bureau* in 1860, when it started distributing articles to the newspapers published by the Austro-Hungarian Government.<sup>1</sup> Although the State's role varied from country to country, government-run agencies were soon widely acknowledged, for example in Germany, Russia, Italy and the Balkans. Many news agencies that were commonly regarded as

private, nonetheless had close connections with their respective governments. Reuters is a case in point: the London-based agency enjoyed significant government subventions through much of the 20<sup>th</sup> century.<sup>2</sup>

At one time or another, each of the three ownership forms, private, cooperative and State, has encountered competition from other forms. Already in the 19<sup>th</sup> century, the viability of State agencies was threatened by new private agencies taking advantage of evidence that State agency news was censored. For example, in 1905, *Reuters* and *Havas* repeatedly, and politely but pointedly told their Russian official counterpart the *St. Petersburg Telegraph Agency* how to compress dispatches, and write them for their respective British, French and imperial customers: *Vestnik* dispatches proved wanting on several counts – speed, accuracy, news values and presentation.<sup>3</sup>

Private agencies were also targeted. A celebrated 'crusade' against both private and State agencies was launched by Kent Cooper, general manager of the *US Associated Press (AP)* in the 1920s and 1930s. Although Cooper's ultimate goal was demolition of the European news cartel, he lobbied strongly for the co-operative form of ownership that his own agency represented.<sup>4</sup> Cooper wrote:

*While many of the European agencies endeavoured to maintain accuracy, they were subject to outside influence in the matter of bias. Moreover, they were really not press associations of the type of The Associated Press, which served only newspapers. They had commercial interests, including banking: news was more or less secondary. Some*

<sup>1</sup> Edith Dörfler/Wolfgang Pensold: *Die Macht der Nachricht. Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich*. Wien: Molden Verlag 2001, 15.

<sup>2</sup> Donald Read: *The Power of News*. Oxford: Oxford University Press 1999.

<sup>3</sup> Michael Palmer: *What Makes News*. In: Oliver Boyd-Barrett/Terhi Rantanen (eds): *The Globalization of News*. London: Sage 1998, 177-190, 181.

<sup>4</sup> Kent Cooper: *Barriers Down. The Story of the News Agency Epoch*. New York: J.J. Little and Ives Company 1942;

Terhi Rantanen: *Mr. Howard Goes to South America. The United Press Associations and Foreign Expansion*. In: Roy W. Howard *Monographs in Journalism and Mass Communication Research*, No 2, 1992. Bloomington: School of Journalism, Indiana University; Terhi Rantanen: *After Five O'Clock Friends. Kent Cooper and Roy W. Howard*. In: Roy H. Howard *Monographs in Journalism and Mass Communication Research*, No 4, February 1998. Bloomington: School of Journalism, Indiana University.

of the smaller of them paid no attention to news whatever, excepting the "handouts" that came from government offices or the major agencies. Many of these proprietary agencies were under government control and were used for the distribution of propaganda at home and abroad. Some found this line of endeavour much more profitable than the collection and disseminations of ordinary news.<sup>5</sup>

However, of the three ownership forms as commonly identified, it is State news agencies that have attracted most criticism. In the 1930s, this was an issue that united chief executives Kent Cooper of the *AP* and Sir Roderick Jones of *Reuters*, even though Cooper was highly critical of the private ownership of *Reuters* (despite the fact that *Reuters*' owners already included the *Press Association*, representing British provincial newspapers) and even though Roderick Jones actively encouraged government subvention for, later even courting the possibility of government ownership of, his own agency.<sup>6</sup> Jones wrote:

*It is in the British Empire and the United States we see a news machinery and a newspaper press untouched by official faint or corruption. Their news product may not always be without flaw. But the blemishes are nothing in comparison with the merits, and the system provides a monumental contrast to what is to be found in countries where freedom has been usurped by censorship and tyranny.<sup>7</sup>*

For Cooper and Jones it was the ownership form that guaranteed unbiased news. Later, Cooper expanded his ideas into a crusade for the "free flow" of news. In 1943 the American Society of Newspaper Editors adopted a resolution for a "world guarantee of freedom of the news", as did the Republican National Congress in 1944. Finally, the US Congress passed a resolution on September 21, 1944.<sup>8</sup>

Government agencies again became a target of criticism in the late 1970s to early 1980s, when US and British governments tempered and finally subverted what they considered to be UNES-

CO's sponsorship of calls for a "New World Information and Communication Order (NWICO)", a movement that these two countries and their respective mainstream media interests regarded as complicit in underwriting government control of news.<sup>9</sup>

## A Re-Evaluation Needed

Previous research on news agencies has understated the complexity of ownership forms among news agencies. For example, a private agency may be quoted on stock markets, so in a limited sense it is then 'public' (which is what happened to *Reuters*). There are different kinds of 'co-operative' structure: an agency's ownership may be limited to a range of different media, yet still be a private company, while the *Associated Press* is formally-constituted as a not-for-profit co-operative news agency. Some co-operative agencies comprise only media institutions, others include government, private and even labour representatives. Private agencies can function on a not-for-profit basis, while State agencies may seek profits. The degree of State involvement in Stage agencies varies greatly, as do political arrangements that articulate and often constrain a State's involvement in day-to-day agency operations.

But in past debates about agency ownership, a State agency was invariably considered an inferior agency, notwithstanding the fact that the category embraced a diverse range of institutions, from *AFP* (partially financed by the State, and generally the object of grudging, if qualified, respect from competitor western agencies) to the former Soviet *TASS* which in its day, gave the impression that there was no other media institution closer to officialdom. Its status was considered almost equal to the Soviet government and the Communist Party, and its voice was the voice of these institutions, as the phrase '*TASS is authorised to announce*' exemplified. The present situation of state agencies (*Itar-Tass* and *RIA*) in post-Communist Russia is far more complex than it was in the Communist era, and their status is challenged by private agencies, such as *Interfax* which makes

<sup>5</sup> Cooper, *Barriers Down*, 20.

<sup>6</sup> Read, *The Power of News*.

<sup>7</sup> Roderick Jones: *World News*. Address, Empire Summer School, Oxford, July, 1935. London: Waterlow & Sons 1935, 4.

<sup>8</sup> Rantanen, *After Five O'Clock Friends*, 26.

<sup>9</sup> Oliver Boyd-Barrett: *Global Communication Orders*. In: W. Gudykunst/W. and B. Mody: *Handbook of International and Intercultural Communication*. 2nd Edition. Thousand Oaks: Sage 2001, 325-342.

the distinction between 'state' and 'private' agencies in present day Russia even more blurry.<sup>10</sup>

We believe that discourses about State agencies may have been overly restrictive in the range of functions and values they attribute to these organizations, and this has contributed to an insufficiency of scholarly attention. Whatever their problems, and there are many, State agencies still exist, and many new ones have appeared in recent years, even as others have died. In Europe, of the 30 member agencies of the *European Alliance of Press Agencies (EAPA)*, 11 are public sector organizations, including agencies with various kinds of State affiliation. Events have shown that each form of agency ownership, be it private, co-operative, State or some variant of any of these, has its particular benefits and problems. Each form has survived since the early days of news agencies, and each form has experienced its fair share of crises and failures. Whether we are academics or professionals we should ignore any temptation to overlook State agencies simply because we may feel they are morally inferior to other forms. Research on State agencies also improves our understanding of private and co-operative agencies.

At a time when some co-operative news agencies are in crisis<sup>11</sup> and some State agencies (particularly in Africa) are moribund, it is certainly appropriate to acknowledge that both forms of ownership go back a long way, and that both have had successes and failures. In the case of State, as of co-operative agencies, it is an ownership form that has not only survived, but one that has also changed and adjusted to new circumstances, for example, in Central and Eastern Europe after the collapse of Communism. We feel that it is time to re-evaluate the State ownership form, and to examine why it has not only survived so long, but has been recreated over and over again.

Our particular objective in this paper, therefore, is to invite a more considered look at State news agencies, not that we espouse that form as the "best" – far from it – but because we need to understand the full range of functions and bene-

fits that each form of ownership provides for different constituencies. In other words, we have to move away from a discourse of State news agencies as having solely to do with issues of "credibility" and government intervention in the news – important as these are.

## A Historical Overview of Different Forms of State Interference

Although the first news agencies in Europe were private agencies, governments and states in different countries soon became involved in news transmission. First, governments needed news, political and economic, domestic and foreign, for more informed decision-making. Second, they also needed a transmission belt to disseminate their own news and views.<sup>12</sup> Third, and perhaps most importantly, governments had a profound interest in helping to project a positive image both home and abroad.<sup>13</sup> It is difficult to find a single country in the world where the government or State has not been involved in news transmission from time to time, especially in times of internal or external crises.

However, the relationship between governments and news agencies was bi-directional. There were several reasons why news agencies needed governments. First, news agencies naturally wanted governments as clients. Second, they were still more interested in reductions of telegraph fees, a top priority to facilitate the transmission of more and lengthier telegrams. Third, they wanted exclusive rights to official news from the government.<sup>14</sup> Fourth, they needed government's authority to support them against competitors, either on home or foreign markets.

Several examples can be cited. One of the most famous concerned Baron Reuter (originally a German Jew) and his attempt in 1865 to penetrate Wolff's domestic market in Prussia by establishing branch offices and even trying to purchase the whole agency in 1869. In response, the

<sup>10</sup> Terhi Rantanen: *The Global and the National. Media and Communications in Post-Communist Russia*. Boulder: Rowman & Littlefield 2002.

<sup>11</sup> Oliver Boyd-Barrett/Terhi Rantanen: *European National News Agencies. In: Journalism. Theory, Practice and Criticism*, Vol. 1, No.1, April 2000, 86-105.

<sup>12</sup> Terhi Rantanen: *Foreign News in Imperial Russia: The Relationship between International and Russian News*

*Agencies, 1856-1914*. Helsinki: Federation of Finnish Scientific Societies 1990, 30.

<sup>13</sup> Oliver Boyd-Barrett: *Political Constraints and Market Opportunities: The Case of the 'Big Four'*. In: U. Kivikuru/T. Varis (eds.): *Textbook on Approaches to International Communication*. Helsinki: Finnish National Commission for UNESCO 1986, 192-204, 68.

<sup>14</sup> Rantanen, *Foreign News in Imperial Russia*.

Prussian government, leading bankers and Wolff concluded a new institutional arrangement to protect the home market against foreign interference: *Continental-Telegraphen-Compagnie (CTC)*, whose main stockholders included the government, banks and Wolff. A subsequent new treaty between Wolff and the government also guaranteed the agency certain privileges, most important of which was priority for Wolff's telegrams in the telegraph traffic. This advantage, added to an exclusive right to official news, enabled Wolff to defeat its domestic rivals and become more competitive on international markets. For its part, Wolff promised to give the authorities free copies of all its dispatches. The agency also agreed to submit its telegrams to prior censorship.<sup>15</sup>

Another example is Imperial Russia where after several private and co-operative agencies since 1866, the government finally took over in 1904. The main reason was private and co-operative agencies' dependence on the German *Continental Telegraphen Bureau*.<sup>16</sup> Since that time Russia has had an uninterrupted tradition of government agencies, one that has lasted until today. Yet even in Soviet Russia in 1924 *Izvestiia* newspaper published an article with a title "We Need Associated Press", suggesting that *ROSTA* (a predecessor of *TASS*) should be owned by Soviet newspapers.<sup>17</sup> Again, after the collapse of Communism in 1991, joint ownership of *TASS* by the press (as a co-operative) was considered, but rejected. The economic difficulties that the press encountered in the forms of distribution, paper supply and technology made it impossible for the media to invest money in joint ventures such as a news agency cooperative.<sup>18</sup>

## Co-operative versus State Agencies

What, then, were the advantages of co-operative news agencies that so commended themselves to

the likes of Kent Cooper? Co-operative agencies tended to be controlled either by groups of privately-owned media, or by combinations of private media and government agencies, including government-controlled media.<sup>19</sup> Many co-operative national agencies today, including the *Austrian Press Agency*, have followed the model most famously exemplified by the *Associated Press*, although we should note that full (as opposed to associate) AP membership does not extend to foreign clients beyond Canada, or even to its broadcast or other non-print media clients in the U.S. (although many newspaper members have broadcast interests and vice versa).

Its proponents prize this model precisely because they believe that it represents freedom from control of the State (although they must then ignore those cases of co-operatives, like *AFP*, which are controlled by both government and media interests). Additionally (although it may not be something that news agencies explicitly draw attention

to), because agencies traditionally have acted as news 'wholesalers', the co-operative model has represented at least a limited measure of freedom from the control of *Capital*. The economics of news agencies are not *directly* dependent on advertising, nor even on the purchasing decisions of individual subscribers to the 'retail' news media that in turn subscribe to agency services. Further, the benefits of co-operative control are sometimes reflected in day-to-day operations, as in contributions of local news from members for general dissemination by the agency.

Despite compelling attractions of the co-operative model there is a downside. Co-operative news agency membership tends to be exclusive: full membership of the club is sometimes withheld from certain media (e.g. these may include competitor news media not lucky enough to be founder members, new technology media, 'free' or

<sup>15</sup> Eberhard Neujoks: *Bismarck und das Wolffsche Telegraphenbüro*. In: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, Jg. 14, 1963, 605-616; Rantanen, *Foreign News in Imperial Russia*, 30.

<sup>16</sup> Rantanen, *Foreign News in Imperial Russia*.

<sup>17</sup> Terhi Rantanen: *Howard Interviews Stalin. How the AP, UP and TASS Smashed the International News Cartel*. In: *Roy W. Howard Monographs in Journalism and Mass*

*Communication Research*, No 3, 1994. Bloomington: School of Journalism, Indiana University, 10.

<sup>18</sup> Terhi Rantanen/Elena Vartanova: *News Agencies in Post-Communist Russia: From State Monopoly to State Dominance*. In: *European Journal of Communication*, Vol. 10, No 2, June 1995, 207-220, 214.

<sup>19</sup> Boyd-Barrett/Rantanen, *European National News Agencies*.

'giveaway' media). Secondly, there can be conflicts of interest between agency managers and their hybrid media owners/clients that inhibit the development of entrepreneurship in the cultivation of fresh markets for news agency services. Thirdly, the ownership of a co-operative agency reflects any structural imbalances in its market: this becomes most apparent when the market is dominated by one or two large media groups. These in turn may be controlled by media moguls who like to influence agencies' coverage either directly, or through the particular kind of news demands that emanate from the retail media that the moguls own. Fourthly, although it is not necessarily an intrinsic feature of co-operative agencies, they have sometimes been less than flexible in their pricing structures, tending to operate standard pricing formulae, thus inhibiting the development of variable services for variable needs.

## Modern State Agencies

There is a readily identifiable group of State news agencies in present-day Europe. This group includes three agencies that combine strong international activity with State affiliation: *AFP* (France), *ANSA* (Italy) and *EFE* (Spain). News agencies in central and Eastern Europe are mostly State agencies, even in reconstituted, post-communist times: their problems are not only political and financial, but also organizational and cultural.

It may be useful to make a distinction between an agency of the *State*, and an agency of the governing or ruling *Party*. Some national news agencies that command a measure of international respect, such as *EFE* of Spain, manifest some of the characteristics of *Party* agencies, such that when there is change of government (i.e. of governing party), there is a simultaneous turnover of senior management. A more complete example might be found in the cases of *TASS* in the old Soviet Union, and of *Hsinhua* in China. A State agency, therefore, should perhaps be defined more robustly as one that is owned or financed in whole or in part by the State yet whose personnel, procedures and judgements remain intact despite changes of government. This is perhaps a more promising model, though does not in itself guarantee protection against political interference. That there are mechanisms for such protection, imperfect or otherwise, should be clear from the

developing experiments and experiences of news agencies in Central and Eastern Europe.

There are various potential constitutional checks and balances that affect the way in which the government-agency relationship can be played out. In the case of *ČTK*, the Czech agency, for example, the public organization is directed by a supervisory council that elects the chair person and general manager. The members of the council are appointed by parliament, not government. Council members cannot belong to political parties nor can they have financial interests in media. The constitutional bedrock for *ČTK* is financial independence. The agency owns its own property and the state is not responsible for its liabilities.

In the case of *MTI* (Hungary), by contrast, we have a public service, joint stock agency which is owned and controlled by parliament and which is explicitly a vehicle for state communications and other state-related organizations and industries. The President of the Republic appoints the President of the Corporation. The President of the Corporation cannot be an active politician or senior public official. The agency made a profit in 1998 – 0.6m euro on a total of 100m euro turnover, while reducing staff by 4 percent, engaging in market research, and strategic planning.

Consideration should also be given to attempted structural reforms of agencies such as Mexico's *Notimex*, the Greek *ANA*, Ghana's *GNA*, and indeed of most government-controlled or financed agencies, apart from those of the Arab world and of the poorest countries of Africa (which by choice or necessity remain resolutely State-dependent). The reform-oriented agencies are struggling (some of them under pressure from the International Monetary Fund) to redefine themselves as commercial operations whose needs for State funding, in the public interest, are historically finite.

In the case of Mexico's *Notimex*, the agency's director, Ortiz Pinchetti, upon assuming office in December, 2000, promised that the government news agency would henceforward operate transparently, ready to be held accountable, reflecting the interests of all the peoples of Mexico and their aspirations and, above all, the democratic change through which the country had just passed upon victory of *PAN*, party of the current president of Mexico, Snr Vicente Fox. Pinchetti said that he would transform the agency from one that in its

25 years of existence had served the government almost as though it was a department of government, to one that would be “an authentic agency of the State”,<sup>20</sup> by which he meant an agency that would inclusively represent the nation of Mexico. His promise was supported by the presidential spokesperson, who asserted that *Notimex* would be at the service of all Mexicans, not solely at the service of government as in the past. In interview with Boyd-Barrett in July, 2001, Pinchetti stressed that one means by which *Notimex* could achieve this change of role would be to increase the proportion of revenues that it generated from non-government sources.

Whether this is practicable within a recessionary economic and complex political environment remains to be seen. That the director became entwined, within his first few months, in a controversy that concerned both the alleged use of agency resources for personal promotion and accusations of political patronage directed against the political magazine *Proceso*, were not reassuring. Yet though a national news agency might seem to fall short of goals of editorial independence from political or other influences, this is not the only criterion on which its usefulness may depend, and this broader view should be a consideration in any evaluation of government supported agencies.

## Why State Agencies are Still Needed?

Let us assume a context of accelerating commercialization of the media, one that also includes the deregulation of private media and the privatization of older public service broadcasting institutions, then there is arguably a case for the State support of media outlets which, while they should not be mere puppets of government or State (State information services are available for such a purpose), can be relied upon to provide comprehensive news portfolios whose construction is governed by ‘public interest’ criteria – as opposed to the advertising-determined ‘infotainment’ shenanigans of commercial news media. Such a consideration might have strong resonance in countries such as Tanzania (whose government national news agency,

*Shihata*, finally folded in 1999) where, in the absence of any medium prepared to field a truly national newsgathering network dedicated to urban and rural populations alike, truly ‘national’ news coverage becomes a dream, if not a thing, of the past.<sup>21</sup>

In a news media environment that is increasingly fragmented by the appearance of many new, privately owned, broadcast, Internet as well as print media, whose political interests are either uniformly ‘new economy’ or otherwise lacking in transparency, there is a role for the continuation of government protected national agencies if they can be relied upon to provide a consistent and comprehensive view of government priorities, concerns and positions, as well as news coverage of the entire nation from a public-utility or public-interest point of view. Democracy is not necessarily served when commercial or private media and their particularistic interests are allowed to completely drown the voice of government, State and ‘Nation’.

It is still the case that in many parts of the developing world, local domestic media are insufficient in number and wealth to support any form of privately-owned or co-operatively-based national news agency, other than agencies (usually business or finance oriented) that principally serve non-media markets. If in such circumstances national news agencies are allowed to die, and we have seen this happen, it is to the detriment of the potential for fully comprehensive, urban and rural, national news portfolios. Some States that previously supported national agencies have now reneged on their commitment – sometimes under *IMF* pressure on those government to permit the private sector to assume those activities that, in the view of the *IMF*, are not absolutely essential to government and can be performed on a commercial basis.

Not all previous State efforts have been worth preserving. But the concept of a State-supported public news service such as can be provided by an adequately-resourced national news agency is a worthy one, never more so than when private media are very partial, weak or non-existent as has happened in many post-Communist coun-

<sup>20</sup> Alejandro Caballero/Agustin Vargas: *Exdirectores de la Agencia Mexicana de Noticias Reprueban a Su Actual Titular*, Francisco Ortiz Pinchetti. In: *Proceso*, July 1 2001, 14-19.

<sup>21</sup> Ullamaija Kivikuru: *From State Socialism to Deregulation*. In: Oliver Boyd-Barrett / Terhi Rantanen (eds.): *The Globalization of News*. London: Sage 1998, 137-153.

tries.<sup>22</sup> There is clearly a role here for international governmental and non-governmental organizations to do what they can to nurture comprehensive public-service information mechanisms worldwide.

We have noted several failures of State agencies in recent years (above all in Africa) but also that the form of State ownership overall survives and adjusts (e.g. France after World War Two, Spain after Franco, Central and Eastern Europe after Communism, Mexico after PRI). *AFP*, one of the three major western international news agencies is part-financed by government; the leading Spanish-language regional agency, *EFE*, is government-owned. Government-owned agencies are among the first assertions of national identity in emerging States, as in the Balkans. They are conduits of choice for the expression of national and State voice, heard around the world at times of crisis, sometimes even as sole sources of evidence (consider the *Iraqi News Agency*, *INA*; the news agency of Iran, *IRNI*; or the *Afghan Islamic Press Agency*). The form has persisted throughout the post-colonial transformations of the developing world.

National news agencies are important and privileged sources of news for political, economic and financial institutions.

## Conclusion

The question of State agencies is closely connected with the status of national agencies. In the age of increasing media globalization, it is the national agencies whose role is under threat. Although the threat may be seen as a side-effect of broadly liberating movements, as we saw in the downfall of Communism when the 'Media Curtain' fell, we seriously need to address the question about the functions of national agencies. As Boyd-Barrett<sup>23</sup> has noted, national agencies serve significant functions. They provide affordable services of domestic and international news to national and local media; their news portfolios typically aim to be comprehensive with respect to the representation and interests of the major dif-

ferent constituencies of the nation state. They are important and privileged sources of news for political, economic and financial institutions. They serve as a conduit for services of international news agencies to local, domestic media, and also feed back local and national news to the international news agencies and thus can influence the international representation of their individual nation states. National news agencies are often more driven by goals of public service than of profit maximization. They are often regarded by governments as tools of national development and as vehicles that may offer positive or at least balanced images of their respective countries for international consumption.

A recent UNESCO workshop<sup>24</sup> that brought together executives of developing-world national news agencies, many but not all of which were

government owned or controlled, indirectly initiated the task of re-evaluation of national agencies. It suggested several activities that are proper to national agencies, possibly extending to multi-media strategies. Its recommendations no longer prioritized differentiations between State,

private and co-operative ownership forms as the most critical or relevant lines to be drawn in discussions about future survival. What is more important, in this perspective, is determination of the variety of ways in which functions that are proper to a national news agency are financed and fulfilled. One recommendation acknowledged the particular circumstances of State agencies, by calling for the elaboration of structures of separation between agency operations and political authorities. This would entail willingness on the part of political authorities to maintain subsidies where these are clearly needed to ensure the adequate realization of a national agency's main work, while creating the conditions for both editorial autonomy and agency accountability. A further recommendation stressed the importance of a preservation of mission by each national news agency to serve the information needs of the nation as a whole. This would entail strong commitment to principles of national inclusiveness, accuracy and impartiality, strong enough to ensure that the drive towards self-sufficiency should

<sup>22</sup> Oliver Boyd-Barrett: *Global Communication Orders*. In: W. Gudykunst/W. and B. Mody: *Handbook of International and Intercultural Communication*. 2nd Edition. Thousand Oaks: Sage 2001, 325-342.

<sup>23</sup> Oliver Boyd-Barrett, *Global Communication Orders*.

<sup>24</sup> Oliver Boyd-Barrett: *Final Report of the Workshop on News Agencies in the Era of the Internet*. Paris: UNESCO 2001.

be compatible with the continuing contribution of news agencies to an informational public sphere of great diversity and quality.

**I**n this situation, when national news agencies are challenged by increasingly global competition we feel that it is now time to re-evaluate government ownership of news agencies, to try

and understand how and why the form has survived, to assess it in relation to problems of credibility, certainly, but also to the full range of functions that many such agencies serve for domestic and international clients, among them the media, and financial, business, diplomatic and intelligence institutions, and other departments of State.

**Dr. Terhi RANTANEN (1953)**

Since January 2000 Director of the MSc Global Media and Communications Programme at London School of Economics and Political Science; Docent at the Department of Communication at Helsinki University. Main research interests include global and national news agencies in international communications.

**Dr. Oliver BOYD-BARRETT (1945)**

Since 2001, Professor at the Department of Communications, California State Polytechnic University, Pomona. Was previously Director of the MA in Mass Communications at the Centre for Communication Research, University of Leicester (U.K.). Main research interests include the globalization of media, international communications, national and international news agencies.

---

# Kent Cooper – News Visionary

A portrait written by Stephen H. Miller

When Kent Cooper became general manager of *The Associated Press (AP)* in 1925, the *AP* was 83 years old and already the world's oldest news agency. When he retired 23 years later, he had transformed not only the *AP* but also reshaped postwar international journalism itself. More than any other single person, Kent Cooper was responsible for the now-familiar free flow of news between countries and continents, as free from improper influence and special interests as professional journalists can make it.

Soon after he joined the *AP* in 1910, Cooper became a critic of the cartel which in those years governed international news coverage. The news agencies *Reuters* of England, *Havas* of France and *Wolff* of Germany had divided the world into relatively exclusive spheres of influence. The *AP* itself participated in the system, receiving its foreign news from the cartel and paying for it with its American news and with money.

The cartel system saved everyone the cost of collecting their own news from foreign countries, but Cooper felt it restricted the international news business and equally importantly, that it distorted the views people and nations had of each other. Foreign news reached the *AP*, for example, only after editing and selection in Paris or London. What was delivered to New York often reflected European business interests and politics as well as varying ideas of what was news, Cooper thought.

Europeans received only the American news the cartel chose to relay. And after World War I, all states bordering Germany were allowed to have only news agencies controlled by *Reuters* or *Havas* or both. It was a journalistic "*cordon sanitaire*" which reflected the international politics of the day.

Cooper successfully confronted the cartel system in 1934, winning the right for *AP* and other news

agencies to deal directly with each other and provide their own independent foreign news coverage as they saw fit. In the years that followed, Cooper continued to campaign for independent international news coverage, free from the influence of governments and special interests.

As World War II ravaged Europe, Cooper argued that when it was over, the victors should ensure that the old international agency system was replaced with one capable of reporting "*true and unbiased news*", that each country should have at least one news agency free of government influence or conflicting business interests, and that all should be free to work with each other however they wanted.

Today's *APA (Austria Presse Agentur)* is one reflection of Cooper's dream of a better postwar world, as is the universe of open and competing news agencies now so familiar to us all.

Cooper further changed the face of news agency journalism by introducing radical changes in his own *AP* which modern journalists have long since taken for granted. It was Cooper who first allowed bylines in the *AP*, honoring the authors of special stories. It was Cooper who introduced specialized writers for science, medicine, religion, literature, even Hollywood. Cooper introduced pensions for *AP* employees, and medical insurance. He introduced the widespread use of the legendary Teletype news printer. And although many told him it could never work, he began electronic transmission of news-photos.

Kent Cooper had brought about immense change by the time he retired in 1948. But throughout his long career he held close the principle of what he called "*true and unbiased news – the highest moral concept ever developed in America and given the world.*"

Stephen H. MILLER (1942)

Berlin Bureau Chief and Director of *AP Central European Operations*; 1965 political science graduate of Earlham College in Richmond, Indiana; since 1966 joining *The Associated Press*; 1969 *AP's* business news operations in New York before named West Berlin correspondent in 1977.

# Alfred Geiringer

A portrait written by Michael Nelson

Alfred Geiringer was born in Vienna on May<sup>9</sup> 1911. His father kept the art deco Café Geiringer in the 20<sup>th</sup> *Bezirk* of Vienna. He was a distant cousin of the composer Gustav Mahler. In 1933 Geiringer first dipped his fingers in printer's ink by working as a stringer for a number of British and American newspapers, including the *News Chronicle* and the *New York Times*. The young journalist joined *Reuters* as assistant to the Chief Correspondent in Vienna in 1937.

*Reuters* Vienna office had incurred the wrath of Hitler and when the Germans invaded the young man faced certain imprisonment because he was Jewish and because of his views. He escaped to London in March 1938 in the boot of the car of *Reuters* Chief Correspondent, Christopher Holme. He had a brief spell with *Reuters* in London in 1939/1940 and then again in 1942. In 1945 he became European Editor and then Assistant European Manager. He played a leading role in the re-establishment of *Reuters* in Europe after the Second World War and in the restructuring of national news agencies. Before the war many news agencies, which *Reuters* used as their agents, were government-controlled or subsidised. *Reuters* new policy was wherever possible to distribute their news through independent national news agencies like the *Austria Presse Agentur (APA)*, and in many cases worked to set them up. Geiringer was an inveterate fighter for freedom of information and believed that news agencies owned by the media would serve his ideals in a way which was impossible where governments played a role.

*Reuters* and the world of information would be different places today if Alfred Geiringer had not worked in *Reuters*. Until the Second World War *Reuters* base was the British Empire. With the dissolution of that Empire, *Reuters* might well have disappeared in the face of American competition. The American competitors had a home base in the US of 1,700 daily newspapers to underwrite their costs. *Reuters* home base in the UK was a mere 58 newspapers.

Geiringer knew that if *Reuters* were to survive they had to find new sources of revenue. He believed passionately that supplying news to business could be that source of revenue and

ensure the survival of the organisation he so loved. When in 1952 he was made head of *Reuters Commercial Services* – known also as *Comtel-buro* and *Reuters Economic Services* – it was the poor relation of the organisation.

Derek Jameson, then a duty editor in the privileged general news services, and later to become Editor of the *London Daily Express*, described in his autobiography what happened when Geiringer's staff tried to get use of the newswires. Jameson says he would tell them, for example, that the Italians had just formed their 29<sup>th</sup> postwar government. There was no room for all that stock market rubbish. Soon the new head of *Reuters Commercial Services* had earned enough money to be able establish revolutionary long-wave radio communications in Europe and stock market prices were no longer delayed by the vagaries of the world of politics.

AG, as he was always known, fought for his staff and services up and down the floors of the headquarters of 85 Fleet Street. His voice could be heard booming as soon as a passenger got out of the lift. And he engendered an enthusiasm and excitement which made his staff proud to work with him. By the time he left in 1958 they were holding their heads high.

Geiringer's greatest contribution to *Reuters* was in recruiting staff. He knew that if *Reuters* were to survive he had to recruit and train a new generation of young men and women graduates as specialist journalists and managers. *Reuters* had started recruiting graduates as trainee foreign correspondents for their general news services in 1947 through the Cambridge University Appointments Board. But none of these men were assigned to the commercial services. University Appointment Boards were not for the unorthodox Austrian. He recruited from any source that might produce talent. A young man, fresh out from Australia, called Glen Renfrew, dropped into *Reuters* London headquarters at 85 Fleet Street one day in 1952 and asked the front hall porter if there were any jobs going. The porter said there was a man called Geiringer who seemed to be interviewing a lot of people. He rang his secretary, she consulted her boss, who said he would see the young Australian. Renfrew ex-

plained his qualifications, which included good languages. "What do you most want to do in your life" he was asked. "Sail alone across the Atlantic", he replied. "You're hired", said Geiringer. Three decades later Renfrew was appointed chief executive of *Reuters*.

Alfred Geiringer put the recruits to work on the business news desks in London for a couple of years, at first as clerks tabulating market quotations and then as sub-editors. In most cases he then sent them abroad to run small offices, where they combined all the jobs of journalism, selling and managing. When financial and commodity markets opened up in the sixties and computers started to appear in financial institutions, *Reuters* alone of the international news agencies had staff who could see the opportunities and who had the know-how to go ahead and exploit them. And the staff had, with great foresight, been recruited and trained by Geiringer a decade earlier. When he took charge of *Reuters Commercial Services* in 1952 *Reuters* had revenues of £1.4 million, which were tiny compared with competitors. Today they are £3.59 billion, which makes *Reuters* the largest news organisation in the world.

Dale Carnegie would have been proud of him. The power of positive thinking dominated his life. The best example was in the late fifties when *Reuters* wrongly reported the British Petroleum

dividend. The three London evening newspapers had banner headlines reporting *Reuters* error and the chaos which ensued on the stock market with millions of pounds lost and gained. The next morning Geiringer summoned his senior executives to a meeting. All awaited the rolling of heads of those responsible for the terrible error. But Geiringer conducted no inquest. All he said was: "If the financial community depends so much on *Reuters* service that it can gain and lose millions on the strength of one *Reuters* error, we are clearly not charging enough. Subscriptions to the London financial teleprinter service will be increased by a third forthwith."

They were increased, no subscribers cancelled and the added revenue went straight through to *Reuters* bottom line.

Resilience was Geiringer's greatest characteristic. When he left *Reuters* and, with great courage, founded *Universal News Services*, a public relations newswire, and went into other business ventures, time and again he bounced back from adversity.

Lord Layton, Chairman of the *News Chronicle*, and his wife sponsored him to the British government so that he could stay in Britain when he fled Austria. He married their daughter, Margaret, and they had four daughters. Margaret died in 1962 and twenty years later he married Wendy Dunning. Alfred Geiringer died on January<sup>5</sup> 1996.

#### Michael NELSON (1929)

General Manager of *Reuters*, from 1976 to 1989; 1958 MA in Modern History; since 1952 joining *Reuters*; from 1962 to 1974 Manager of *Reuters Economic Services*; 1981-1989 Deputy Managing Director of *Reuters*; since 1999 External Examiner for the MA degree in Journalism at the University of Sheffield.

## „Networking ist das Geheimnis unserer Arbeit“

Prof. Johann P. Fritz, Direktor des *International Press Institute (IPI)*, im Interview mit Edith Dörfler und Silvia Nadjivan am 26.11.2001

*Vor 51 Jahren – 1950 – wurde das International Press Institute (IPI) gegründet. Unter den 45 anwesenden Chefredakteuren waren 15 internationale Vertreter, einer von ihnen Oskar Pollak, Chefredakteur der Arbeiterzeitung. Heute sind 115 Nationen mit fast 2.000 Mitgliedern im IPI vertreten. Seit 1993 befindet sich der Hauptsitz dieser internationalen Organisation in Wien.*

**medien & zeit:** Welche Motivation stand hinter der Gründung des IPI 1950?

**Johann P. Fritz:** Damals war der Eindruck des Kalten Krieges vorrangig für alle, die zur Gründung kamen. Es ging in erster Linie um den *Free Flow of Information*, der total unterbrochen war. Eine Hälfte der Welt war quasi abgetrennt. Wenn man versuchte, von dort irgendwelche Informationen zu bekommen, wurde das als Spionage ausgelegt und nicht als reine Informationstätigkeit, wie man sie eben im Journalismus braucht. Die zweite Motivation war die Verteidigung der Rede- und Meinungsfreiheit; im erweiterten Sinn dann die Verteidigung der Pressefreiheit, vor allem in den Ländern der Dritten Welt. Das war die Ausgangsposition im Jahr 1950.

**medien & zeit:** Welche Ziele wollte man damals erreichen?

**Johann P. Fritz:** Der Aufbau eines Netzwerks war eines der obersten Ziele. Es existierten damals einige Konfliktbereiche: In Bezug auf Nachrichtenagenturen beklagten die Dritte-Welt-Staaten ein *News Agency Gefälle*, einen Mangel an wirklichem Austausch von Informationen. Es wurde von ihnen mit Berechtigung konstatiert, daß fast alle Informationen zu diesem Zeitpunkt von drei oder vier großen Nachrichtenagenturen gemagt wurden, was zur Folge hatte, daß Nachrichten aus der Dritten Welt großteils unerwähnt blieben.

Der zweite Streitpunkt war natürlich die Förderung der Entwicklung von Medien in der Dritten

Welt. Die Politik meinte, die *UNESCO* müßte sich in erster Linie um die Finanzierung und um den Aufbau von Medien kümmern, hier gab es wieder große Auseinandersetzungen. Medien, die von staatlicher Seite aufgebaut werden und wurden, sind für uns keine *freien Medien*, sondern Propagandainstrumente und werden auch genau als solche geführt.

Die Dinge waren damals wirklich sehr, sehr kompliziert, und daher war es notwendig, daß sich auch die Chefredakteure engagierten. Auch deshalb, weil es damals im Medienbereich nur drei weltweit agierende Organisationen gab. Da war die *Internationale Journalisten-Gewerkschaft*, geteilt in eine westliche und eine östliche Gruppe; den *Internationalen Verlegerverband* gab es nur im Westen, und auch die internationalen Nachrichtenagenturen hatten ihre gemeinsame Organisation. Es fehlten aber die Chefredakteure, diejenigen also, die wirklich das Sagen darüber haben, was im Blatt steht und was nicht aufgenommen wird. Die Chefredakteure meinten schließlich: „*Warum schließen wir uns nicht zusammen und werden selbst aktiv?*“

**medien & zeit:** Wie definieren Sie unabhängigen Journalismus?

**Johann P. Fritz:** Im Wesentlichen ist man unabhängig, wenn man weder einer Partei noch einer gesellschaftlichen Gruppierung und schon gar nicht einer Regierung hörig ist, sondern wenn man ein journalistisches Konzept hat, mit dem man auf den Markt geht. Diesem journalistischen Konzept muß man treu sein, und es muß sich nach den Grundsätzen des fairen und objektiven Journalismus umsetzen lassen. Wenn diese Faktoren zutreffen, dann könnte man so ein Medium als *relativ unabhängig* bezeichnen. Die Einschränkung auf *relativ* muß ich machen, denn zu den üblichen Faktoren der Einflußnahme kommen noch die Marktzwänge, der Druck der Inserenten, der Druck des Eigentümers, etc. Dann gibt es noch die Zwänge, einem Marketingkonzept folgen zu müssen. *Unabhängig* ist also einerseits schwer zu definieren, andererseits ist aber das

Schöne daran, daß jeder weiß, was damit gemeint ist, und man auch wirklich rasch erkennt, wenn ein Medium nicht unabhängig ist.

**medien & zeit:** *Unabhängigkeit vom Staat, zum Beispiel bei Agenturen, muß also nicht unbedingt journalistische Unabhängigkeit bedeuten; Oliver Boyd-Barrett wies beispielsweise in einem UNESCO-Workshop über Nachrichtenagenturen (2001) darauf hin, daß in manchen Fällen staatliche Unterstützung zumindest das Überleben der nationalen Agentur sichert. Wie ist Ihre Meinung dazu?*

**Johann P. Fritz:** Bei Agenturen könnte ich mir eventuell sogar vorstellen, daß diese Aussage zutrifft. Weil Nachrichtenagenturen ein Geschäft sind, das sich insbesondere auf nationaler Ebene mit sehr breiten Meinungsströmen identifizieren muß und es nur selten einen privaten Eigentümer gibt, der sich so eine breite Meinungsvielfalt leistet. Eine Ausnahme sind genossenschaftlich organisierte Agenturen, da ist natürlich dieses breite Meinungsspektrum vorhanden, weil sie eben alle Zeitungen des Landes mit vielen verschiedenen Meinungen reflektieren.

Die Geschichte lehrt uns leider, daß Politik, wo immer sie ansetzt und in welcher Form auch, ob als Regional- oder als Lokalbehörde oder als nationale oder internationale Institution, immer im Widerspruch zur freien Meinungsäußerung steht. Politik will immer Propaganda und nicht ehrliche, offene Meinungsäußerung.

**medien & zeit:** *Die Verletzung von Pressefreiheit ist kein Privileg von Diktaturen. Wie Sie im IPI Newsletter vom Oktober schreiben, versucht beispielsweise das amerikanische State Department direkten Einfluß auf die Berichterstattung der Voice of America auszuüben. Wie deckt man solche Verletzungen eigentlich auf, und wie reagiert man?*

**Johann P. Fritz:** Nur mittels *Networking* ist dies möglich. Heute kann die Analyse einer Verletzung der Pressefreiheit und eine weltweite Öffentlichmachung unheimlich schnell gehen. Dies fürchten Politiker auch am meisten. Und die Geschwindigkeit ist auch das Geheimnis des Erfolgs unserer Arbeit. Sie gibt den Leuten an Ort und Stelle eine gewisse schützende Aura im Sinne von „*the world is watching*“. Wichtig ist, daß schon am nächsten Tag in den Medien eine Notiz dazu erscheint, und das nicht nur in einer

Zeitung, sondern von Japan angefangen bis zu den USA und von der *Neuen Zürcher Zeitung* bis zur *FAZ* – also in vielen Tageszeitungen weltweit.

**medien & zeit:** *Welche Mittel zum Agieren und Intervenieren stehen dem IPI zur Verfügung?*

**Johann P. Fritz:** Die Mittel unserer Arbeit sind sehr vielfältig. Am wichtigsten sind zum Beispiel offizielle Proteste auf nationaler und internationaler Ebene. Aber auch das Mitwirken an Gesetzesreformen bzw. neuen Formulierungen können wir durch den Status der Akkreditierung in der *UNESCO*, in den *United Nations*, im *Council of Europe* und in der *OSCE* mit Begutachtungen und Initiativen, welche die Medien betreffen, erreichen.

Das zweite Betätigungsfeld liegt im nationalen Bereich, wo es darum geht, den jeweiligen Vertretern der Medien zu helfen, sobald ein neues Gesetz von der Regierung vorbereitet wird. Da werden wir oft kontaktiert und um Rat gefragt.

Das dritte Aktionsfeld von *IPI* betrifft die Berichterstattung aus Krisenregionen. Wenn sich etwa Korrespondenten in feindliches Gebiet wagen, wo sie nicht hin sollten oder sogar den Fehler machen, sich militärischen Verbänden anzuschließen und dabei gefangen genommen werden, dann müssen wir versuchen, sie mit geheimer Diplomatie, mit Hintergrundaktivitäten herauszuholen. Solche Aktionen können wir nicht publizieren, denn dann wäre beim nächsten Ernstfall nichts mehr zu erreichen.

Eine weitere Aufgabe des *IPI* ist die Unterstützung von Journalisten bei Anklagen, oder wenn sie bereits im Gefängnis sind. Sie brauchen, besonders in afrikanischen Ländern, oft Geld für einen Anwalt oder für eine Kaution, und hier kann man bereits mit 1.000 bis 1.500 Dollar einem Journalisten die Freiheit wiedergeben.

Ein anderes Problem besteht, wenn zum Beispiel in Dritte-Welt-Staaten Journalisten vom Präsidenten oder dem Regierungschef angeklagt werden. Da traut sich meistens kein lokaler Anwalt, die Verteidigung zu übernehmen, weil er sonst selbst auch in Gefahr gerät, verfolgt zu werden. Hier nutzen wir die Partnerschaft mit der *International Commission for Jurists* in Genf, um eine anwaltliche Vertretung zu ermöglichen.

**medien & zeit:** Können Sie einen kurzen Überblick über den derzeitigen Stand der Pressefreiheit weltweit geben?

**Johann P. Fritz:** Wir publizieren seit 40 Jahren den *World Press Freedom Review*, also ein Weißbuch über den Zustand der Pressefreiheit in diesen Ländern. Von den 184 UNO-Ländern stehen ungefähr 157 am Index. Die Pressefreiheit wird also fast überall verletzt, auch in den USA, in Österreich, in Deutschland. Es kommt immer wieder zu Auseinandersetzungen, und man muß ständig wachsam sein.

Geopolitisch gesehen, hat sich nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks viel geändert. Obwohl nun ganz neue und andere Probleme aufgetaucht sind, ist es dennoch ein gewaltiger Unterschied zwischen der heutigen Situation und der damals herrschenden *Un-Freiheit*, wo bereits ein kritisches Wort dazu geführt hat, daß man im Gefängnis gelandet ist.

In etwa einem Drittel aller Staaten gibt es auch heute noch keine Pressefreiheit und das reicht von Afghanistan bis Saudi Arabien, vom Irak bis zum Sudan usw.

In einem weiteren Drittel von Staaten gibt es zwar schon ansatzweise Pressefreiheit, aber sie macht nur langsam Fortschritte. Gerade in diesen Übergangsländern haben wir auch die meisten Opfer unter den Journalisten.

Im letzten Drittel von Staaten, den industrialisierten, demokratischen Ländern, gibt es zwar Pressefreiheit im üblichen Sinne, aber sie wird mit „sophisticated means of suppression“, mit überspitzten und feingesponnenen juristischen Methoden verfolgt. Gerade in den westlichen Demokratien werden die Fälle der Verletzung der Pressefreiheit immer unangenehmer, da sich die Politiker ganz neue Methoden – wie wirtschaftliche Repressionen – zugelegt haben, mit denen sie die Medien gefügig machen wollen. Hinzu kommt ein neues Phänomen: Immer öfter wird sogenanntes *totes Recht* – veraltete Gesetze – aufgegriffen und gegen Journalisten angewandt. Dahinter steht natürlich der Fehler von nationalen Journalisten- und Verlegerverbänden, die nicht darauf bestehen, daß *totes Recht* auch wirklich abgeschafft wird.

**medien & zeit:** Wenn Sie über die Arbeit des IPI Bilanz ziehen: Wie hat sich diese in den letzten Jahren verändert?

Anläßlich des 50jährigen Bestehens des IPI haben wir unsere vor 50 Jahren ausgearbeiteten Statuten und Zielsetzungen analysiert, überarbeitet und dem heutigen Stand unserer Gesellschaft angepaßt. Da wurden ganz wichtige Dinge korrigiert, wie zum Beispiel daß Internet-Medien Mitglieder des IPI werden dürfen. Oder *Equal Opportunities for Women*, also die Förderung der Positionen von Frauen in den Medien.

Und die von Anfang an bestehende Absicht, daß der Vorstand alle Kontinente reflektieren muß und nicht ein Übergewicht der westlichen Länder bestehen darf, wurde erneuert. Durch diese Diskussionen ist die Struktur insgesamt auch kulturell dynamischer und offener geworden.

Der nächste Schritt war eine Bilanz darüber, was wir erreicht haben und was noch offen ist.

Im Bereich Training waren wir in den 60er Jahren in Asien und Afrika sehr aktiv. Mit der Zeit hat das IPI allerdings erkannt, daß solche Aufgaben von spezialisierten Instituten, wie Foundations oder Universitäten, viel besser wahrgenommen werden können, sodaß wir unsere Ressourcen nun anders investieren. Heute stehen wir in der Dritten Welt vor allem mit Aufklärung, Rechts-hilfe, Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und Begutachtungen zur Verfügung.

Im Westen wollen wir verstärkt mit Seminaren zu ganz spezifischen Themen, wie etwa Berufsethos oder redaktionelle Unabhängigkeit, präsent sein. Aus diesen Erkenntnissen können dann neue logistische Aufgaben abgeleitet werden.

**medien & zeit:** Das IPI ist als NGO auf finanzielle Unterstützung von Institutionen und Unternehmen angewiesen. Wie groß ist die Bereitschaft dieser Stellen, auch in Zeiten einer nicht allzu florierenden Wirtschaft, den Kampf des IPI für Pressefreiheit zu fördern?

**Johann P. Fritz:** Das IPI lebt im Grunde von den Mitgliedsbeiträgen, spricht vom einzelnen Chefredakteur. Es ist also eine Personen-Mitgliedschaft. Man nimmt seine IPI-Mitgliedschaft auch mit, wenn man zu einem anderen Medium wechselt. Es geht also um die Person und um ihre persönliche Einstellung zum Thema Pressefreiheit.

Die relativ teuren Mitgliedsbeiträge (900 Schweizer Franken [ca. ATS 7.500,-] im Jahr) sind die Grundfinanzierung des IPI.

Es gibt daneben noch Veranstaltungen, wie den jährlichen Weltkongreß, wo wir Gebühren ver-

langen. Und dann gibt es noch die Spenden für den *Press Freedom Fund*.

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung spielt auf jeden Fall auch bei *IPI* eine Rolle. Das heißt, wenn etwa die Medien, so wie jetzt, in einer schwierigen Phase sind, können Chefredakteure nicht mehr soviel reisen, kommen weniger zu Konferenzen, die Einnahmequelle aus Konferenzbeiträgen geht also zurück. Nationalkomitees leisten weniger *Press Freedom Fund*-Beitrag, usw.

Unser sieben Mitarbeiter umfassendes, hochspezialisiertes Team kann aber in Krisenzeiten nicht einfach reduziert und dann im nächsten Jahr wieder aufgestockt werden. Wir sparen daher auf anderen Ebenen, zum Beispiel weniger Reisen, weniger Mitwirkung bei internationalen Konferenzen etc. Die Abhängigkeit von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage ist also auch für Institute wie das *IPI* ein Faktor.

*medien & zeit*: Wie kam es dazu, daß nach London Wien zum Hauptsitz des *IPI* wurde?

**Johann P. Fritz**: Wien ist aus einer geopolitischen Überlegung heraus Hauptsitz geworden, da zu diesem Zeitpunkt eben Osteuropa gerade geöffnet wurde und man gemeint hat, daß Osteuropa von Wien aus gut aufgearbeitet werden kann. Außerdem war die österreichische Regierung damals bereit, das *IPI* als internationale Organisation anzuerkennen und auch die entsprechenden Privilegien einer internationalen Organisation zu gewähren. Diese drei Argumente haben dann auch den Vorstand überzeugt.

Die Tatsache, daß das Institut seinen Sitz in Wien hat, ist für Österreich eine ganz große Chance. Jedem Medienmitarbeiter, der ein Problem hat, fällt automatisch Wien, Österreich und das *IPI* ein. Das hat psychologisch und imagemäßig ungeheure Bedeutung für Wien und für dieses Land.

*medien & zeit*: Wir danken für das Gespräch.

Prof. Johann P. FRITZ (1940)

Wirtschaftsstudium in Österreich und in den USA;

1970 - 92 Geschäftsführer der Tageszeitung *Die Presse*, sowie 1975 - 83

Geschäftsführer der *Kabel TV* Wien; daneben Mitarbeit in verschiedenen

nationalen und internationalen Medienverbänden. Seit 1992 Direktor des *International Press Institute (IPI)*. Im März 2000 Verleihung des Berufstitels

Professor.

---

## Rezension

HANNES HAAS: *Empirischer Journalismus. Verfahren zur Erkundung gesellschaftlicher Wirklichkeit*. Wien; Köln; Weimar: Böhlau Verlag 1999. 610 Seiten.

Die kommunikationswissenschaftliche Forschungspraxis wird seit gut zwei Jahrzehnten von „empirischen Studien“ bestimmt. Im allgemeinen Verständnis sind dies Untersuchungen, die die Methoden der empirischen Sozialforschung anwenden: Inhaltsanalyse und Beobachtung, Befragung und Experiment. Vor allem die quantitativen Methoden haben sich durchgesetzt: Zählen und Messen mit ausgefeilten Instrumenten, die Wiederholbarkeit und Überprüfbarkeit, Verlässlichkeit und Verallgemeinerungsfähigkeit sicherstellen und subjektive Einschätzungen ausschalten sollen. Sowohl bei der Beschaffung als auch bei der Auswertung der Daten werden immer subtilere Verfahren eingesetzt, die nur noch wissenschaftliche Feinmechaniker beherrschen.

Hannes Haas will mit seinem umfangreichen Werk die Datenberge der quantitativen Journalismusforschung nicht noch weiter anschwellen lassen. Er begreift „Empirischen Journalismus“ umfassend als Erkenntnisssystem moderner Gesellschaften und stellt seine Studie damit in die Tradition des philosophischen Empirismus. Sein Ziel ist es, „die Qualität journalistischer Verfahren, deren Quellen und Entwicklung sowie ihr Leistungspotential und damit das Leistungspotential des Journalismus zu analysieren“ (S. 14). Als Gegenstand der Analyse hat er journalistische Methoden gewählt, die Formen und Muster, die Qualität der Recherche, ihre Umsetzungs- und Präsentationsstrategien. „Im Mittelpunkt stehen die Thematisierung sozialer Wirklichkeit, die Verfahren ihrer De- und Rekonstruktion und das in allen Medien existente Genre der großen Reportage“ (S. 16). Der Verfasser favorisiert ein inter- und transdisziplinäres Vorgehen, wobei er Soziologie, Wissenschaftstheorie, Literaturwissenschaft, Ethnologie, Anthropologie und Kunsttheorie als Referenzdisziplinen benennt.

Die Studie beginnt mit einer Darstellung der Wechselwirkungen zwischen Journalismus und Wissenschaft. Sie folgt dabei dem Konzept gegenseitiger Beeinflussung, wie es Lepenies an Bei-

spielen der Wissenschaftsgeschichte entwickelt hat. Während dieser insbesondere auf die Interdependenzen zwischen Literatur und Sozialwissenschaft abhebt, verweist Haas auf die engen historischen Entwicklungszusammenhänge zwischen literarischen, sozialwissenschaftlichen und journalistischen Formen und Zugriffsweisen auf die soziale Wirklichkeit. Die zentrale Ausgangsthese lautet: „Empirischer Journalismus ist als Gesellschafts- und Kulturleistung zu sehen“ (S. 21).

Die Nähe zwischen Sozialwissenschaft und Journalismus wurde programmatisch vor allem in der amerikanischen Fachliteratur betont. Erst in den letzten Jahren geschieht dies verstärkt auch im deutschen Sprachraum. Einer der Anstöße davon kam von der soziologischen „Verwendungsforschung“, die allerdings neben dem „Transfer“, den Haas herausstellt, vor allem die „Transformation“ – schärfer gesagt: die Metamorphosen – der produzierten sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse betont. Verdienstvoll ist, daß der Verfasser die Nähe journalistischer und anthropologischer Zugangsweisen herausarbeitet.

Während das Eingangskapitel sozusagen Appetithäppchen bereitstellt, liefert Kapitel 2 einen Überblick über die neue Journalismusforschung. Am Beginn werden sehr knapp einige „Supertheorien“ vorgestellt, die die sozialwissenschaftlichen Grundsatzdiskussionen der letzten Zeit bestimmen haben. Hier hätte man sich eine eingehende Darstellung der Systemtheorie Luhmannscher Provenienz und der Theorie des verständigungsorientierten kommunikativen Handelns von Habermas gewünscht, da die Auseinandersetzung mit diesen gesellschaftstheoretischen Entwürfen für die weitere Argumentation der Arbeit von zentraler Bedeutung ist. Der Verfasser zeigt starke Sympathien für die kulturwissenschaftliche Tradition der Cultural Studies, die im deutschen Sprachraum erst mit Verspätung rezipiert worden ist. Für die journalistische – und zum Teil auch für die wissenschaftliche – Verfahrensweise favorisiert er im Anschluß an Lévi-Strauss den Begriff des „Bricoleurs“, des Bastlers, um verschiedene Formen des Wirklichkeitszugangs unkonventionell zu verbinden.

Bei der Darstellung der Schulen und Positionen der Journalismusforschung demonstriert Haas

eine beeindruckende Kenntnis der neueren Literatur, die er kompetent und problembewußt auswertet. An manchen Stellen verfährt er allerdings lediglich additiv, wenn er konträre Positionen wie an einer Kette aufreht. Die Einordnung und Bewertung folgt nicht selten neueren Gesamtdarstellungen, insbesondere der Dissertation von Baum. Es ist gewiß sinnvoll, bedeutsame Stellen im O-Ton des Zitats zu präsentieren – das geschieht allerdings in einigen Unterkapiteln so häufig, daß die eigene Einordnung darunter leidet. Vor allem in den Abschnitten über die Ethik-Debatte und den Radikalen Konstruktivismus hätten auch einschlägige Beiträge theologischer bzw. sozialphilosophischer Provenienz einbezogen werden können.

Bei der Behandlung der journalistischen Berufsrollen und Berichterstattungsmuster plädiert der Autor für historische Tiefensicht, und er löst seine Forderung selbst immer wieder mit einleuchtenden Beispielen aus der Geschichte ein. Eine stärkere Unterscheidung zwischen den Traditionen im deutschsprachigen und im US-amerikanischen Raum wäre manchmal allerdings angebracht gewesen. Nur ein Beispiel: Das Konzept des Informationsjournalismus (Objective Journalism) ist nicht erst im 19. Jahrhundert in Amerika gezeugt und geboren worden – es ist vielmehr ein mitteleuropäisches Kind des 17. und 18. Jahrhunderts, wie an der Nachrichtenpresse in Deutschland leicht nachgewiesen werden kann. Auch bezüglich des interpretativen Journalismus zeigen sich transatlantische Zeitverschiebungen, die mit den ganz unterschiedlichen kommunikativen Rahmenbedingungen zusammenhängen.

Nach diesen Vorspeisen folgt das Hauptgericht. Das dritte Kapitel gilt zunächst der Herausarbeitung des für die vorliegende Studie maßgeblichen Empirie-Begriffs. Seine zentrale Position wird auch durch den Umfang deutlich: Mit 169 Seiten nimmt es fast die Hälfte des gesamten Textteils ein. Es beginnt mit einem Überblick über die Geschichte des Reisens. Erst auf den nächsten Seiten wird der Stellenwert dieser Passagen deutlich: Die Reisebeschreibungen der beginnenden Neuzeit lassen sich als frühe Formen empirischer Gesellschafts-, Volks- und Staatsbeschreibungen lesen. Unter dem Gattungsnamen „Apodemik“ folgten sie genau festgelegten Beobachtungs- und Beschreibungsschemata. Im Anschluß an die einschlägigen Untersuchungen der Salzburger Kultursoziologen Stagl und Rassem und an zwei

Wiener Diplomarbeiten von Cepe und Raup interpretiert Haas die Apodemik als Vorläufer und Impulsgeber „zu literarischen Reiseberichten, sozialwissenschaftlichen Vorgehensweisen [...] sowie zu journalistischen Methoden der Recherche“ (S. 118). Als weitere Meilensteine der „Entdeckung des Empirischen“ werden dann die Medien und Kommunikationsformen der Aufklärung und die literarisch-publizistischen Beschreibungen der großen Metropolen behandelt. Am Beispiel von Pezzls „Skizze von Wien“, zwischen 1786 und 1790 in sechs Heften erschienen, zeigt der Verfasser anschaulich die Symbiose von exakter Recherche, präziser Beobachtung und einfühlsamer Beschreibung sozialer Realität im josephinischen Wien.

Nach diesen Streifzügen durch Literatur und Publizistik wird „Die Erforschung des Empirischen“ ins Visier genommen. Im Rückgriff auf die Vor- und Frühgeschichte der Soziologie macht Haas plausibel, daß Techniken wie Befragung, Beobachtung und Autopsie literarisch-publizistischen Analyse- und Beschreibungsverfahren ebenso zugrunde lagen wie frühen Formen der sich langsam herausbildenden wissenschaftlichen Soziologie. Beispiele aus der Wissenschaftsgeschichte belegen, daß die Rollen des Sozialforschers und des Sozialreporters häufig in enger Kombination auftraten. Dabei konzentriert sich der Verfasser insbesondere auf die Chicago School of Sociology um Robert E. Park und die frühe Wiener Sozialforschung um Paul F. Lazarsfeld. Beide „Schulen“ haben – mit unterschiedlichen Akzenten – ein empirisch-induktives Vorgehen favorisiert, qualitative und quantitative Methoden kombiniert und die Nähe zur Sozialreportage gepflegt.

Unter der Überschrift „Die Beschreibung des Empirischen“ folgt dann ein Gang durch die literarische Publizistik seit der Aufklärung. Namen wie Wekhrin, Forster, Rebmann, Seume, Laube, Weerth, Heine und Börne stehen für den Typ des Literaten-Journalisten. Für die Umbruchzeit des Vormärz hätte allerdings Karl Gutzkow, der nur einmal kurz erwähnt wird, stärkere Beachtung verdient: Mehr als Laube und Heine, den der Verfasser zu Recht als „Sonderfall“ bezeichnet, kann Gutzkow geradezu als Phänotyp des „Zeitschriftstellers“ angesehen werden. Auch seine Romantheorie („Roman des Nebeneinanders“) und ihre Umsetzung in den großen Zeitromanen „Die Ritter vom Geiste“ und „Der Zauberer von Rom“ finden leider keine Beachtung. Enger

Zeitbezug, intensive Milieustudien, sozialkritischer Ansatz, Verknüpfung mannigfacher journalistisch-literarischer Formen, Simultaneität und angestrebte Universalität – all dies kann man hier finden. Gutzkow, der in seinem wechselvollen Leben mehr als Altmeister Goethe veröffentlicht hat, ist neu zu entdecken.

Ungewohnte Aspekte bringt der Verfasser in die Diskussion, indem er neben Literatur, Journalismus und Sozialwissenschaft auch die Fotografie zu den „*erkenntnisschaffenden Systemen*“ zählt (S. 218). In einem Schnelldurchlauf durch die Geschichte dieses Mediums skizziert er die wichtigsten Entwicklungsschritte der sozialdokumentarischen und sozialkritischen Fotografie. Der Stellenwert dieses Abschnitts wird erst klar, nachdem die Formen und Verfahren der Reportage eingehend behandelt worden sind. Das breite Quellenmaterial, das der Verfasser auswertet, enthält manche (Wieder-)Entdeckungen. Als Beispiel seien nur die Amerika-Reportagen Maria Leitners genannt, die zwischen 1926 und 1928 achtzig Rollenrecherchen durchgeführt hat. Neben dem „*Klassiker*“ Egon Erwin Kisch gilt das besondere Interesse des Autors dem Wiener Sozialreporter Max Winter. Die Beziehung von Textreportage und Bildjournalismus wird anhand der „*Fotometapher*“ kenntnisreich diskutiert. Haas zeigt, daß die „*Wiedergabe der Realität*“ seit dem vergangenen Jahrhundert immer wieder problematisiert worden ist, und er zieht Verbindungslinien zur aktuellen Auseinandersetzung um den Radikalen Konstruktivismus. Diese argumentativ gut unterfütterten Abschnitte sind ebenso sozialhistorisch instruktiv wie intellektuell anregend.

Das vierte Kapitel konzentriert sich auf das methodische Vorgehen und die programmatische Fundierung des „*Empirischen Journalismus*“. Am Beginn steht ein Überblick über Funktionen, Definitionen und Verfahrensweisen der Recherche. Auch hier verbindet der Verfasser die systematische Darlegung mit exemplarischen Mikroanalysen. Besonders eingehend befaßt er sich mit der Rollenreportage und zeigt dabei anschaulich, daß ein Günter Wallraff viele Vorläufer und manche Mitläufer und Nachahmer hatte bzw. hat.

„*Aktualität und Relevanz*“ – unter diesem Titel relativiert Haas die alte Gleichsetzung von Journalismus und „*jüngstem Gegenwartsgeschehen*“. Manche gängige Vorstellung bürstet er gegen den Strich, etwa wenn er das langsamste Massenmedium, das Buch, als „*das potentiell ideale Medium*

*für großen Journalismus*“ preist (S. 324) und die Aktualitätsfallen des Journalismus herausstellt. Der Abschnitt endet mit dem schönen (doppeldeutigen) Diktum: „*[...] Aktualität braucht Zeit*“ (S. 328). Dies erinnert an die populäre Zeitmanagement-Formel „*Wenn Du es eilig hast, gehe langsam*“.

Nach diesem eher systematischen Teil verschiebt sich der Schwerpunkt wieder ins Exemplarische. An zwei Beispielen aus der amerikanischen Journalismus-Kultur werden einerseits die Methodik (Die „*muck rakers*“ – Kontrolle durch Investigation), andererseits die Programmatik ins Zentrum gerückt („*New Journalism*“ – Parajournalismus?). Eingestreut sind jeweils kurze Porträts der wichtigsten Autoren und Kennzeichnungen ihres beruflichen Profils. Das Kapitel endet mit einem Blick auf den „*Flaneur*“ als Typ und das „*Flanieren*“ als genuine journalistische Methode. Über die bekannten Charakterisierungen von Benjamin, Kracauer und Hessel hinaus präsentiert Haas dabei manch überraschenden Fund aus der Literatur. So hat sich Heine schon 1841 in seinen Pariser Briefen selbst einen „*müßigen Flaneur*“ genannt. Flanerie wird zur „*Metapher für eine andere Art des Journalismus*“ (S. 377), die die Kultur der Aufmerksamkeit, der Langsamkeit und der Ganzheitlichkeit pflegt. Der Epilog, die Nachspeise sozusagen, zieht ein knappes Resümee, das in ein Plädoyer mündet: für eine journalistische Berufskultur, die sich der Standardisierung entzieht, für Tiefenrecherche, für Journalismus als intellektuelle, kulturelle Leistung.

Bei der Gesamtbewertung sind zunächst die Belesenheit des Autors und seine Findigkeit beim Aufspüren entlegener Quellen hervorzuheben. Hannes Haas liefert eine anregende Zusammenschau der „*Wechselbeziehungen journalistischer, sozialwissenschaftlicher und literarischer Verfahren zur Erkenntnis sozialer Wirklichkeit*“ – so der umfassendere Untertitel seiner Habilitationsschrift von 1996, die diesem Buch zugrunde liegt. Vieles, was in den vergangenen Jahren am Wiener Publizistik-Institut um Wolfgang R. Langenbacher erforscht und publiziert wurde, ist hier zusammengefaßt, erweitert und vertieft, sodaß man die Studie als eine voluminöse Programmschrift lesen kann.

Die „*Mischung aus Wissenschaft und Sinnlichkeit*“ (S. 361), die der Verfasser vom Flaneur fordert, charakterisiert auch seine eigene Vorgangsweise. Er zeigt sich als Bricoleur, der historisch genetisch

sche und systematische Einsichten erkenntnisfördernd zusammenbringt. Die Art der Darstellung ist unkonventionell: Während wissenschaftliche Studien, zumal akademische Qualifizierungsschriften, im allgemeinen eine lineare Darstellung wählen, folgt Haas dem Modell der Spirale: Die einzelnen Kapitel sind in sich geschlossen – teilweise handelt es sich um kleine Essays, die auch für sich stehen könnten –, sie umkreisen das Thema in immer neuen Windungen.

Alles hat seinen Preis, und so kommt bei der gewählten synthetischen Darstellungsweise manchmal die Analyse zu kurz. Der Verfasser webt eine Fülle von Erkenntnissen und Beobachtungen, meist in Form von Zitaten, in seine Studie ein. Dabei wäre allerdings häufiger eine differenzierte Auseinandersetzung mit den referierten Positionen wünschenswert gewesen. Auch eine stärker systematische Behandlung der Dimensionen journalistischer Qualität – ein Thema, das in der neuen Journalismusforschung ja intensiv diskutiert wird – hätte der Arbeit nicht geschadet. Schließlich: Haas stützt seine (streckenweise zir-

kuläre) Argumentation weitgehend auf „*kanonisiertes Material*“ – die Kriterien der Kanonisierung sowie die Probleme von Kanonisierungsprozessen generell sind kaum thematisiert. Angesichts der Gesamtleistung des Verfassers fallen diese Einwände allerdings wenig ins Gewicht. Die Studie liefert eine Fülle erhellender Einsichten, und sie ist geeignet, der ziemlich erstarrten Journalismusforschung neue Impulse zu geben.

Last but not least: Der Böhlau Verlag hat den gewichtigen Inhalt in eine adäquate Form gebracht. Gediegenes Leinen, Lesebändchen, ansprechende Typographie – im wissenschaftlichen Buchwesen ist das längst eine Rarität. Leider hat auch die schöne Ausstattung ihren Preis: Er beträgt (trotz des üppigen Druckkostenzuschusses durch den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung) 920,- Schilling und wirkt hoffentlich nicht allzu stark als Rezeptionsbremse.

Walter Hömberg

# Publizistik-Shop

*Ein Buch-Shop des WUV*

**Willkommen in der Welt  
des Wissens**

## **Publizistik-Shop**

1180 Wien

Kutschergasse 23

Tel.: 407 77 80

## **Öffnungszeiten**

Mo – Fr 9.30 bis 17 Uhr

## **Fachbücher und Skripten**

- Rezeptionsforschung
- Journalismus
- Radio
- Film und Fernsehen
- Neue Medien
- Medien allgemein
- PR und Werbung
- Medienpädagogik
- Technologie und Ökologie
- Recht
- Information und Dokumentation
- Kultur und Cultural Studies
- Gender
- Theorie
- Philosophie und Semiotik
- Medienpsychologie

### **Copycards**

Mit *einer* WUV | Copycard kannst Du sämtliche Kopiergeräte am Institut sowie 200 weitere in ganz Wien (z. B. an der UB) benutzen.

# NEUERSCHEINUNG



Edith Dörfler, Wolfgang Pensold

## **DIE MACHT DER NACHRICHT** Die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich

- Nachrichtenagenturen sind seit Mitte des 19. Jahrhunderts als Schlüsselunternehmen des globalen Kommunikationssystems nicht mehr wegzudenken.
- Seit dieser Zeit liegt ihre Aufgabe unverändert in der Überwindung von Zeit und Raum durch die Übermittlung von aktuellen Nachrichten.
- Erstmals und ausführlich wird die Geschichte der Nachrichtenagenturen in Österreich dargestellt.
- Edith Dörfler und Wolfgang Pensold, zwei junge Kommunikationswissenschaftler, beleuchten die Entwicklung der Nachrichtenverbreitung von der Brieftaube bis zum Glasfaserkabel.
- Ausführlich werden u. a. die Hintergründe und Rahmenbedingungen, die zur Gründung der *Austria Presse Agentur* führten, behandelt.
- Heute ist die *APA* eine unabhängige Nachrichtenagentur und gleichzeitig ein hochtechnologieorientiertes Informationsunternehmen. Sie ist als Content-Anbieter unbestrittener Marktführer in Österreich und wird als unverzichtbare Säule des österreichischen Medien- und Informationswesens angesehen.

592 Seiten, geb.,

ATS öS 498,- / EUR 36,19 / DM 71,- / sFr 64,50

Wien: Molden Verlag

ISBN 3-85485-065-4

Zu bestellen über Ihren Buchhändler oder direkt beim  
Molden Verlag, Herrengasse 6-8, A-1014 Wien,  
Tel. +43-1-533 26 39, Fax +43-1-533 26 49,  
vertrieb@molden.at oder im Internet unter  
<http://www.molden.at>

Bei Unzustellbarkeit  
bitte zurück an:

ZN: 01Z024015 K

**medien & zeit**

A-1180 Wien, Postfach 442

P.b.b.,  
Erscheinungsort Wien,  
Verlagspostamt 1090 Wien,  
2. Aufgabepostamt 1010 Wien